



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Außen-, Innen- und die Sicherheitspolitik der Slowakischen
Republik seit der politischen Wende in 1989

Verfasser

Andrej Dirnfeld

Angestrebter akademischer Grad

Magister (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Mag. Dr. Ursula Werther-Pietsch, Privatdozentin

Danksagung

Das Verfassen dieser Diplomarbeit wäre ohne Unterstützung vieler Personen nicht möglich gewesen.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Frau *Mag. Dr. Ursula Werther-Pietsch* für die umfassende Unterstützung, wertvolle Hilfe, und ihre fachliche Betreuung während der Erstellung der Diplomarbeit bedanken.

Schließlich gilt mein größter Dank meinen Eltern und meinen Geschwistern, die mich während meines gesamten Studiums grenzenlos unterstützt und motiviert haben.

Inhaltsverzeichnis

INHALTSVERZEICHNIS.....	I
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	III
1. EINLEITUNG	5
2. POLITIK DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK.....	9
3. POLITY	11
3.1 AUßENPOLITIK DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK	11
3.1.1 <i>Die Verfassung der SR und die Außenpolitik</i>	12
3.2 AKTEURE DER AUßENPOLITIK DER SR UND IHRE KOMPETENZEN.....	16
3.2.1 <i>Präsident der Slowakischen Republik</i>	16
3.2.2 <i>Der slowakische Nationalrat und ihr Vorsitz</i>	18
3.2.3 <i>Die Regierung der Slowakischen Republik und ihr Vorsitzender</i>	20
3.2.4 <i>Ministerium- und Minister für Auswärtige Angelegenheiten</i>	23
3.2.5 <i>Ministerium für Kultur</i>	26
3.2.6 <i>Verteidigungsministerium der SR</i>	26
3.2.7 <i>Wirtschaftsministerium der SR</i>	27
3.3 NORMATIVE SEITE DER AUßENPOLITIK.....	28
3.3.1 <i>Wie ist die Außenpolitik zu verstehen?</i>	30
4. POLITICS.....	31
4.1 DIE REALE STELLUNG DER AKTEURE DER AUßENPOLITIK	31
4.2 AUSGEWÄHLTE POLITISCHE PARTEIEN, IHR PROGRAMM UND HANDELN IN DER AUßENPOLITIK	31
4.2.1 <i>Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS)</i>	31
4.2.2 <i>Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)</i>	33
4.2.3 <i>Die Slowakische demokratische Koalition (SDK) - Die Slowakische demokratische und Christliche Union (SDKÚ)</i>	35
4.2.4 <i>Demokratische Linkspartei (SDL), später SMER</i>	36
4.2.5 <i>Slowakische Nationalpartei (SNS)</i>	38
4.2.6 <i>Partei der ungarischen Koalition – SMK</i>	39
4.3 AUßENPOLITISCHE PRIORITÄTEN	40
5. POLICY	42
5.1 SLOWAKISCH-UNGARISCHE BEZIEHUNGEN.....	42
5.1.1 <i>Slowakisch-ungarische Beziehung in Dokumenten</i>	43
5.1.2 <i>Vertragliche Vereinbarungen slowakisch-ungarischer Beziehungen</i>	44
5.1.3 VERTRAG ÜBER GUTE NACHBARSCHAFT UND FREUNDSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK UND DER UNGARISCHEN REPUBLIK	45
5.1.4 <i>Interne nationale Dimension des slowakisch-ungarischen Vertrags</i>	49
5.2 DIE REALITÄT DER SLOWAKISCH-UNGARISCHEN BEZIEHUNGEN	50
5.2.1 <i>Besetzung der Botschaft in Ungarn</i>	50
5.2.2 <i>Slowakisch-ungarisches Geschichtsbuch</i>	51
5.2.3 <i>Einreiseverbot des ungarischen Präsidenten in die Slowakei</i>	52
5.3 SLOVAK AID	53
6. SICHERHEITSPOLITIK DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK	59
6.1 REGIERUNG VON VLADIMIR MECIAR	62
6.1.1 DAS ERSTE JAHR DER SELBSTÄNDIGEN EXISTENZ DER SLOWAKISCHEN REPUBLIK.....	62
6.1.2 DAS STREBEN NACH INTERNATIONALER DEKLARATION DER SICHERHEITSORIENTIERUNG	63
6.1.3 DIE ENTWICKLUNG DER AUßENPOLITIK BIS ENDE 1993	64
6.2 REGIERUNG VON MORAVCIK	66
6.2.1 <i>Das kritische Jahr 1994 und die Hoffnung auf eine neue Regierung</i>	66
6.2.2 <i>Konsolidierung der Sicherheitspolitik</i>	67
6.2.3 <i>Armee der Slowakischen Republik (ASR)</i>	68

6.3	REGIERUNG VON VLADIMIR MECIAR	70
6.3.1	<i>Die Rückkehr der Unsicherheit - Zeitraum der dritten Meciar-Regierung bis Ende 1994</i>	70
6.3.2	<i>Sicherheitspolitik und Einflussfaktoren im Jahr 1995</i>	72
6.3.3	<i>Innenpolitik und ihre Aufrufe bei den relevanten ausländischen Akteuren.....</i>	72
6.3.4	<i>Außenpolitik und die Erfüllung der Prioritäten der Sicherheitspolitik</i>	75
6.3.5	<i>Das Jahr 1996 – Illusionen verwandelten sich in Schizophrenie</i>	77
6.3.5a	<i>Innenpolitik und ihr Echo bei den relevanten ausländischen Akteuren</i>	77
6.3.5b	<i>Außenpolitik und die Erfüllung von Prioritäten der Sicherheitspolitik.....</i>	79
6.3.5c	<i>Die Entwicklung im Jahr 1997 - Innenpolitik und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik</i> 81	
6.4	ERSTE REGIERUNG VON MIKULAS DZURINDA.....	83
6.4.1	<i>Das Jahr 1998 bis zu den Septemberwahlen und der Richtungswechsel der neuen Regierung</i> 83	
6.4.2	<i>Antritt der Regierung und Auseinandersetzung mit unerwünschtem Zustand</i>	89
6.4.3	<i>Kulmination des Kosovo-Konflikts</i>	92
6.4.4	<i>Sicherheitsstrategie der Slowakischen Republik.....</i>	94
6.4.5	<i>Realisierung der Sicherheitspolitik der SR im Zeitabschnitt 1999 – 2002.....</i>	96
6.5	ZWEITE REGIERUNG VON MIKULAS DZURINDA.....	99
6.5.1	<i>Antritt der Regierung und Kontinuität und Änderungen in der Sicherheitspolitik.....</i>	99
6.5.2	<i>Die Auswirkung irakischer Krise auf die Profilierung der Sicherheitspolitik SR.....</i>	100
6.5.3	<i>Realisierung der Sicherheitspolitik bis zum NATO-Beitritt der SR im März 2004</i>	101
6.5.4	<i>Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR nach dem NATO-Beitritt: Die Stellungnahme zu den</i> <i>transatlantischen Beziehungen.....</i>	103
6.5.5	<i>Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der SR</i>	105
6.6	REGIERUNG VON ROBERT FICO	108
6.6.1	<i>Der Antritt der Regierung von Róbert Fico</i>	108
6.6.2	<i>Die Programmerkklärung der Regierung</i>	108
6.6.3	<i>Die aktuelle Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR.....</i>	110
7.	SCHLUSSFOLGERUNGEN	112
8.	LITERATURVERZEICHNIS	118
ANHANG		130
8.1	ZUSAMMENFASSUNG.....	130
8.2	ABSTRACT	131
8.3	LEBENS LAUF.....	132

Abkürzungsverzeichnis

ASR – Armee der Slowakischen Republik

ČSFR - Tschechische und Slowakische Föderative Republik (1990–1992)

ČSSR - Tschechoslowakische Sozialistische Republik (1960–1990)

DAC - Development Assistance Committee

ECMM - European Confederation of Medical Mycology

EP - Europaparlament

EU - Europäische Union

KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

MfAA - Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

NACC - North Atlantic Cooperation Council

NATO - North Atlantic Treaty Organization

NR - Nationalrat

ODA - Official development assistance

OECD - Organisation for Economic Co-operation and Development

PES - Partei der europäischen Sozialisten

PfP - Partnership for Peace

RF - Russische Foederation

SAMRS - Slowakische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit

SIS - Slowakischer Geheimdienst

SR – Slowakische Republik

UdSSR - Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

UNDP – United Nations Development Programme

UNO - United Nations Organisation

UNOSOM - United Nations Operation in Somalia

UNPROFOR - Die United Nations Protection Force

UNTAES - Die United Nations Transitional Administration in Eastern Slavonia, Baranja and Western Sirmium

V4 - Visegrád-Gruppe

WEU - Westeuropäische Union

1. Einleitung

Der Slowakischen Republik wurde eine einzigartige geopolitische Position zugeschrieben, welche ihre besondere Beziehung zur Nachbarn bestimmte. Diese Position an der Schnittstelle zwischen Ost und West war während der ersten Tschechoslowakischen Republik von mythischer Bedeutung. Die Rolle der Tschechoslowakei als eines demokratischen Staates in Mitteleuropa als Brücke zwischen Ost und West war eine der „*raison d'être*“ während der Zwischenkriegszeit in der Ära von Beneš, weil die Sicherheit und der Fortbestand eines unabhängigen Staates dieses erforderte. Nach der mehr als vierzig Jahre langen Zugehörigkeit zum Ostblock, die die Sicherheit der Republik durch den Warschauer Pakt garantierte, bekam die Tschechoslowakische Föderative Republik die Möglichkeit, sich neu zu orientieren. Die Prager Zentrale hat der Trennung beider Länder zugestimmt. Aus der anfänglichen unsicheren Suche nach einer Lösung der Sicherheitslage in Europa resultierte eine klare Westorientierung und die Angst vor einer weiteren Integration in ein Blocksystem wurde durch das sicherheitspolitische Interesse an der Mitgliedschaft in der NATO und der WEU überwunden. Der Zusammenbruch der Föderation brachte der Slowakischen Republik eine Reihe von neuen Fragen. Die Slowakische Republik hat versucht, der Tschechischen Republik in vielen Fällen der Außen- und Sicherheitspolitik zu folgen, diese war aber nicht so erfolgreich.

Im ersten Abschnitt der Arbeit wird das Ziel sein, die Außenpolitik der Slowakischen Republik ab dem Jahr 1989 darzustellen und zu analysieren, wie auch die Entwicklung der slowakischen Sicherheitspolitik und die Fähigkeit, die notwendigen Initiativen zu entwickeln und zu erfassen. Der Arbeitstitel definiert, in welchem Areal bzw. geografischen Umfeld wir uns bewegen werden, jedoch birgt er auch den zu verwendenden theoretischen Hintergrund. Die Arbeit zielt nicht darauf ab, ein allgemeines Verständnis der slowakischen Außenpolitik in Bezug auf Inhalt und Zeit zu erhalten, sondern zielt auf das politische Begreifen oder das mögliche Wahrnehmen der Wissenschaft. Das Erforschen der Außenpolitik eröffnet einen enormen Bereich, nicht nur als Areal, sondern auch theoretisch. Das Erforschen der Außenpolitik kann in verschiedenen Provinzen, Staaten, internationalen Organisationen, etc. angewendet werden. Ebenso können für die Untersuchung der Außenpolitik unterschiedliche theoretische Konzepte, basierend auf Politikwissenschaft, internationalen Beziehungen und Wirtschaftswissenschaften verwendet werden. Wir werden versuchen, Antworten auf Fragen rund um den Verlauf und

die Entwicklung der Außenpolitik der Slowakischen Republik zu finden und zu sehen, ob es möglich ist, die Ergebnisse der Schwerpunkte objektiv zu messen und quantifizieren, aber auch um die Existenz einiger der wesentlichen Elemente dieser Schwerpunkte zu verstehen. Zuletzt ist auch ein Ziel herauszufinden, welche Position die drei Schwerpunkte zueinander haben und wie unabhängig voneinander sie sind. Das Ziel eines so konzipierten Teiles der Arbeit wird es sein, einige Antworten auf Fragen rund um den Betrieb und die Entwicklung der Außenpolitik der Slowakei zu finden. Wir werden versuchen, die Außenpolitik so darzustellen und zu analysieren, dass man in der Lage ist, seine eigene Position in anderen Politikbereichen zu beschreiben. Nicht zuletzt wird das Ziel sein herauszufinden, welche Position die Außenpolitik auf die Innenpolitik einnimmt, und wie unabhängig die Außenpolitik im Allgemeinen ist. Zu Schlussfolgerungen versuchen wir, durch den "Kern" des politikwissenschaftlichen Schemas zu gelangen, und zwar durch ein dreidimensionales Verständnis der Politik als polity, politics und policy. Es muss hinzugefügt werden, dass es die Absicht dieser Arbeit ist, eine andere Sichtweise auf die Außenpolitik zu präsentieren und den Lesern genügend Informationen zu bieten, um selbst in der Lage zu sein, die Frage, wie der wirkliche Zustand der Außenpolitik ist, zu beantworten, und welche realen und selbstständigen Optionen die Außenpolitik hat, um Ereignisse um sie herum zu beeinflussen. Als primäre Methodik wird die Analyse der verarbeiteten Daten verwendet. Diese Analyse würde uns jedoch nicht genügend Raum für eine mehr oder weniger objektive Beurteilung der Außenpolitik der Slowakei und ihrer Veränderungen während dieser Zeit bieten, weshalb in Teilen der Arbeit auch die Methode der Induktion, einschließlich der Anwendung von statistischen und historischen Methoden, verwendet wird.

Im zweiten Teil der Arbeit werden wir uns der Entwicklung der slowakischen Sicherheitspolitik und der Fähigkeit widmen, die notwendigen Initiativen zur Erfüllung der Prioritäten zu erfassen. Die Arbeit wird mit dem diachronen Ansatz die Periode der Entwicklung der Slowakischen Republik ab 1993 analysieren. Das primäre Ziel der Analyse der deklarierten Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik werden offizielle Dokumente, Parteiprogramme, Reden und Deklamationen der Sicherheitspolitik, einschließlich der internen Unstimmigkeiten in der späteren Entwicklung, sein.

Ein Grund für diese Arbeit ist der Versuch, die Entwicklung der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik zu zeigen, welche die verspätete Sicherheitsintegration gegenüber den Nachbarländern, trotz günstigen Indikators nach Unabhängigkeit verursachte.

Veränderungen in der globalen Sicherheitslage stellten eine wichtige qualitative Veränderung in der Herangehensweise an Fragen der nationalen Sicherheit dar. Die Länder Mitteleuropas wurden vor allem durch die Notwendigkeit von neu definierten sicherheitspolitischen Prioritäten betroffen. Die Slowakische Republik war mit ihrer Entstehung in der Zeit der internationalen Unsicherheit von der Konstruktion einer völlig neuen Sicherheitspolitik abhängig. Mit Bezug auf die ehemalige Tschechoslowakische Föderative Republik beschloss die Slowakische Republik, sich an westlichen Integrationsgruppierungen mit einem primären Interesse an einem NATO-Beitritt zu orientieren. Dieses Ziel war seit Langem eine der obersten Prioritäten der slowakischen Sicherheitspolitik und kann daher als Bezugspunkt verwendet werden. Ein Schwerpunkt der Arbeit wird es sein, das Bestreben nach einer Entwicklung der Sicherheitspolitik in der Slowakischen Republik zu verdeutlichen.

Eine langfristige und verlässliche Notwendigkeit für eine Gewährleistung der Sicherheit für die Slowakei war das primäre Bedürfnis jeder politischen Einheit. Die Sicherheitspolitik rückte jedoch in den Vordergrund der öffentlichen Angelegenheiten, weil diese auch nach einem Jahrzehnt der Erlangung der Unabhängigkeit noch immer nicht erreicht wurde. Auch nach dem Erreichen der Hauptziele der Slowakei widmete sie große Aufmerksamkeit der Sicherheitspolitik und bleibt diese somit weiterhin ein zentrales Thema für die Tätigkeit der Slowakischen Republik im internationalen System.

Eine Hypothese dieser Arbeit ist die Annahme, dass die Richtung der slowakischen Sicherheitspolitik während der Periode 1993–1998 als eine flüchtige, mit allmählich zunehmender Divergenz beschrieben werden kann. Die Hypothese impliziert, dass die Inkonsistenz der offiziellen Erklärung der Sicherheitspolitik hinsichtlich der zahlreichen staatlichen Beamten und der tatsächlichen Erfüllung der erklärten sicherheitspolitischen Prioritäten in der Innen- und Außenpolitik von 1993–1998 durch interne Interessen der slowakischen Regierung verursacht wurde. Der turbulente Verlauf in den 1990er-Jahren brachte die Slowakische Republik an den Rand von Europa; die Slowakei allein verhinderte die Erfüllung ihrer erklärten sicherheits- und außenpolitischen Ziele.

Sicherheitspolitik ist nicht konstant, sondern Ergebnis einer kontinuierlichen Weiterentwicklung und Veränderung, welche nötig ist, um sich dem neuen globalen Sicherheitsumfeld anzupassen. Der Inhalt der Sicherheit und ihre Prioritäten unterschieden sich im Jahr 1998 vom Inhalt des heutigen Verstehens und Wahrnehmens. Die

Slowakische Republik musste sich nacheinander all den Herausforderungen, wie politische Barrieren, institutionelle Veränderungen, Reform des Sicherheitssektors bis zur Belegung in dem internationalen Bereich und neuen Sicherheitsbedrohungen stellen. Aus diesem Grund ist es interessant und nützlich, die Entscheidungen der politischen Führung der Slowakei, die Auswahl der spezifischen Ziele der slowakischen Sicherheitspolitik und insbesondere die Mittel, die für ihre Leistung ausgewählt wurden, zu studieren. Es gibt sichtbare Unterschiede in der Aktion von Regierungen und Ressortministern nach 1998, die zu einem wichtigen Punkt der Analyse werden.

Das dichotome Verhalten verursachte die Vereitelung der wichtigsten Priorität der Sicherheitspolitik, den Eintritt in die NATO. Nachdem die Entscheidung der westlichen Staaten gefallen war und die Slowakische Republik aus der ersten Welle der NATO-Erweiterung ausgeschlossen wurde, hat sich die Divergenz der Slowakei in der Ermangelung deutlich erhöht und im Falle keiner bahnbrechenden Parlamentswahlen im Jahr 1998 wäre es nicht möglich gewesen, die weitere Entwicklung abzuschätzen.

Eine weitere Hypothese ist, dass sich eine Veränderung der globalen Sicherheitslage im Entwicklungsprozess der slowakischen Sicherheitspolitik widerspiegelt. Trotz erheblicher Entwicklungskohärenz in der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik gibt es nach 1998 innerhalb des Bundeskabinetts eine unterschiedliche Herangehensweise an die Sicherheit der Slowakischen Republik. Ein Bestandteil der Hypothese ist die Annahme, dass im Vergleich zu der Zeit vor 1998 bei keiner der darauffolgenden Regierungen eine solche Divergenz zwischen der deklarierten Sicherheitspolitik und der realen Anwendung sichtbar ist – jedoch können bei der derzeitigen Regierung einige Abweichungen beobachtet werden.

In diesem Teil der Arbeit wird für die Analyse der Formulierung der Sicherheitspolitik der Zugang der Politikanalyse verwendet. In allen Perioden wird daher eine Analyse mit den untereinander verbundenen Ebenen „polity, politics und policy“ durchgeführt.

2. Politik der Slowakischen Republik

Die theoretische Grundbasis der Politik entsteht durch das klassische dreidimensionale Verständnis der Politik, wie aus der englischen Benennung „Politik“ hervorgeht, was jedoch nicht identisch ist mit „polity“, „politics“ und „policy“. Die drei Dimensionen, die Politik in der Übersetzung bezeichnen, unterscheiden sich prinzipiell in ihren Inhalten und ermöglichen so drei verschiedene Einsichten in die Untersuchung der Frage der Politik.

Diese drei Einsichten können wie folgt vorgestellt werden:

polity - „Ordnungsinstitut“ – stellt den normativen und institutionellen Rahmen der Politik dar. Im Rahmen der polity widmet sich die Aufmerksamkeit dem Erforschen normativer Aspekte des Institutionsrahmens der politischen Ordnung oder der politischen Ideen. Außerdem ist im Rahmen der polity die Aufmerksamkeit auf den institutionellen Aspekt der Politik gerichtet, welche die Handlungsspielräume, Zuständigkeiten und Abläufe bei Auseinandersetzungen festlegen. Den Bereich der polity kann man als Definition des Raumes, in dem die Politik ausgeübt wird, verstehen. Im Fall der Sicherheitspolitik handelt es sich nicht nur um einen institutionellen Bereich, sondern auch um die Umgebung, in der Politik erschaffen wird, also eine Sicherheitsumgebung, sowie um die wahrgenommenen Gefahren zusammen mit der internationalen Sicherheit. Die Aufmerksamkeit wird außer den Einstiegsbereichen der Besetzung der Spitzenposten des Instituts, den einzelnen Resorts, der Führung der Armee, auch dem dritten Sektor gewidmet.

politics - Prozesse der Schaffung des politischen Willens und Entscheidens fokussieren auf die Prozesse der Politik sowie den dynamischen Prozess ihrer Schaffung und Realisierung. Im Rahmen der politics wird die Analyse von Akteuren beim Bilden der Politik wie auch die Frage, wie ihre eigene Meinung durchgesetzt wird, primär untersucht. Politics definiert einen Raum des Zusammentreffens von Interessen und verschiedenen Zugangs, präsentiert von einzelnen Akteuren, und stellt den Prozess der Entwicklung der Politik dar. Die prozessuale Seite der Sicherheitspolitik wird in der

Diplomarbeit in den Äußerungen und Verfahren der Hauptsicherheitsakteure, der Vorbereitung von Sicherheitsdokumenten, sowie das Gesamtkonzept der Entwicklung in Richtung der Streitkräfte analysiert. Es handelt sich dabei nicht nur um den Prozess der Formulierung von Dokumenten, sondern auch um den Prozess der Formulierung der Sicherheitspolitik als solche.

Policy - „Politisches Feld“ - stellt ein konkretes Ergebnis des politischen Verhandeln dar, nämlich die inhaltliche Dimension der Politik, sowie ihre Gegenstände, Aufgaben und Ziele. Somit zielt diese Dimension auf die Problemlösung der realen Aktivitäten der einzelnen Akteure, beziehungsweise ihrer Maßnahmen, die sie im Rahmen von politics angenommen haben, und untersucht so den Wandel politischer Ideen und Ansichten über spezifische Maßnahmen, sowie den Inhalt strategischer Sicherheitsdokumente und ihrer Applikation in der Praxis.

Aus der dreidimensionalen Analyse wird deutlich, dass es gelingt, einzelne verschieden wirkende und funktionierende Elemente der Politik vorzustellen, die letztlich zu einem klaren Verständnis der Funktionsweise und spezifischen Prozesse in der Politik führen (Berg-Schlosser, D.; Stammen, T., 2000: S. 42f).

Außenpolitik ist eine staatliche Politik, die das staatliche Handeln in einem internationalen Umfeld bestimmt. Zur gleichen Zeit ist sie die Grenzaktivität zwischen dem nationalen und internationalen Umfeld; während der Staat nach außen hin eine monolithische Einheit darstellt, ist er nach innen für die interne politische Gliederung bestimmt. Um näher den Prozess der Erstellung der Außenpolitik und von außenpolitischen Entscheidungen zu definieren, wird die Arbeit auf die Grundlage der Beobachtung der verfassungsrechtlichen Abgrenzung der Außenpolitik der SR, die Position der Akteure innerhalb des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten und die Stellung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in der institutionellen Struktur, die in der Außenpolitik stattfindet, eingehen (Kořan, 2007: 13).

3. POLITY

Auf den folgenden Seiten wird der grundlegende verfassungsrechtliche Rahmen, welcher die Außenpolitik der Slowakei beschreibt, vorgestellt, mit dem Hauptaugenmerk auf die Verfassung der slowakischen Republik. Anschließend wird die Abgrenzung der außenpolitischen Akteure, einschließlich ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten, die Richtung der Entwicklung, Schaffung und Umsetzung der Außenpolitik der Slowakei zu beeinflussen, beschrieben. Es wird auch das normative Verständnis der Außenpolitik, die ein besseres Verständnis ermöglicht, vorgestellt.

3.1 Außenpolitik der Slowakischen Republik

Fundamentaldokument bei der Untersuchung der Slowakischen Politik ist die Verfassung, weil sie die Grundlage aller politischen Entscheidungen der Slowakei bildet. Ziel ist es, einen Grundrahmen vorzustellen, in dem es möglich ist, die Außenpolitik zu identifizieren, und welcher letztlich doch Einfluss auf alle anderen genannten Dokumente hat.

Der Hauptteil der Amtsbefugnisse der Außenpolitik fällt unter die Exekutive, die von der Regierung der SR repräsentiert wird, welche das oberste Exekutivorgan ist (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 108) und Kompetenzen über das Entscheiden über Grundfragen der Außenpolitik besitzt (Gesetz Nr.460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 119). Der Präsident der Slowakei als Staatsoberhaupt der Slowakischen Republik (Gesetz Nr.460/1992 der Gesetzssammlung, Artikel 101) hat die Aufgabe, die SR nach außen zu vertreten (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 102).

Mit indirektem Einfluss auf die Außenpolitik disponiert auch der Nationalrat der SR, der das gesetzgebende Organ der Slowakischen Republik ist (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 72). Dessen Anwendungsbereich ist die Erörterung wesentlicher Fragen der Außenpolitik, (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 86); die Außenpolitik der SR kann sie aber auch über den Staatshaushalt, den sie genehmigt, beeinflussen (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 86) und als Basis der Ministerien (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 86) kann sie das Gesetz nach dem Umfang der Verwaltung beeinflussen.

Im Hinblick auf die Beziehungen mit anderen Ländern und internationalen Organisationen regelt die Verfassung die Unterteilung der Zuständigkeiten bei der Genehmigung internationaler Verträge, das Einsetzen von Truppen außerhalb des Gebietes der Slowakischen Republik und eine Kriegserklärung (Gesetz Nr. 460/1992 der Gesetzessammlung, Artikel 86, Artikel 102, Artikel 119) .

Ein weiteres Dokument, welches große Auswirkungen hat, ist die Programm-Verkündung der Regierung. Dieses Dokument ist eine grundlegende Übersicht über die Lenkung der Außenpolitik. Diese Bestimmungen dürfen nicht im Widerspruch zu der Verfassung stehen, haben aber ebenso politischen Charakter.

3.1.1 Die Verfassung der SR und die Außenpolitik

Die slowakische Verfassung wurde am 1. September 1992 angenommen und bildet den grundlegenden Rahmen für den Betrieb der neu entstehenden unabhängigen Slowakischen Republik. Ähnlich wie die Verfassungen anderer demokratischer Länder, gewährleistet auch die slowakische Verfassung nur grundlegende Bestimmungen, die die Rechte und Pflichten der Bürger und Behörden garantieren.

Außenpolitik wird im Gegensatz zu anderer Politik als ein Interaktionsprozess verstanden und stellt einen spezifischen Bereich dar, dem de facto keine direkte Aufmerksamkeit in der Verfassung gewidmet wird (Franko 2009: 13f). Außenpolitische Fragen sind in allen Themenbereichen der Verfassung enthalten, im Gegensatz zu anderen Fragen, die in separaten Passagen gebündelt sind. Dies kann auf zwei Faktoren zurückgeführt werden. Der erste ist, dass das Funktionieren von Außenpolitik und Diplomatie zu einem großen Teil von Geschichte, geografischer Lage, sowie militärischer und wirtschaftlicher Stärke abhängt. Ein weiterer möglicher Grund ist die Wahrnehmung der Außenpolitik als einen Bereich, welcher keine direkten Auswirkungen auf die Bürger oder Einzelpersonen hat und deshalb jegliche Änderungen nicht in die Verfassung, die die Aufmerksamkeit auf die Grundrechte und Pflichten des Staates und der Bürger richtet, gehören. Trotzdem ist es möglich, in der Verfassung Passagen zu identifizieren, die einen großen Einfluss, nicht auf die endgültige Form der Außenpolitik, aber auf den Raum, in dem sie gebildet und angewendet wird, und welchen sie nicht überschreiten darf, haben.

Artikel 1

- (1) *„Die Slowakische Republik ist ein souveräner, demokratischer und rechtlicher Staat. Er ist an keine Ideologie oder Religion gebunden.*
- (2) *Die Slowakische Republik respektiert und anerkennt die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, internationale Verträge, durch die sie gebunden ist und ihre anderen internationalen Verpflichtungen.“ (Verfassung der SR 1992: 2)*

Artikel 7

- (1) *„Die Slowakische Republik kann nach eigenem Ermessen, ein staatliches Bündnis mit anderen Staaten eingehen. Über das Eingehen eines Bündnisses mit anderen Staaten oder ihr Austritt aus einem Bündnis wird mit dem Verfassungsrecht entschieden, das durch ein Referendum bestätigt wird.*
- (2) *Die Slowakische Republik kann durch einen internationalen Vertrag, der ratifiziert und durch die Bestimmungen des Gesetzes verkündet wurde, oder auf Grund eines solchen Vertrages die Ausübung einiger ihrer Rechte auf die Europäischen Gemeinschaften und die Europäischen Union übertragen. Die verbindlichen Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaften und der Europäischen Union haben Vorrang vor den Gesetzen der Slowakischen Republik. Das Übernehmen verbindlichen Rechtsakte, die eine Implementierung verlangen, wird durch das Gesetz oder durch die Anordnung der Regierung ausgeführt. (Artikel 120, Absatz 2)*
- (3) *Die Slowakische Republik kann sich mit dem Ziel Frieden, Sicherheit und demokratische Ordnung zu gewährleisten unter den Bedingungen gegeben von den internationalen Verträgen in die Organisation gegenseitiger kollektiver Sicherheit einreihen.*

(4) *Um die Gültigkeit der internationalen Verträge über die Menschenrechte und Grundfreiheiten , internationaler politischer Verträge, internationaler Abkommen militärischer Natur , internationaler Verträge , aus denen eine Mitgliedschaft der Slowakischen Republik in internationalen Organisationen entsteht, internationaler Wirtschaftsabkommen allgemeiner Natur, internationaler Verträge für deren Ausübung ein gegebenes Gesetz notwendig ist und internationaler Verträge, die direkt die Rechte oder Pflichten der physischen oder juristischen Personen einrichten, zu erzielen ist die Zustimmung des Nationalrates der Slowakischen Republik vor der Ratifizierung notwendig.*

(5) *Internationale Verträge über Menschenrechte und Grundfreiheiten, Internationale Verträge, für deren Umsetzung kein Gesetz notwendig ist und internationale Verträge die unmittelbar Rechte oder Pflichten physischer und juristischer Personen einrichten und die ratifiziert und dem gegebenem Gesetz nach verkündet wurden, haben Vorrang vor den Gesetzen.“ (Verfassung der SR 1992: 3)*

(6)

Artikel 154c

(1) *„Internationale Verträge über die Menschenrechte und Grundfreiheiten, die die Slowakische Republik ratifiziert und im Rahmen des Gesetzes vor dem Inkrafttreten dieses Verfassungsgesetzes verkündet hat, sind Bestandteil ihres Rechtssystems und haben Vorrang vor dem Gesetz, wenn sie einen größeren Umfang der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten schaffen.*

(2) *Andere internationale Verträge die die Slowakische Republik ratifiziert und im Rahmen des Gesetzes vor dem Inkrafttreten dieses Verfassungsgesetzes verkündet hat, sind Bestandteil ihres Rechtssystems, wenn das Gesetz dies vorsieht.“ (Verfassung der SR 1992: 49)*

Der erste Artikel der Verfassung charakterisiert die Abgrenzung der Position der Slowakischen Republik zu den internationalen staatlichen Strukturen, wobei sie die Aufmerksamkeit auf die grundlegende Änderung von internationalrechtlichen Dokumenten richtet.

Das Ziel der Außenpolitik ist einerseits die Verteidigung der Slowakei, nicht nur als eine territoriale Einheit, sondern auch ihre kulturelle und nationale Identität sowie seine Integrität und Unabhängigkeit. Andererseits präsentiert sie die Offenheit der Slowakei zu einer möglichen ausländischen, politischen, wirtschaftlichen, Verteidigungs- oder kulturellen Zusammenarbeit im Rahmen des internationalen Raumes.

Die Integration der Slowakei in die Europäische Union erforderte auch eine Anpassung der Verfassung der SR.

Artikel 1

(1) „Die Regierung der Slowakischen Republik (weiter nur „Regierung“) oder ein autorisiertes Mitglied der Regierung reicht rechtlich verbindliche Aktionsvorschläge und andere Aktionen der europäischen Organisationen und europäischen Union, über die die Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union abhandeln, und informiert sie über andere Angelegenheiten die im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft der slowakischen Republik in den europäischen Organisationen und der europäischen Union stehen.

(2) Die Regierung oder ein autorisiertes Mitglied der Regierung reicht dem Nationalrat der Slowakischen Republik rechtzeitig Entwurf der Stellungnahme der Slowakischen Republik über die Gesetzentwürfe dem Absatz 1 nach, ein dessen Inhalt hauptsächlich die Bewertung ihrer Auswirkungen und der Einflüsse auf die slowakische Republik beinhaltet.“ (Verfassungsrecht Nr. 397/2004)

Diese Anpassung erfolgte durch das Annehmen des Verfassungsrechts Nr. 397/2004 in der Sammlung von Gesetzen über die Zusammenarbeit des Nationalrates der Slowakischen Republik und der Slowakischen Regierung in Angelegenheiten der Europäischen Union, hat aber keinen entscheidenden Einfluss auf die Außenpolitik, regelt jedoch vor allem gegenseitige Kompetenzen zwischen der Regierung und dem Nationalrat in Fragen der Verhandlungen und Entscheidungen der EU.

3.2 Akteure der Außenpolitik der SR und ihre Kompetenzen

3.2.1 Präsident der Slowakischen Republik

Trotz der Tatsache, dass die Slowakei eine parlamentarische Demokratie ist, in der im System der staatlichen Institutionen an oberster Stelle der Nationalrat steht, legt die Verfassung im Bereich der Außenpolitik diese Position mit ihrer Formulierung de facto in die Hände des Präsidenten. Die Verfassung ermächtigt und bevollmächtigt den Präsidenten, die Slowakische Republik nach außen zu vertreten, womit sie ihm eine exklusive Stellung zuordnet.

Artikel 101, Absatz 1

„Staatsoberhaupt der Slowakischen Republik ist der Präsident. Der Präsident vertritt die Slowakische Republik nach außen und innen und mit seinen Entscheidungen gewährleistet er das reibungslose Funktionieren der Verfassungsorgane. Der Präsident führt sein Amt nach seinem Gewissen und aus seiner Überzeugung und ist nicht an Befehle gebunden.“
(Verfassung der SR 1992: 29)

Seine Funktion ist rein repräsentativ, aber im Bereich der Diplomatie in der Außenpolitik ist sie immer noch auf ihre Weise entscheidend. Die Position des Präsidenten befindet sich in Bezug auf die Außenpolitik in einer interessanten, aber in der Praxis durchaus funktionierenden Dichotomie. Auf der einen Seite hat der Präsident kaum echte Kompetenzen bei der Bildung der Außenpolitik, aber auf der anderen Seite ist seine reale Stellung in ihr extrem hoch und rechtlich unabhängig. Diese funktionelle und institutionelle Zweiteilung öffnet einen ganz erheblichen Spielraum, damit die

Außenpolitik in einer bestimmten Konstellation der politischen Kräfte auf zwei „Fronten“ durchgeführt wird, und zwar auf der einen Seite durch den Präsidenten und auf der anderen Seite durch die Regierung und das Parlament.

Neben der wichtigsten, aber sehr unerklärlichen Funktion der Repräsentation der Slowakei nach außen, gibt die Verfassung dem Präsidenten auch einige andere Vollmächte, die unmittelbar in die Agenden der Außenpolitik der Slowakei eingreifen, bei denen der Präsident aber in den meisten Fällen auf Ansuchen beziehungsweise nach Rücksprache mit der Regierung oder Parlament eingreift.

Artikel 102

Präsident:

a) *„Vertritt die Slowakische Republik nach außen, verhandelt und ratifiziert internationale Verträge. Verhandlung internationaler Verträge kann er auf die Regierung der Slowakischen Republik oder mit Zustimmung der Regierung auf ihrer einzelnen Mitglieder übertragen,*

b) er kann einen Entwurf dem Verfassungsgericht der Slowakischen Republik über die Einhaltung des ausgehandelten internationalen Vertrages, für welchen er die Zustimmung des Nationalrates der Slowakischen Republik, der Verfassung der Slowakischen Republik (weiter nur "Verfassung") oder dem Verfassungsrecht benötigt, einreichen.

c) einstellen, delegieren und entziehen von Leitern diplomatischer Missionen“ (Verfassung der SR 1992: 30)

Bei der Beurteilung des Einflusses und der Befugnisse des Präsidenten der SR hinsichtlich Entwicklung und Anwendung der slowakischen Außenpolitik spielt ein entscheidender Faktor eine Rolle, nämlich der Umstand der Direktwahl des Präsidenten, die 1998 – 1999 eingeführt wurde, die die formale Abspaltung des Präsidenten vom Programm-ideologischen Kampf der politischen Parteien wahrte und die das außenpolitische Gewicht seines Amtes, nicht rechtlich, aber formal steigerte. In Bezug auf den Nutzen der Funktion des Präsidenten in der Außenpolitik kann man nur von einer repräsentativen Funktion sprechen.

3.2.2 Der slowakische Nationalrat und ihr Vorsitz

Nach der Verfassung und nach der tatsächlichen Einreihung des politischen Systems in der Slowakei ist der Nationalrat der SR als höchstes gesetzgebendes Organ des Landes sowie als die ranghöchste Institution im Land zu sehen. Den Wirkungsbereich des Nationalrates kann man in drei Gruppen aufteilen: Wirkung im Bereich der Gesetzgebung, Kontrolle und im Bereich der Innen- und Außenpolitik.

Artikel 86

„In den Wirkungsbereich des Nationalrates der Slowakischen Republik fallen insbesondere diese Punkte:

...

b) durch das Verfassungsrecht , den Vertrag über den Antritt eines Staatsbündnisses der Slowakischen Republik mit anderen Ländern , und die Beendigung eines solchen Vertrages zu genehmigen ,

...

d) vor der Ratifizierung eine Zusage aussprechen betreffend der internationalen Verträge über die Menschenrechte und Grundfreiheiten , internationaler politischer Verträge, internationaler Abkommen militärischer Art, internationaler Verträge, durch welche sich eine Mitgliedschaft in internationalen Organisationen für die Slowakischen Republik entwickelt, internationaler Wirtschaftsverträge allgemeiner Art , internationaler Verträge, für deren Umsetzung das Gesetz notwendig ist, als auch internationaler Verträge , die unmittelbar Rechte oder Pflichten physischen und juristischen Personen verleihen und entscheiden gleichzeitig ob es sich um internationale Verträge nach dem Vertrag (Artikel 7, Absatz 5) handelt

j) wirken durch eine Kriegserklärung , wenn die Slowakische Republik angegriffen wird oder wenn es sich aus den Verpflichtungen der internationalen Verträge über die gemeinsame Verteidigung gegen einen Angriff ergibt , und nach dem Krieg über den Abschluss des Friedens,

k) ihre Zustimmung zu dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte außerhalb des Gebiets der Slowakischen Republik, es sei denn es handelt sich nicht um den Fall im Sinne von Artikel 119 Buchstabe p),

l) einwilligen der Präsenz ausländischer Streitkräfte auf dem Gebiet der Slowakischen Republik“ (Verfassung der SR 1992: 25f)

Von der Verfassung der SR, aber auch aus der Logik der Funktionsweise des politischen Systems folgt, dass der Nationalrat, der grundsätzlich der einzige Gesetzgeber der SR ist, Vollmacht im Bereich der Außenpolitik, die direkt oder indirekt die Verfassungs- und Rechtsordnung der SR betrifft, beziehungsweise deren Genehmigung eine umfassende politische Unterstützung benötigt (z.B. Kriegserklärung), hat. Auf der anderen Seite ist zu beachten, dass der Nationalrat viel mehr reale Kompetenzen in der Außenpolitik hat, als es ihr die Verfassung aufliegt. Mit der Präsenz in der internationalen Politik der SR können wir den Vorsitz des Nationalrates, Ausschüsse des Nationalrates der SR, stetige parlamentarische Delegationen, sogenannte Gruppen der Freundschaft und zwischenparlamentarische Zusammenarbeiten identifizieren (www.nrsr.sk).

Die Vollmächte, bzw. die tatsächliche Wirkung der genannten Akteure des slowakischen Parlaments sind funktional verschieden aufgeteilt und wir können sie in der Außenpolitik wie folgt benennen:

–Präsidium des Nationalrates der Slowakischen Republik - repräsentative Funktion ,
ähnlich der des Präsidenten

–Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des NR der SR - Gesetzgebungs-, Kontroll- und Entscheidungsfunktion

–Der Ausschuss des NR der SR für europäische Angelegenheiten - Rechts- und Steuerfunktion

–Stetige parlamentarische Delegationen- Kontroll-, teils Repräsentativ-, teils Entscheidungsfunktion

–Gruppen der Freundschaft - repräsentative Funktion

–Die interparlamentarische Zusammenarbeit - repräsentative Funktion ,
Steuerungsfunktion

Die eigentliche Bewertung der Funktionsweise des Nationalrates der Slowakischen Republik im Bereich der Außenbeziehungen ist ganz einfach. Ihre Grundkompetenz, abgesehen von den repräsentativen, die automatisch durch ihre Position im politischen System der Slowakischen Republik entsteht, konzentriert sich rein auf die Schaffung der Legislative, die in den meisten Fällen die Implementierung der Beschlüsse und der Ergebnisse der Handlungen der Außenpolitik, wie in der Bildung und in der möglichen Kontrolle und Überwachung der außenpolitischen Aktivitäten, ist. Daher ist es möglich, den realen Beitrag des Parlaments zur Bildung und Gestaltung der Außenpolitik als minimal und bei der eigentlichen Realisierung der Außenpolitik als sehr beschränkt und vor allem wieder als repräsentativ zu kennzeichnen.

3.2.3 Die Regierung der Slowakischen Republik und ihr Vorsitzender

Bei der Untersuchung der Wirkung der Regierung im Bereich der Außenpolitik ist es notwendig, gleich zu Beginn die Tatsache zu erkennen, dass im Rahmen ihrer Wirkung eigene Ministerien mit ihrer eigenen und unabhängigen Wirkung in der Außenpolitik fungieren. Daher ist es möglich, gleich zu konstatieren, dass die Regierung - auch wenn sie das oberste Organ der vollziehenden Gewalt im Staat ist – in ihrer Präsenz in den meisten Fällen nur auf die Genehmigung der Vorschläge anderer Ministerien reduziert ist. Dennoch ist es möglich, in der Verfassung klare Zuständigkeiten der Regierung in Bezug auf die Außenpolitik zu finden.

Artikel 119

„Regierung entscheidet im Ausschuss

[...]

b) über die Anordnungen der Regierung

[...]

f) über internationale Verträge der SR, deren Verhandlung vom slowakischen Präsidenten auf die Regierung übertragen wurde,

g) über das Einverständnis der Übertragung der Verhandlungen internationaler Verträge, nach Artikel 102 Absatz 1 Buchstabe a), auf die einzelnen Mitglieder ,

h über die Vorlage eines Vorschlages an das Verfassungsgericht der Slowakischen Republik damit es über den Konsens des vereinbarten internationalen Vertrages entscheidet, der die Zustimmung des Nationalrates der Slowakischen Republik mit der Verfassung und dem Verfassungsrecht erfordert ,

i) über die grundlegenden Fragen der Innen-und Außenpolitik ,

[...]

n) über den Entwurf der Proklamation des Kriegszustandes, über den Antrag für die Mobilisierung der Streitkräfte , über den Antrag auf Proklamation des Ausnahmezustandes und über den Vorschlag für dessen Beendung und die Verkündung der Beendung des Ausnahmezustandes,

o) über das Senden von Streitkräften außerhalb des Gebiets der Slowakischen Republik für den Zweck humanitärer Hilfe, militärischer Übungen oder Friedensbeobachtungsmissionen, über die Anwesenheit ausländischer Streitkräfte auf dem Gebiet der Slowakischen Republik für den Zweck humanitärer Hilfe, militärischer Übungen oder Friedensbeobachtungsmissionen, über das Einverständnis mit dem Durchgang von ausländischen Streitkräften durch das Gebiet der Slowakischen Republik,

p) über den Einsatz der Streitkräfte außerhalb des Gebiets der Slowakischen Republik, im Falle der Verpflichtung durch die internationalen Verträge über die gemeinsame Verteidigung gegen den Angriff und das für die Zeit von maximal 60 Tagen; diese Entscheidung teilt die Regierung unverzüglich dem Nationalrat der Slowakischen Republik mit.“ (Verfassung der SR 1992: 36)

Artikel 120

(1) Für die Ausführung des Gesetzes und seiner Grenzen, kann die Regierung Vorschriften anordnen.

(2) Ist dies gesetzlich vorgesehen, ist die Regierung berechtigt Vorschriften anzuordnen, um das Europa-Abkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Slowakischen Republik andererseits zu implementieren und für die Umsetzung der internationalen Verträge gem. § Artikel 7 Absatz 2. (Verfassung der SR 1992: 36f)

Nach einem Vergleich der Kompetenzen der Regierung und des Parlaments müssen wir zu der Tatsache gelangen, dass sie meistens praktisch identisch sind. Diese Tatsache ist eindeutig den Bereichen zuzuschreiben, die diese Kompetenzen betreffen und die einen großen Einfluss nicht nur auf die Außenpolitik, sondern auch auf die gesamte Funktionsweise der Gesellschaft haben, bzw. deren Bedeutung enorm groß ist. Genau aus diesem Grund ist es möglich, ein beidseitiges Einwilligen und einen Cross-Check zwischen den drei größten Organen der Staatsmacht, im Bereich internationaler Verträge, Kriegserklärungen und dem Senden von Militäreinheiten ins Ausland, zu beobachten.

Darüber hinaus hat die Regierung zwei große Machtbereiche. Der erste, der eher den technischen Betrieb der Außenpolitik betrifft, ist die Vollmacht, das Dekret der Regierung anzunehmen, das real ein wichtiges Instrument für die Annahme von Entscheidungen für die Schaffung oder die Implementierung der Außenpolitik ist. Der zweite Machtbereich stellt klar, dass die Regierung Entscheidungen über wichtige außenpolitische Fragen annimmt. Trotz der Tatsache, dass in diesem Punkt die Verfassung nicht sehr eindeutig ist und kein Gesetz oder Verordnung eine Definition von „Grundsätzlichkeit“ angibt, erhebt die Verfassung der SR de facto die Regierung zum höchsten Organ der Staatsmacht in der Außenpolitik, die nicht nur kollektive Entscheidungen annimmt, sondern sie auch formt und ihre Richtung angibt .

Trotz der Tatsache, dass die Regierung Entscheidungen als ein kollektives Organ trifft, hat ihr Vorsitzender eine hoheitliche Position. Gerade diese tatsächliche Position gibt ihn als klaren Ansager der Richtung und Wirkung der Außenpolitik an. Die Funktion des Premierministers, im Gegensatz zum Präsidenten und Vorsitzenden des Parlaments, ist im Bereich der Außenpolitik nicht nur repräsentativ, sondern seine Funktion umfasst das Angeben der Richtung der Außenpolitik, das eigentliche Schaffen und Implementieren der Außenpolitik sowie die politische Überdachung und die politische Durchgängigkeit. Der Vorsitzende der Regierung hat so fast die volle Kontrolle über die politische Komponente der Außenpolitik der Slowakei.

3.2.4 Ministerium- und Minister für Auswärtige Angelegenheiten

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Slowakischen Republik ist ein zentrales Organ der Staatsverwaltung für die Außenpolitik und für die Beziehungen zwischen der Slowakei zu anderen Staaten und internationalen Organisationen. Seine Position wird in erster Linie durch das Gesetz Nr. 575/2001 der Gesetzessammlung (www.minv.sk) über die Organisation der Tätigkeit der Regierung und der Organisation der zentralen Staatsverwaltung geregelt. Ein wichtiger Teil der Ordnung des Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (weiter nur MfAA) der SR ist eine breitere Definition der Haupt- (MfAA 1998 Artikel 4) und der anderen Aufgaben (MfAA 1998 Artikel 5) des Ministeriums und das Definieren der Beziehung des Ministeriums gegenüber den Zentralen Organen der Staatsverwaltung (MfAA 1998 Artikel 6), die die einzelnen Bereiche bestimmen, in welchen besonders das MfAA der SR mit bestimmten Organisationen kooperiert.

Andere Handlungsprinzipien und Organisationen des MfAA bearbeitet insbesondere das Organisationsreglement des MfAA, das verbindlich auf der Anordnung des MfAA basiert, wobei das grundsätzliche Leitprinzip die Rationalisierung und die Erhöhung der Effizienz (MfAA 1998 Artikel 8) der durchgeführten Aufgaben, die auf den Plan der Aufgaben der Regierung der SR anknüpfen (MfAA 1998 Artikel 8), sein sollte.

Die grundsätzlichen Aufgaben des MfAA der SR sind das Sicherstellen der Agenda in Richtung der euroatlantischen und europäischen Strukturen, insbesondere NATO und EU (MfAA SR, 1998 Artikel 4) und die allgemeine Koordination und Sicherstellung der

Aktivitäten der SR in Richtung der internationalen Organisationen, in welchen die SR ein Mitglied ist (MfAA SR, 1998 Artikel 4) .

Das beinhaltet auch das Steuern und die Kontrolle einzelner Anwendungen der Interessen der SR im Gebiet der Außenpolitik (MfAA SR, 1998 Artikel 4), wodurch eine Beziehung zwischen der MfAA und anderen Institutionen der Staatsverwaltung entsteht. Es ist wichtig, die Gegenseitigkeit dieser Beziehung zu verstehen, wo auf der anderen Seite andere Institutionen der Zentralen Verwaltung des Staates eine Möglichkeit haben, mit ihrem Einfluss ihre Ansichten auf konkrete Problematiken mittels der MfAA der SR durchzusetzen.

Im Rahmen der Mitgliedschaft der SR in der NATO disponiert das MfAA außer den Vertreter der ausübenden Macht, also der Regierung der SR, dem Präsidenten der SR und dem Verteidigungsministerium der SR mit Einfluss auf die Außenpolitik der SR.

Nach der Regelung des MfAA der SR arbeiten die zentralen Organe der Staatsverwaltung mit dem MfAA zusammen, hauptsächlich im Bereich der Aufgaben, die mit der Mitgliedschaft der SR in europäischen und euroatlantischen Strukturen zusammenhängen, und allgemein im Bereich der Sicherheitspolitik des Staates bei der Einhaltung außenpolitischer Ziele der SR, die aus ihr folgt (MfAA SR, 1998 Artikel 9).

Das Gesetz Nr. 575/2001 § 14 der Gesetzessammlung über die Organisation der Tätigkeiten der Regierung und der Organisationen der Zentralen Staatsverwaltung definiert den Umfang der Kompetenzen des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten genau:

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten gewährleistet:

Den Schutz der Rechte und Interessen der SR und ihrer Bürger im Ausland (a);

Das Leiten der Botschaften der SR (b);

Den Kontakt mit Behörden und Vertretern ausländischer Staaten in der SR und im Ausland (c);

Das Wirtschaften und Verwalten des Eigentums der SR im Ausland (d);

Vorbereitung und Koordinierung des nationalen Verhandeln, Abschließens, Abstimmens und Ausübens internationaler Verträge (e);

Die kulturelle Präsentation der SR im Ausland (f). (Gesetz Nr. 575/2001 § 14 der Gesetzessammlung)

(die fett markierten Buchstaben wurden dem Zitat aus dem Gesetz hinzugefügt)

Beim Außenministerium treffen wir so das erste Mal auf ein klar definiertes Tätigkeitsfeld, das uns ermöglicht, die Grundfunktionen im Bereich der Außenpolitik sehr klar und präzise zu benennen. Seine Funktionen sind somit repräsentativ (Ad. b, c, f), zu steuern und koordinieren (Ad. a, b, c, e, f), kulturell (Ad. f), zu beaufsichtigen (Ad. d), und teilweise zur Verteidigung (Ad. a). Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten kann man so als das am meisten komplexe Organ der Staatsverwaltung für den Bereich der Außenpolitik betrachten, obwohl die reale Macht oder seine Stärke sehr problematisch mit vorherigen Institutionen vergleichbar ist, jedoch letztendlich kleiner ist. Im Kontext des Funktionierens der ganzen Außenpolitik ist es aber notwendig, die Position des Außenministeriums als ein Leit- und Koordinationsamt wahrzunehmen, das für die Gesamtleistung im Einflussbereich der Außenpolitik zuständig ist. Das bedeutet nicht nur die Kraft- und Machtkomponente, sondern primär auch ihre technische und personelle Sicherstellung, in welcher das Ministerium eine hoheitliche Position einnimmt.

Eine spezifische Position im Bereich der Außenpolitik, ähnlich wie bei der Regierung und dem Parlament, nimmt der höchste Vertreter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, ein. Ähnlich wie bei den drei höchsten Verfassungsbeamten ist auch diese Funktion eine grundsätzlich repräsentative. Man muss im Falle des Außenministeriums Rücksicht auf seine Steuerungsposition im Ministerium nehmen, was bedeutet, dass es außer der repräsentativen Funktion auch eine Koordinations-, Kontroll- und Steuerungsfunktion in der Außenpolitik einnimmt, die bei den vorherigen Verfassungsbeamten grundsätzlich nicht vorzufinden ist.

3.2.5 Ministerium für Kultur

Auch wenn das MfAA in seinem Zuständigkeitsbereich die kulturelle Präsentation im Ausland hat, hat auch das Ministerium für Kultur eine ähnliche Kompetenz durch das Gesetz Nr. 575/2001 der Gesetzessammlung.

Die Zuständigkeit des Kulturministeriums und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten in der kulturellen Präsentation der Slowakei im Ausland überschneidet sich de facto und ihre Aktivitäten in diesem Bereich sollten gemeinschaftlich sein bzw. koordiniert werden. Diese Art des Funktionierens schafft einen relativ großen Raum für Kompetenzkonflikte, die real eine nicht eindeutige Konzeption der Präsentation der Slowakei im Ausland (bzw. ihre faktische nicht Existenz), ein problematisches Finanzieren und Steuern slowakischer Institutionen und slowakischer kultureller Institutionen im Ausland zur Folge haben (MfAA der SR ist ein faktischer Gründer und Koordinator (www.mzv.sk)). Das Ministerium für Kultur ist die Verwaltungsbehörde (Artikel 18 des Gesetzes Nr. 575/2001 der Gesetzessammlung) und so die kulturelle Präsentation der Slowakei, die eindeutig eine wichtige Position im Rahmen internationaler Beziehungen und öffentlicher Diplomatie einnimmt.

3.2.6 Verteidigungsministerium der SR

Durch das sogenannte Kompetenzgesetz hat das Verteidigungsministerium keine Kompetenz im Bereich der Außenpolitik und seine Funktionen umfassen in erster Linie nur das Funktionieren der Armee und den Schutz der Slowakischen Republik. Von der Verfassung der SR und den Gesetzen ausgehend; könnte man konstatieren, dass die Verteidigungssphäre der Außenpolitik auf der einen Seite auf die Aushandlung und Umsetzung von internationalen Abkommen und Verträgen und auf der anderen Seite auf das Senden von Truppen in fremde Länder und eventuelle Kriegserklärungen minimiert wird.

In der Tat spielt das Verteidigungsministerium aber eine Schlüsselrolle im Bereich der Sicherheit der Außenpolitik und in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist es gerade das Verteidigungsministerium, das den Weg in diesem Bereich steuert, koordiniert, aushandelt und angibt.

Das Verteidigungsministerium ist so mit Berücksichtigung des offensichtlichen politischen Auftrages auch trotz der Unklarheit in der Definition von Kompetenzen einer der Hauptakteure in der Entwicklung und Umsetzung der Außenpolitik.

3.2.7 Wirtschaftsministerium der SR

Die wirtschaftliche Dimension der Außenpolitik spielt jetzt eine dominante Rolle. Daher kann bei der Untersuchung der Akteure in der Außenpolitik das Ministerium für Wirtschaft nicht ausgelassen werden, welches die Hauptsteuerungs- und Koordinationsinstitution für Fragen im Zusammenhang mit Entwicklung, Wirtschaft, Industrie, Investitionen, Energie, usw. ist.

Dem Gesetz nach ist das Wirtschaftsministerium der SR unter anderem eine zentrale Institution der Staatsverwaltung für Binnenhandel, Außenhandel mit Ausnahme der militärischen Ausrüstung und für den Tourismus (Artikel 6 g) der Gesetzes Nr. 575/2001 der Gesetzessammlung).

3.3 Normative Seite der Außenpolitik

Im Versuch, den gesamten Bereich der polity in der Außenpolitik vorzustellen, ist es nicht möglich, außer der verfassungsrechtlichen Ordnung ihre normative Seite zu vergessen, da gerade diese eine der grundlegenden Komponenten der klassischen Diplomatie ist.

Auf der einen Seite wollen wir die normative Komponente der Außenpolitik vorstellen, auf der anderen Seite wollen wir den analytischen und hauptsächlich unparteiischen Rahmen der gesamten Arbeit erhalten. Damit wir uns um keinen möglichen Blick auf die normative Komponente der Außenpolitik berauben, können wir gleich die erste von uns identifizierte vorstellen. Hilfreich in diesem Fall wird für uns das offizielle Dokument der Außenpolitik, und zwar die *Mittelfristige Strategie und Außenpolitik der Slowakischen Republik bis zum Jahr 2015*, sein, das zu Beginn den *Wert- und Interessenrahmen der Außenpolitik klar definiert* (www.mzv.sk).

„Die Axiome der slowakischen Außenpolitik sind: Achtung des internationalen Rechtes, die Erweiterung des Raumes der Demokratie, Freiheit, Frieden, Stabilität und Wohlstand, Durchsetzen der grundlegenden Menschenrechte und der Solidarität zwischen den Völkern.“ (MfAA 2013)

Mittelfristige Strategie der Außenpolitik der Slowakischen Republik bis zum Jahr 2015 wurde durch den Beschluss der Regierung im Jahr 2004 aufgenommen und in dem vorgelegtem Bericht wird angeführt, dass dieses Dokument den *„Beitrag des Resorts auswärtiger Angelegenheiten in die laufende Diskussion über die Sicherheitsstrategie der SR, die aus der außenpolitischen Sicht kompatibel mit dem vorgegebenen Dokument sein sollte“* vorstellt (MfAA, 2004: Submission Bericht).

Die Strategie reagiert auf den Beitritt der Slowakei zu NATO und EU und versucht, mögliche Stellungnahmen zu den Wertrahmen dieser Organisationen einzunehmen und den Zusammenhang internationaler Beziehungen, die für die Slowakei spezifische Bedeutung haben, zu benennen.

Als einen allgemeinen Ausweg der Außenpolitik bestimmt dieses Dokument die Interaktion der „inneren Umgebung des Staates mit der äußeren Umgebung“ (MfAA, 2004: 1). Als grundsätzliche außenpolitische Interessen gibt die SR: *„die Erhaltung der*

territorialen Integrität des Staates, die Sicherheit seiner Bürger und optimale Bedingungen für eine nachhaltige wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Entwicklung der Slowakei zu schaffen“ (MFA, 2004: 2) an, strategisches Ziel ist dann „die Entwicklung des Landes in einem stabilen und vorhersehbaren internationalen Umfeld“ (MfAA, 2004: 3).

Wichtig ist auch die Prioritätensetzung der außenpolitischen Ziele, die durch die Program-Erklärungen der Regierungen der SR und den Fokus der Außenpolitik „wobei die Anzahl der Ziele mit steigenden Niveau sinken sollte“ (MfAA, 2004:3) erfolgt.

Die Strategie definiert auch die Akteure und Instrumente der Außenpolitik. Die Akteure werden in zwei Gruppen unterteilt, wobei die Aufgabe der ersten das Festlegen und Durchzusetzen der Außenpolitik der Slowakei ist, die vom Präsident der Slowakischen Republik, des Nationalrates der SR, der Regierung, einschließlich der leitenden Beamten umgesetzt wird. Die zweite Gruppe von Akteuren stellt die Koordinations- und Leistungskomponente der slowakischen Außenpolitik dar und wird in erster Linie von dem MfAA und ihm untergeordneten Botschaften im Ausland gebildet. An diesen Tätigkeiten nehmen, dem Rahmen ihrer Kompetenzen entsprechend, auch andere Ministerien teil (MfAA, 2004: 3-4).

Anschließend widmet sich das Dokument den einzelnen Ebenen der Außenpolitik. Für den Zweck dieser Arbeit ist die transatlantische Dimension am wichtigsten, die als primäres Ziel auf dieser Ebene die Unterstützung der „Entwicklungspolitik und die Stärkung der Allianz zwischen den Ländern Europas und Nordamerikas“ wahrnimmt (MfAA, 2004: 7). In diese Dimension fällt auch das Wirken der Slowakei im Rahmen der NATO, die dieses Dokument als „das wichtigste Instrument für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt und entscheidend für das Sicherheitsforum“ (MfAA, 2004: 7) wertet. Dies wird auch im Rahmen der europäischen Dimension bestätigt, wo die Slowakei den Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aber komplementär zu den Kapazitäten der NATO unterstützt, die als „Schlüsselgarant der nationalen Sicherheit und der territorialen Integrität der Slowakischen Republik“ gilt (MfAA, 2004: 6).

Auf den folgenden Seiten werden wir die Außenpolitik der Slowakei aus einem anderen Blickwinkel betrachten. Wir werden nicht alle seine Teile oder Komponenten behandeln, aber versuchen, einige grundlegende Punkte zu erfassen, die wie wir annehmen, und die Werte vorstellen, auf denen die slowakische Außenpolitik steht und sich formiert.

3.3.1 Wie ist die Außenpolitik zu verstehen?

Wenn wir den Fakt zugeben, dass ihr Wert von den eigenen Akteuren bestimmt wird, müssten wir auch zu der Meinung gelangen, dass ihren Wert de facto auch die Politiker bestimmen. Außenpolitik des Landes kann jedoch nicht auf einem Vier- oder Fünf-Jahres-Wahlzyklus gebaut werden, wodurch die Slowakei nur verlieren würde, und zugleich muss man erkennen, dass der Raum, in dem die ganze Außenpolitik stattfindet, zeitliche bedingte x-jährliche Zyklen nicht kennt.

Im Vergleich der slowakischen Außenpolitik zu der ihr vorangegangenen während der kommunistischen resp. sozialistischen Zeiten können wir einen deutlichen Unterschied erkennen – einen Unterschied in Form und Inhalt. Die Form der Außenpolitik ist im Grunde eine technische Angelegenheit, die einerseits von den Gesetzen, andererseits von der globalen Umwelt, in der sich die Politik abspielt, bestimmt wird. Allerdings ist es nicht möglich, den Inhaltsunterschied mit dem Gesetz, auch nicht mit anderen regulativen Verfahren zu bewilligen, weshalb es nötig ist, einen anderen Initiator dieses Unterschieds zu suchen. Der grundlegende Impuls für die Änderung war mit Sicherheit der November 1989, der als ursprünglicher Initiator die Bevölkerung und der Gesellschaft zu bezeichnen ist.

In den vorhergehenden Seiten wurde die Aufmerksamkeit dem Verständnis des grundlegenden Rahmens gewidmet, in dem sich die Außenpolitik bildet, dazu war für uns nötig, das Aufteilen der Akteure der Außenpolitik und ihrer Kompetenzen, aber auch die faktische normative Stellung zu verstehen. Wir haben bewiesen, dass die eigentliche Außenpolitik nicht durch die Verfassungskompetenzen und die formalen Präsenz einzelner Akteure beschränkt ist, sondern dass ihr Geist aus der verfassungsrechtlichen Einstellung, aber auch ihrer eigenen normativen Komponente ableitbar ist.

Dieser Bereich stellt einen grundlegenden politischen Rahmen dar, den er selbst bestimmt; wir können aber letztlich in diesem Rahmen die tatsächlich mögliche Leistung oder die Umsetzung der Politik nicht bestimmen.

4. POLITICS

4.1 Die reale Stellung der Akteure der Außenpolitik

In diesem Abschnitt wird die verfassungsmäßige Stellung der außenpolitischen Akteure und die reale Stellung in der Außenpolitik vorgestellt mit dem Ziel, auf die eigene Dynamik und Fähigkeit der unabhängigen Entwicklung im Inneren der Außenpolitik hinzuweisen, die durch nichts anderes als die Konflikte, Streitigkeiten, Änderungen der Meinungen und der Gesamtdynamik im Inneren der Politik, also dem, was als politics bezeichnet wird, gegeben ist.

4.2 Ausgewählte politische Parteien, ihr Programm und Handeln in der Außenpolitik

Wie bereits erwähnt, spielen politische Parteien eine relativ wichtige Rolle im System von außenpolitischen Akteuren der Slowakei. In diesem Abschnitt wollen wir uns auf das Hinweisen auf die Dynamik, den Widerstreit und das Verfahren zur Errichtung der von uns betrachteten Politik konzentrieren. Daher stellen wir auch in den folgenden Zeilen nicht nur die einzelnen Programme der politischen Parteien richtungweisend für die Außenpolitik der Slowakei dar, sondern versuchen, auch die Entwicklung ihrer eigenen Meinungen in Konfrontation mit der aktuellen politischen Situation zu erfassen.

4.2.1 Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS)

Bei der Auswertung der Vision der Bewegung für eine demokratische Slowakei ist es im Rahmen der Außenpolitik nicht möglich, die Geschehnisse vor Oktober 1998 unberücksichtigt zu lassen. Die Bewegung war in diesem Zeitraum die klare Ursache der außenpolitischen Isolation der Slowakei, weshalb die Außenpolitik der Bewegung als problematisch zu bezeichnen ist.

Das Parteienprogramm der HZDS (Bewegung für eine demokratische Slowakei) bei den Parlamentswahlen von 1998, also in den Wahlen, in denen sich de facto die ganze

Opposition gegen sie vereinte und auch ein starker Anteil der Gesellschaft sich gegen sie stellte, liest sich als ob die HZDS überhaupt nicht an die reale Stellung der Slowakei anknüpfen würde und benennt in keiner Weise den damaligen schlechten Zustand der Außenpolitik der SR.

Das Programm für die Wahl 1998 kann man zweifelsohne als widersprüchlich und nicht zum Ende vollzogen bezeichnen, da es nur eigene Vorstellungen beinhaltet, ohne jegliche reale Auswertung des Umfeldes. Die HZDS befürwortet den Beitritt zur NATO, verlangt jedoch auf der einen Seite die Bewilligung von der Bevölkerung mittels eines Referendums, fordert aber zugleich „anständige und gleichwertige Bedingungen bei der Verteidigung eigener geopolitischer staatlicher Interessen“ (Mesežnikov, 1998: 65).

In ähnlicher Weise ist die Stellung der HZDS zur europäischen Integration, für die sie ein Garant sein will. Aber auch hier fordert sie einen Garantiestatus der SR, und überträgt darüber hinaus die Verantwortung von eigenen Handlungen im Zeitraum von 1994 – 1998 auf andere („Europäische Integrationsprozesse sind nicht nur von unserem Willen abhängig“) (Mesežnikov, 1998: 66). Wahrscheinlich am unrealsten vom ganzen Programm klingt die Passage, die der ökonomischen Dimension gewidmet ist, in der die HZDS die Schaffung der Voraussetzungen für die slowakischen Produkte im Ausland und ein gezieltes Platzieren des slowakischen Kapitals in wichtigen und lukrativen Teilen der Welt fordert. Wie jedoch das Privatkapital von der HZDS platziert werden soll, wird nicht erläutert (Mesežnikov, 1998: 72).

Die eigene Bewertung des Programms der HZDS für die Außenpolitik im Jahr 1998 ist nach dem Wissen über die Regierung von V. Mečiar einem Zitat aus ihrem eigenen Programm zu entnehmen, in dem sie selbst aufzeigt, in welcher unrealen Umgebung sich das ganze Programm in dem gegebenen Bereich bewegt:

„HZDS verpflichtet sich die Lage der Slowakei, welche als eine Säule der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Zentraleuropäischen Region ist, sicherzustellen“
(Mesežnikov, 1998: 65)

Nach den verlorenen Wahlen, bzw. nach der Nichtteilnahme an der Regierung, da HZDS formal gewonnen hat, gelangte die Bewegung nicht nur in die Opposition, sondern auch in eine politische und teilweise auch soziale Isolation. Für HZDS kann man diesen Zeitraum

als die Zeit der Belebung charakterisieren, da sie selbst die Notwendigkeit für eine Neuformulierung der eigenen Politik zu erkennen begann. Dieser entging auch der Außenpolitik nicht, in der die HZDS sich auf eine stark pro- europäische Seite, Befürworterin des Eintritts der SR in die NATO als einzige Option für die Verteidigung der SR stellte, um de facto in die „Färbung“ von allen anderen großen Parteien zu passen. Wahlprogramme der Bewegung in den Wahlen 2002 und 2006 können wir als fast identisch und ohne jegliche signifikante Visionen werten.

Das HZDS-Programm im Bereich der Außenpolitik ist buchstäblich auf die deklarativen Verpflichtungen im Bereich des Schutzes der staatlichen Interessen im Rahmen der globalen Gruppierungen geschrumpft und vermied jegliche Bereiche, in denen es eine eindeutigere Stellungnahme präsentieren müsste (HZDS Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2006).

Die Bewegung für eine Demokratische Slowakei kann man als ein relativ gutes Beispiel dessen bezeichnen, wie eine nicht durchdachte Außenpolitik zu einer nötigen Wandlung des eigenen Verständnisses und Vorgehens führen kann. Die nicht durchdachte Außenpolitik der HZDS führte nicht nur die Bewegung, sondern auch das ganze Land zu einer außenpolitischen Isolation und hat de facto HZDS gezwungen, bei dem gesamten derzeitigen Programm zur resignieren. Am 11. Jänner 2014 wurde die Partei HZDS aufgelöst.

4.2.2 Christlich-Demokratische Bewegung (KDH)

Nach der Niederlage von Vladimir Meciar wurde KDH faktisch zur fünften Koalitionspartei von Dzurindas Regierung mit der vollen Unterstützung ihrer Außenpolitik. KDH besetzt den Posten des Hauptverhandlungsleitenden der SR für Verhandlungen über einen Beitritt der SR in die EU, wodurch ihre Wirkung in den Jahren 1998-2002 erheblich gestärkt wurde.

Bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 kandidierte die christlich-demokratische Bewegung unabhängig, wodurch sie nach acht Jahren eine eigene Vision der Außenpolitik vorstellen konnte. Diese unterschied sich jedoch in keiner wesentlichen Weise von der, die die anderen Parteien der Regierungskoalition angeboten haben. Grundlagen der Außenpolitik der KDH basierten immer auf der Unterstützung der Integration in die EU und NATO. Als grundsätzlichen Unterschied der Stellungen der KDH gegenüber anderen Parteien kann man den Optimismus der christlichen Demokraten in der Frage der europäischen Sicherheit sehen, in der aber die Duplizität verhindert werden muss, mit welcher die Zusammenarbeit mit der NATO verbunden ist. Aus außenpolitischer Sicht ist es möglich, die Stellung der KDH als am meisten aktiv in der Durchsetzung der Erfüllung der Verträge mit dem Vatikan, deren Genehmigung für die KDH einer der wichtigsten Programmpunkte darstellte, zu werten. Der Vertrag mit dem Vatikan, im Gegensatz zu anderen klassischen internationalen Verträgen, erzeugt eine ziemlich breite Kontroverse nicht nur in der Slowakei, sondern auch im Ausland, und das aufgrund der Besorgnis ihrer Auswirkung auf die individuelle Freiheit einzelner Personen (www.euractiv.sk).

Die Parlamentswahlen im Jahr 2006, also die ersten seit dem Beitritt der SR in NATO und EU, veranlassten eine notwendige Revision des eigenen Programms der KDH. Trotz der Tatsache, dass auf den ersten Blick das Programm in Hinsicht auf die Außenpolitik fast identisch mit dem aus dem Jahr 2002 ist und ständig die Euro-atlantische Kooperation betont wird, ist in ihm klar der Übergang in Richtung eines nationalen Protektionismus beobachtbar. Die christlichen Demokraten sehen die Zukunft der Slowakei eng mit der europäischen Union verbunden, doch lehnen jegliche Bemühungen um ihre weitere Zentralisation ab. Ebenso lehnen sie jegliche Übertragung von Zuständigkeiten im sozialen, steuerlichen und gesundheitlichen Bereich von nationalen Staaten auf die EU ab und setzen sich für eine stärkere Stellung nationaler Parlamente und das Vetorecht in entscheidenden Bereichen der nationalen Interessen ein (KDH Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2006).

4.2.3 Die Slowakische demokratische Koalition (SDK) - Die Slowakische demokratische und Christliche Union (SDKÚ)

Die ersten und die einzigen Parlamentswahlen, in denen die Slowakische Demokratische Koalition beteiligt war, werden oft als Wahlen für die slowakische Demokratie bezeichnet. In diesem Sinne sah das ganze Wahlprogramm der SDK aus, auch im Bereich der Außenpolitik. SDK präsentierte die Europäische Union und das Nordatlantische Bündnis als einen Grundpfeiler der Außenpolitik, die nicht nur den Schutz und die Modernisierung des Landes sichern, sondern auch eine ähnliche Art der Regierung von Vladimír Mečiar verhindern. Die SDK kann man in dieser Richtung nicht nur als pro-europäische Partei, sondern auch als eine Euro-optimistische Partei bezeichnen. Das Programm selbst baute auf der einen Seite auf dem Korrigieren von Fehlern, die die bisherige Regierung beging, auf der anderen Seite auf dem Glauben auf, dass Europa und die Welt die Situation, in der sich die Slowakei befindet, berücksichtigen (Mesežnikov, 1998: 63-75).

Die tatsächliche Wirkung der SDK im Bereich der Außenbeziehungen kann als sehr erfolgreich und in voller Übereinstimmung mit ihrem Programm charakterisiert werden. Die Regierungskoalition, deren Führer SDK und später ihre Nachfolgepartei SDKÚ wurde, wurde vollständig auf zwei grundlegende Ziele ausgerichtet - Beitritt der Slowakei in die EU und in die NATO. Diesem Ziel unterordnete sie in Wirklichkeit fast alles Wirken im Bereich der Außenbeziehungen unter, und das in einem solchen Ausmaß, dass sie in einen Konflikt mit einigen Mitgliedern der KDĽ gelangte, und zwar wegen ihrer übermäßigen Konzentration auf die Vereinigten Staaten und ein völliges Ignorieren Russlands. In einen zeitweiligen Konflikt mit der Öffentlichkeit gelang die Partei bei der Genehmigung des Überflugs von Flugzeugen der NATO bei der Bombardierung Jugoslawiens (Mesežnikov, G. – Kollár, M., 2000: 328f).

Bei den Wahlen im Jahr 2002 kandidierte statt der slowakischen demokratischen Koalition als Leader der Rechtspartei die Slowakische demokratische und christliche Union, die sich aber bemühte, ganzheitlich auf die Erfolge der vorherigen Regierungen zu bauen.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass das SDKÚ-Wahlprogramm sehr ähnlich dem der SDK war und auf den gleichen Grundsäulen basierte, nämlich die Integration in EU und NATO (SDKÚ Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2002).

Nach den vorgezogenen Wahlen im Jahr 2006, kam die SDKÚ in die Opposition, wo ihr kein großer Raum für ein aktives Partizipieren an der Außenpolitik blieb. Bei den vorzeitigen Wahlen 2012 bekam die Partei SDKÚ nur mehr 11 Mandate und fiel somit von der zweiten auf die fünfte Position.

4.2.4 Demokratische Linkspartei (SDL), später SMER

Die demokratische Linkspartei, die einzige linke Formation, arbeitete mit anderen Rechtsparteien in der Regierungszeit von Vladimir Meciar in der Opposition zusammen. Ihre außenpolitische Orientierung kann man in diesem Zeitraum als identisch mit der der anderen Oppositionsparteien bezeichnen. Wahlprogramm für die Wahlen 1998 im Bereich der Außenpolitik konzipierte SDL recht präzise und breit. Eine erhebliche Aufmerksamkeit wurde nicht nur den Fragen der Integration, sondern auch den Fragen der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit, des Funktionierens der wirtschaftlichen, repräsentativen und institutionellen Dimension der Außenpolitik gewidmet. Die Partei sieht als einzige Garantie der demokratischen Orientierung des Landes die Integration in die EU und die NATO, sie fordert aber trotzdem bei beiden ein Referendum, das diesen Ansatz bestätigen würde. Ein interessantes Merkmal des gesamten Programms sind die Verpflichtungen der Partei in der Entwicklung von einer großen Anzahl von Prüfungs- und Informationsberichten, nicht nur über die Integration selbst, sondern auch ihre Gründe, Risiken, ihren Fortschritt und ihre Zukunft (Mesežnikov, 1998: 63-75).

Trotz dessen, dass die Partei bei den Wahlen als zweitstärkste von den Oppositionsparteien endete und sie den Posten des Vorsitzenden des Parlaments belegte, war ihr tatsächlicher Einfluss auf die Außenpolitik nicht besonders groß. Das ganze Wirken der SDL in der Regierung kann man als teilweise problematisch betrachten und das aufgrund ihrer eigenen internen Instabilität, die sich schon 1999 das erste Mal bei dem Abgang des am meisten populären Politikers der Partei R. Fico zeigte, der die Partei SMER gründete, im Jahr 2002 mit dem Abgang einiger Hauptvertreter, die die Sozialdemokratische Alternative gründeten. SDL gewann in den Wahlen im Jahr 2002 nur 1,36 % der Stimmen und wurde später von SMER übernommen (www.mesto.sk).

Das Wahlprogramm der Partei SMER für die Wahlen im Jahr 2002 im Bereich der Außenpolitik kann man als überhaupt als das am wenigsten von allen untersuchten Parteien ausgearbeitete bezeichnen. Der Außenpolitik ist keine eigene Passage gewidmet und bei den wichtigsten Fragen der europäischen Integration und dem Beitritt zur NATO ist nur eine grobe Konstatierung über die Beibehaltung der Würde der SR bei dem Einstiegsprozess gewidmet. Eine spezifische Aufmerksamkeit richtete die Partei auf die Notwendigkeit der Unterstützung der Transformation der Schaffung der Außenpolitik von der nationalen Ebene auf die regionale und kommunale Ebene, um somit den Städten und Regionen den Zugang zu ausländischen Investitionen und eigener Präsentation zu öffnen. SMER förderte in seinem Programm die Schaffung „einer Außenpolitik unter einem Dach“ (Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2002), was die Integration aller Vollmachten im Bereich der Außenpolitik nur unter das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten darstellen sollte (Mesežnikov, G. – Kollár, M., 2002: 353).

Das Wahlprogramm von SMER im Rahmen der Außenpolitik für das Jahr 2006 wurde durch zwei kurze Absätze präsentiert, in dem sie in dem ersten die Aufmerksamkeit der Kritik an der Regierung und der Hilflosigkeit bei der Suche nach neuen außenpolitischen Prioritäten nach der Integration in die EU und NATO widmet, und in dem zweiten Absatz kurz konstatiert, dass die Welt vier Himmelsrichtungen hat und die Außenpolitik auf alle diese gleichermaßen gerichtet werden muss (Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2006).

Nach den gewonnenen Wahlen und der Bildung einer Regierungskoalition mit HZDS und SNS wurde SMER zur Zielscheibe signifikanter Kritik dahingehend, dass sie der Slowakei wieder Probleme bringen wird und in eine mögliche außenpolitische Isolation führt. Auch aus diesem Grund wurde für den Posten des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten immer ein erfolgreicher und anerkannter Karriere-Diplomat, der einen zurückhaltenden und akzeptierten Antipol gegenüber dem Premierminister Fico darstellen sollte, nominiert. Nach dem Jahr 2006 wendete sich die Außenpolitik und ihre „harte“ pro-westliche Orientierung von SMER und orientierte sich in signifikanter Weise an Russland und China.

Wesentliches Merkmal der Außenpolitik in dieser Zeit wurde gerade das Abweichen von der klassischen Diplomatie, grundlegenden Prioritäten wurden lediglich im Bereich der Wirtschaft gesetzt.

4.2.5 Slowakische Nationalpartei (SNS)

Die Slowakische Nationalpartei, ihre Vertreter, aber auch ihre eigene Wirkung, haben in der slowakischen politischen Szene starke Leidenschaften und Konflikte hervorgerufen.

Seit ihrer Wirkung in der Regierung zusammen mit Vladimir Meciar (HZDS) ist es trotz der vielen Animositäten möglich, sie im Bereich der Außenpolitik als relativ einheitlich zu bezeichnen. Die grundsätzliche Prämisse der SNS-Politik war der Schutz der Slowakei und ihrer nationalen Interessen und das unter dem Leitspruch „koste es, was es wolle“. In vielerlei Hinsicht ist es möglich, die Einstellungen Jan Slota und der SNS in dieser Zeit für noch radikaler als die des Premierministers Mečiar zu bezeichnen, vor allem die Schuldzuweisung des Scheiterns der Slowakei auf die anderen (Mesežnikov, 1998: 66-67).

Das Wahlprogramm der SNS für die Wahl 1998 können wir zumindest als radikal unterschiedlich gegenüber allen anderen politischen Parteien bezeichnen. Auch die Slowakische Nationalpartei tendiert zu der Notwendigkeit eines Integrationsprozesses in die EU und nimmt an, dass es keinen Grund zur Übereilung gibt; es muss in erster Linie vorteilhaft für die Slowakei sein. Eine völlig andere Sicht hat die SNS im Bereich der Sicherheit, da sie für die Slowakei Neutralität als einzige mögliche Antwort auf die fortschreitende Integration der NATO fordert. Ebenso unterschiedlich sind die Einstellungen der Slowakischen Nationalpartei in bilateralen Fragen. Für natürlich dominierend sieht sie die Beziehung der Slowakei mit Russland, dem größten slawischen Volk. Auf der anderen Seite fordert sie die Abschaffung der Zollunion mit der Tschechischen Republik und die Öffnung der tschechisch-slowakischen Frage des Ausgleiches, sodass in keinem Fall die Slowakei diejenige ist, die etwas verlieren würde (SNS Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 1998).

Im Jahr 2002 kandidierte die Partei bei den Wahlen mit einem deutlich weniger radikalen Programm. Daraus ist die Bemühung der Partei sichtbar, auf der einen Seite nicht die eigenen Wähler zu verlieren, die solch ein radikales Programm unterstützen, auf der anderen Seite jedoch sich der Realität und der realen Position der Slowakei in den Strukturen der internationalen Beziehungen anzupassen. Der grundsätzliche Fortschritt ist beim Verzicht auf die Neutralität der Slowakei sichtbar, doch genauso sichtbar ist die Abneigung gegenüber der Anschließung zur NATO, über die die Bevölkerung entscheiden soll (Mesežnikov, G. – Kollár, M., 2002: 45-49).

Das Wahlprogramm für das Jahr 2010 war auf eine sehr ähnliche Weise wie das von 2002 erstellt. Der Partei gelang es relativ gut, sich mit der bereits abgeschlossenen Integration in die EU und NATO abzufinden, wo in beiden Institutionen die slowakischen nationalen Interessen stark durchgesetzt werden sollten, die nicht nur ökonomische oder der Verteidigung dienende, sondern auch kulturelle und sprachliche Interessen hier einbezieht.

4.2.6 Partei der ungarischen Koalition – SMK

Die Ungarische Koalitionspartei, die auf der slowakischen politischen Szene vor den Parlamentswahlen im Jahr 1998 durch die Transformation der „ungarischen Christlich-Demokratischen Bewegung“ und der Zusammenführung der Bewegung „Zusammenleben“ und der „ungarischen Bürgerpartei“ erschienen ist, nimmt im System der politischen Parteien eine spezifische Position ein. Die Entstehung der Ungarischen Koalition und die anschließende Fortsetzung innerhalb einer politischen Partei kann man als logisch werten und verglichen mit der Entstehung der SDK als die einzig mögliche Option für die Umsetzung ihrer überwiegenden Minderheiten-Politik. Nicht nur, dass es sich um eine Partei handelt, die sich an einer Minderheit der slowakischen Bevölkerung orientiert, nämlich die Minderheit des benachbarten Ungarn. Aus dieser Besonderheit folgt klar die offensichtliche Bedeutung der nachbarlichen slowakisch-ungarischen Beziehung in ihrer Politik.

In ihrem Programm für die Wahlen 1998 deklariert die SMK deutlich als alleiniges Mittel der demokratischen Fortschritte der Slowakei den Beitritt in die Europäische Union und in die Nordatlantische Allianz. Der Eintritt in die EU ist nicht nur von Vorteil für die Slowakei als Ganzes, aber auch ein Vorteil für die ungarische Minderheit, da sich während der Beitrittsverhandlungen die slowakische Minderheitenpolitik ändern muss (Mesežnikov, 1998: 63-75).

Die tatsächliche Lage der ungarischen Politiker in der realen Ausübung der Außenpolitik in den Jahren 1998 - 2002 ist in keiner Weise entscheidend und ihre grundsätzliche Orientierung war auf die Minderheiten gerichtet, wie in der Regierung so auch im Parlament. Trotz der Tatsache, dass die slowakisch-ungarischen Beziehungen in dieser Zeit mit Sicherheit nicht sehr freundschaftlich waren, ist es auch dank der Bemühungen der

SMK (resp. der Tatsache, dass sie Bestandteil der Regierung war) durchaus möglich, die Verbesserung und den Übergang zu einer konstruktiven und nicht beleidigenden Ebene zu beobachten.

Aus Sicht der Außenpolitik ist es möglich, das Wirken der SMK in der Regierung durchaus positiv zu bewerten, und auch deshalb ist eine nur minimale, falls überhaupt, Änderung in dem Wahlprogramm der SMK für das Jahr 2002 zu sehen (SMK Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2002).

Die Gesamteinschätzung der Auswirkungen der Partei der ungarischen Koalition auf die Außenpolitik kann trotz ihrer Beteiligung an der Regierung als minimal beschrieben werden. Ihre einzige eindeutige Leistung ist die Verbesserung in den slowakisch-ungarischen Beziehungen, was jedoch nicht durch den Beitrag im Bereich der Außenpolitik verursacht war, sondern eher durch die Änderung und Verbesserung der Minderheitenpolitik der Slowakei (an der die SMK einen entscheidenden Anteil hatte).

4.3 Außenpolitische Prioritäten

Die Frage der Unfähigkeit, die Prioritäten der Außenpolitik der Slowakei zu finden, erschien im Moment der Abschließung der Integration des Landes in die Europäische Union und die NATO, wo auf einmal zwei Grundpfeiler errichtet wurden, auf denen die ganze Außenpolitik stand. Es kann konstatiert werden, was aber ganz natürlich ist, dass diese beiden Säulen nicht einfach und schnell durch andere ersetzt werden können. Es kann jedoch gesagt werden, dass dieses Problem teilweise auch durch die Praxis selbst gelöst wurde. Eine Integration in zwei Gruppierungen beendet für die Außenpolitik nicht das Interesse an ihnen, im Gegenteil schafft sie einen neuen, relativ großen Raum für die eigene Umsetzung. Darüber hinaus öffneten sich weitere, auch neue Fragen, die die Außenpolitik gezwungen ist, in einem höheren Grad als zuvor zu lösen - Ökologie, Menschenrechte, den Balkan, Terrorismus, Entwicklungshilfe, usw.

Das Grundgerüst und die Richtung der Außenpolitik müssen unbedingt durch den Konsens in der Gesellschaft gebildet werden und dürfen nicht einen Bestandteil der Außenpolitik bevorzugen.

Kompetenzen, aber auch Mittel, mit denen das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten disponieren sollte, sollten so sein, dass sie ihm ein unabhängiges und fundiertes Umfeld ermöglichen, in dem es allen Akteuren der Außenpolitik möglich ist, ihre Position zu finden und nicht nur eine bestimmte politische Bestellung und Vorliebe zu erfüllen.

Die Außenpolitik, vor allem die Art und Weise der tatsächlichen Umsetzung, sollte in ihrem eigenen Weg autonom sein, um die Funktionalität von allen seinen Dimensionen zu bewahren.

In dem oben angeführten Bereich der slowakischen Außenpolitik richtete sich unsere Bemühung auf die Vorstellung der Außenpolitik als einen Ort des ideologischen, parteiischen, professionellen, aber auch verfassungsrechtlichen Konflikts oder der Fragen der Kompetenz. Wir haben gezeigt, dass auch trotz der unaufhörlichen Bewegung, die in der Außenpolitik stattfindet, viele Probleme möglich sind, die nicht nur immer vorhanden und auch mehr oder weniger konstant sind, aber auch einen teilweisen Ursprung dieser Konflikte, sowie auch deren Dynamik zu identifizieren.

Aus dieser Sicht ist die Außenpolitik voller Konflikte, Bewegung und Entwicklung in deren Hintergrund. Außer der bereits identifizierten normativen Fragen ist es möglich, einige grundlegende Probleme zu finden, die man nicht als normativ, auch nicht verfassungsrechtlich oder als Kompetenzfragen bezeichnen kann, und in deren Hintergrund auf den nächsten Seiten die eigentliche reale Leistung und Wirkung der Außenpolitik gezeigt werden.

5. POLICY

In diesem Teil der Diplomarbeit richten wir die Aufmerksamkeit auf die slowakische Außenpolitik in dem Bereich der Beziehungen zu Ungarn. Der folgende Fall hat zwei grundlegende Merkmale. Das erste ist eine ständige Präsenz in der Außenpolitik der Slowakei. Das zweite ist die Verbindung zu den in den vorherigen Abschnitten untersuchten Fragen, und zwar, dass man sie als Problem der slowakischen Außenpolitik bezeichnen kann und sie eine gewisse Abhängigkeit oder Auswirkung auf den Status der verschiedenen Akteure im System der Außenpolitik der Slowakei haben.

5.1 Slowakisch-ungarische Beziehungen

Die slowakisch-ungarischen Beziehungen sind seit der Entstehung der Slowakei, trotz der geographischen und historischen Nähe, relativ angespannt. Auch deshalb haben wir beschlossen, am Beispiel der slowakisch-ungarischen Beziehung zwei grundlegende Probleme der Außenpolitik aufzuzeigen. Das erste ist der grundlegende Konflikt in dem, wie die gemeinsamen außenpolitischen Beziehungen beschrieben und institutionalisiert sind und wie ihre Realität ist. Das zweite Problem ist die Politisierung der Außenpolitik und das Miteinbeziehen interner Fragen und Probleme, was sie grundsätzlich kompliziert macht.

Auf den folgenden Seiten stellen wir auf der einen Seite die Wahrnehmung der slowakisch-ungarischen Beziehungen in Form von Dokumenten und ihrer Realität vor, auf der anderen Seite die Realität des Einflusses der Außenpolitik in drei Beispielen, ursprünglich rein professionelle oder diplomatische Konflikte zwischen der Slowakei und Ungarn.

5.1.1 Slowakisch-ungarische Beziehung in Dokumenten

Bei der Untersuchung der slowakisch-ungarischen Beziehungen mit Hilfe der Untersuchung realer Dokumente können wir die Aufmerksamkeit grundsätzlich drei Typen von Dokumenten widmen. Als ersten Typ kann man analytische, bewertende oder strategische Dokumente identifizieren, die jährlich vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten herausgegeben werden; das sind hauptsächlich Nachrichten über die Erfüllung der Außenpolitik der SR und den Fokus der Außenpolitik der SR.

Als zweite Art von Dokumenten ist es erforderlich, die gemeinsamen bilateralen Verträge und Vereinbarungen zu identifizieren, die mit einer grundsätzlich und hauptsächlich rechtlich verankerten Art die Beziehungen zwischen den Ländern regeln.

Als dritten Typ der Dokumente kann man die slowakisch-ungarischen Aussagen betrachten, die aber einen eher deklarativen und in keiner Weise verbindlichen Charakter haben.

Aus den wertenden und vorhersagenden Dokumenten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten erfahren wir keine wichtigen Aspekte der Realität der Beziehungen zwischen der Slowakei und Ungarn. In allen Berichten über die Umsetzung der Außenpolitik der letzten zehn Jahre sind bei Ungarn im Grunde immer die gleichen drei Punkte beschrieben:

1. Die slowakisch-ungarische Zusammenarbeit entfaltet sich aufgrund des Vertrages über die gute Nachbarschaft und friedlicher Zusammenarbeit gut und wird durch das gemeinsame Wirken im Rahmen der Euro-atlantischen Strukturen hervorgehoben.
2. Die slowakisch-ungarische Zusammenarbeit wird in einer bedeutenden Art und Weise von der Zwischenressort-, Handels- und Kulturzusammenarbeit ausgeführt und unterstützt.
3. Das andauernde Problem ist der nicht beendete Konflikt um das Wasserkraftwerk Gabčíkovo-Nagymaros. Insgesamt ist die Bewertung der slowakisch-ungarischen Beziehungen aus dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten als positiv zu deuten.

Das grundlegende Problem der Bewertung der gemeinsamen Beziehungen in ähnlichen Dokumenten, die aber eine der Grundlagen nicht nur für die Schaffung der Außenpolitik, sondern auch anderer Politik ist, ist der Fakt, dass sie in Wirklichkeit nicht die ganze Wahrheit widerspiegeln.

Von allen drei vorgestellten Punkten kann man im Grunde ohne Einwendung nur mit dem zweiten angegebenen Punkt einverstanden sein, da die gemeinsame Zusammenarbeit zwischen den spezifischen Bereichen des sozial-politischen Lebens in Wirklichkeit sehr intensiv und de facto unproblematisch ist, was schon seit der Entstehung der Slowakei deutlich beobachtbar war, wo sie auf einer freiwilligen, rechtlich nicht besonders verankerten Basis funktionierte,.

Es ist möglich, auch die Existenz des nicht beendeten Konflikts wegen dem Wasserkraftwerk Gabčíkovo-Nagymaros zuzugeben, der aber schon jahrzehntelang währt und wir annehmen, dass sein derzeitiger Einfluss auf die slowakisch-ungarischen Beziehungen minimal ist und er von der politischen eher in die professionelle Rechtsebene verschoben wurde.

Mit dem ersten identifizierten Punkt kann man einverstanden sein, aber er selbst stellt eine grundlegende Frage dar, wie der wirkliche Einfluss des alleinigen bilateralen Vertrages ist, der von Anfang an auf beiden Seiten der Donau auf erhebliche Kritik trifft.

5.1.2 Vertragliche Vereinbarungen slowakisch-ungarischer Beziehungen

Das grundlegende Dokument, das die bilateralen Beziehungen zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik regelt, ist der Vertrag über gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit (Gesetz Nr. 115/1997), der am 19. März 1995 von Premierminister V. Meciar und G. Horn unterzeichnet wurde. Das Ziel dieses gemeinsamen Vertrags war, außer der eigentlichen Regelung ihrer Beziehungen, auch die Bemühung der Klärung grundsätzlicher und lang anhaltender Konflikte, die die Grenze, die ungarische Minderheit, aber auch historisches Unrecht betreffen. Auf den folgenden Seiten werden wir versuchen, zwei Ansichten über die Funktionsweise der slowakei-ungarischen Beziehungen zu

präsentieren. Eine Ansicht beruht auf der guten nachbarschaftlichen und friedlichen Zusammenarbeit und die zweite Ansicht stellt den Prozess ihrer mehr als ein Jahr lang andauernden Ratifizierung im slowakischen Parlament dar.

5.1.3 Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Slowakischen Republik und der Ungarischen Republik

Das Zustandekommen des Slowakisch-Ungarischen Vertrages über gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit, auch als Slowakisch-Ungarischer Grundvertrag bekannt, ist durch ein mehrere Jahre langes kompliziertes Verhandeln gekennzeichnet, was seinen Grund in der Existenz zweier grundsätzlicher Konflikte hatte: Beneš-Dekrete und die Stellung der Minderheiten. Auch trotz der Existenz dieser zwei Reibungsflächen gelang es den slowakischen und ungarischen Diplomaten, aber auch den slowakischen und ungarischen Premierministern, Texte für einen Vertrag vorzubereiten, die feierlich in Paris unterschrieben wurden, was die formale Beendigung eines der wichtigen nationalen Konflikte in Europa darstellte.

Die Frage der Beneš-Dekrete und die Anerkennung von Trianon sind eine der ernsthaftesten Konfliktthemen in den slowakisch-ungarischen Beziehungen, auch wenn der gegenseitige Vertrag aus dem Jahr 1995 deutlich eine Bestimmung über die Unverletzlichkeit der derzeit bestehenden Grenzen enthält.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien bestätigen in Übereinstimmung mit den Prinzipien und Normen des internationalen Rechts, die Achtung der Unverletzlichkeit der gemeinsamen Grenze und die territoriale Integrität der jeweils anderen. Sie bestätigen, dass sie zurzeit und in der Zukunft entgegen einander keine territorialen Anforderungen aussprechen.
(Vertrag 1995: 1)

Als hauptsächlichen Erfolg der slowakischen Diplomatie in diesem Konfliktpunkt kann man die Formulierung des 3. Artikels werten, der nicht nur die alleinige Unwandelbarkeit der Grenzen, sondern auch die Bestätigung klar deklariert hat, dass der Wille für diese Änderung nicht existieren wird.

Ein weiterer Erfolg, der aber nicht unmittelbar aus dem Vertrag heraus lesbar ist, ist die Streichung der Verweise auf die KSZE-Schlussakte, die Ungarn verlangte, in dem eine friedliche Änderung der Grenzen bewilligt wird (Bútorá 1995: 46).

Die Frage nach dem Status von Minderheiten, vor allem der ungarischen, die etwa 10-12% der slowakischen Bevölkerung ausmachen, ist in der slowakischen Politik nicht nur seit der Gründung der unabhängigen Slowakei vorhanden, sondern ist ein anhaltendes Thema bereits seit der ersten Tschechoslowakischen Republik. Der Vertrag zwischen der Slowakei und Ungarn konnte dieses Thema nicht unbehandelt lassen, nicht nur wegen dem eminenten Interesse Ungarns an ihrem Volk in der Slowakei, sondern auch wegen des erheblichen Drucks des Auslands auf die gesetzliche Verankerung der Stellung von Minderheiten in der Slowakei. Der Grundkonflikt war der Fakt, dass Ungarn die Anerkennung kollektiver Rechte der ungarischen Minderheit forderte, was die Slowakei verweigerte und die Zugehörigkeit zu einer Minderheit als rein private Frage betrachtete.

Artikel 15, der sich auf die Rechte von Minderheiten konzentriert, ist einer der wichtigsten Artikel des Vertrags (auch der längste) und im Grunde garantiert seine Einhaltung eine ruhige slowakisch-ungarische Beziehung.

Artikel 15

(2) Die Vertragsparteien sind auf dem Gebiet des Schutzes der nationalen Minderheiten und der Rechte der Personen dieser Minderheiten mit folgenden Grundsätzen begleitet:

...

c) Personen, die einer nationalen Minderheit angehören, haben das Recht, sich einzeln oder zusammen mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe frei zu äußern und ihre ethnische, kulturelle, sprachliche oder religiöse Identität in all ihren Aspekten zu bewahren und zu entwickeln,

d) Die Integrationsziele ihrer Politik bestätigend, enthalten sich die politischen Parteien einer solchen Politik oder Praktiken, die auf die Assimilierung von Angehörigen nationaler Minderheiten gegen deren Willen ausgerichtet ist und werden diese Personen vor allen Maßnahmen die zu einer solchen Assimilation führen könnten beschützen. Die Vertragsparteien verzichten auf Maßnahmen, die das Verhältnis der Bevölkerung in Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten bewohnt werden ändern würde, und die die Rechte und Freiheiten dieser Personen einschränken würde

...

f) Personen, die nationalen Minderheiten angehören, haben das Recht einer effektiven Anteilnahme an Entscheidungen in Bezug auf Minderheiten oder Bereiche, in denen diese Minderheiten leben, an nationaler und gegebenenfalls auf regionaler Ebene in einer Weise , die nicht mit dem nationalen Recht in Konflikt gerät,

g) Personen, die der ungarischen Minderheit in der Slowakei und der slowakischen Minderheit in Ungarn angehören haben einzeln oder gemeinsam mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppe das Recht, ihre Muttersprache mündlich und schriftlich, privat und in der Öffentlichkeit frei zu verwenden. Als nächstes haben sie das Recht der Verwendung ihre Muttersprache, in Übereinstimmung mit dem internen nationalen Recht und auf beiden Seiten akzeptierten internationalen Verpflichtungen beim Kontakt mit Behörden, einschließlich der öffentlichen Verwaltung und Gerichtsverfahren und haben das Recht Namen der Gemeinden, in denen sie leben, Namen von Straßen und anderen öffentlichen Bereichen ,bei topographische Daten, Schilder und Informationen, öffentliche Plätze in ihrer Muttersprache aufzuschreiben und ihre Namen und Nachnamen in dieser Sprache zu verwenden, haben in den nationalen Bildungssystemen angemessene Möglichkeiten – ohne Schaden am Unterricht der Amtssprache oder dem Unterricht in ihr zu verursachen-auf den Unterricht ihrer Muttersprache und in ihrer Muttersprache, sowie das Recht auf Zugang zu den öffentlichen Medien ohne Diskriminierung. (Vertrag 1995: 3)

Wir haben aus dem angegebenen Artikel 15 des Slowakisch-Ungarischen Vertrags vier Absätze zitiert, die bei ihrer Formulierung größte Probleme machten, die aber solch ein rechtliches Umfeld schaffen sollten, dass keines der zusammenarbeitenden Länder das

Gefühl einer geringeren oder größeren Unterdrückung eigener Anforderungen spüren könnte.

Die Realität ist allerdings so, dass die Interpretation aller vier genannten Absätze ein grundlegendes Problem beim Lösen der slowakisch-ungarischen Konflikte darstellt, da sie jede Seite anders interpretiert. Grundsätzlich kann man aber konstatieren, dass gerade der Artikel 15 nicht so sehr den Ursprung der Konflikte verursacht, als den Ursprung des gemeinsamen Lösens der Konflikte, zu dem aber Akzeptanz und das Wahrnehmen der anderen Seite nötig sind.

Die Bewertung des slowakisch-ungarischen Vertrags als ein international verbindliches Rechtsdokument, das aufgrund eines Konsenses entstand und von beiden Seiten ratifiziert wurde, kann man aus dem Blick der slowakischen Außenpolitik als positiv betrachten. Als klaren Erfolg der slowakischen Außenpolitik in diesem Vertrag kann man die Unmöglichkeit der Änderung der Grenze - auch nicht in einer friedlichen Weise - verbuchen. Als klaren Kompromiss kann man die Passagen des Vertrages vermerken, die die Stellung der Minderheiten betreffen, solange diese die international beschlossenen Standards respektieren; jedoch ihre unklare Formulierung könnte es beiden Seiten ermöglichen, sie zu ihren Gunsten zu nützen bzw. auszunützen.

Insgesamt ist der Vertrag ein sehr ausgewogenes Dokument, das man als Grundpfeiler der slowakisch-ungarischen Beziehungen in allen Bereichen, auch der Außenpolitik, betrachten kann, und bei Beachtung der vertraglichen Bedingungen auf beiden Seiten jedenfalls erfolgreich sein kann.

5.1.4 Interne nationale Dimension des slowakisch-ungarischen Vertrags

Der enorme Optimismus, der im internationalen Umfeld nach der Unterzeichnung des slowakisch-ungarischen Vertrags herrschte, wurde schnell von Pessimismus abgelöst, weil man das vereinbarte Dokument in dem internen politischen Kampf zu missbrauchen versuchte, nicht nur innerhalb der politischen Parteien, sondern auch gegen das internationale Umfeld und Ungarn. Die Bereitschaft der politischen Parteien unmittelbar nach der Unterzeichnung des Vertrages ließ sichtbar nach, was sich schon deutlich bei der Genehmigung der Verträge in der Regierung, in der die Slowakische Nationalpartei nicht abgestimmt hat, abzeichnete (Bútorá 1995: 46).

Einen viel größeren Kampf hat aber der Vertrag in seiner Anhörung im Parlament erlebt, wo er auf mehrere Obstruktionen traf, bestehend aus der Bedingung seiner Ratifizierung, Annahme anderer Gesetze, die in Wirklichkeit keine Verbindung zu dem Vertrag hatten, und die künstlich von den slowakischen Hauptvertretern V. Mečiar und I. Gašparovič geschaffen wurden. Für den ganzen problematischen Ratifizierungsprozess in der Slowakei wurde schließlich Ungarn verantwortlich gemacht, und das mit den Worten des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten J. Schenk, der die Bereitschaft der ungarischen Seite, das slowakische Sprachgesetz nicht zu akzeptieren, als eine Schaffung einer ungünstigen Atmosphäre und somit auch als negativen Einfluss auf die Arbeit im Parlament bezeichnete (Bútorá 1995: 47).

Letztendlich wurde der Vertrag unter dem Druck der internationalen Bevölkerung, aber auch aufgrund der Ergebnisse der statistischen Messungen der Bevölkerung, die deutlich den Vertrag unterstützte, vom Parlament am 26. März 1996 ratifiziert. Zudem wurde ein weiterer Beschluss aufgenommen, der die Leistung von den Bestimmungen des Vertrags über die slowakische Regierung im Bereich der individuellen und Minderheitenrechte einschränkt (Bútorá 1995: 50).

5.2 Die Realität der slowakisch-ungarischen Beziehungen

5.2.1 Besetzung der Botschaft in Ungarn

Im Jahr 2002 verließ der slowakische Botschafter Štefan Markuš Ungarn, der auf diesem Posten 1999 den nicht mal ein Jahr lang wirkenden ehemaligen Abgeordneten der HZDS A. Tarnóczy ersetzte. Die Wahl von Štefan Markuš im Jahr 1999 sollte de facto eine temporäre Lösung sein, bis ein geeigneter Kandidat für die Botschaft in einem Land, mit dem die Slowakei dringend eine gute Beziehung brauchte, gefunden wäre. Nach dem Abgang von Štefan Markuš blieb jedoch der Posten des Botschafters bis 2004 unbesetzt.

Im Jahr 2004 hat die Regierung von Mikuláš Dzurinda für die Ernennung zum Botschafter in Ungarn den Stellvertretenden der SDKÚ und ehemaligen Rektor der Comenius-Universität, aber auch einen, der ihnen sehr nahe stand und auch eine allgemein anerkannte Kapazität war, empfohlen. Dem widersprach der Präsident Ivan Gašparovic, der erst kurze Zeit im Amt war, und versuchte, sich eine eigene geachtete Stellung unter den anderen politischen Akteuren zu erringen. Dies würde letztlich nicht ein grundsätzliches Problem darstellen, wenn damit das Interesse des Einzelnen nicht über die Interessen der Mehrheit stehen würde. Das Grundproblem der Einmischung in die innenpolitischen Fragen war nach der Aussage des Präsidenten, dass er diesen Posten an einen „*national orientierten Kandidaten*“ vergeben wollte (Mesežnikov, G. – Kollár, M. 2004: 401).

Dies offenbarte deutlich die Kontakte des Präsidenten mit der nationalistischen Slowakischen Nationalpartei und seine Aussagen können als ein Versuch, innenpolitische Fragen und Probleme auf die Ebene der Diplomatie und Außenpolitik zu übertragen, verstanden werden.

Die Situation wurde schließlich durch die Nominierung des anerkannten und respektierten Diplomaten Juraja Migaša von der Regierung aufgelöst. Durch seine eventuelle Nicht-Ernennung würde Gašparovič sein Versprechen brechen, jedermann mit einer diplomatischen Erfahrung zu ernennen, auch wenn im Fall von J. Migaš der Vorwurf der Unwissenheit der ungarischen Sprache aufkam (Mesežnikov, G. – Kollár, M. 2004: 401).

5.2.2 Slowakisch-ungarisches Geschichtsbuch

Einer der grundlegenden Widersprüche innerhalb der slowakisch-ungarischen Beziehung ist die Existenz von verschiedenen Blicken auf die Geschichte und deren unterschiedliche Interpretation. Auch aus diesem Grund entstand 1993 die slowakisch-ungarische Kommission der Historiker. Ihre Aufgabe war die Zusammenarbeit und Bemühung um den größtmöglichen Austausch von Kenntnissen und Ansichten betreffend die Auslegung der Historie auf beiden Seiten der Donau. Die Kommission, von Regierungsbeamten sowie der Existenz des gemeinsamen deutsch-französischen Geschichtsbuches unterstützt, entschied, eine ähnliche slowakisch-ungarische Veröffentlichung zu entwickeln. Von der ursprünglichen, rein fachbezogenen Frage, unterstützt im gesamten politischen Spektrum, entstand aber letztlich ein innenpolitisches Thema. Auf der einen Seite wurde der Regierung von Robert Fico, die das Lehrbuch unterstützte, untersagt, damit den national orientierten Wähler für sich gewinnen zu wollen. Das brachte die gemeinsame unterschiedliche Betrachtung der slowakisch-ungarischen Geschichte ans Licht. Auf der anderen Seite war der Konflikt innerhalb der Regierung zwischen dem stellvertretenden Ministerpräsidenten für Menschenrechte und Minderheiten D. Čaplovič (Smer), der das Buch unterstützte und dem Bildungsminister J. Mikolaj (SNS), der jede Möglichkeit einer Entstehung eines ähnlichen Buches und seine mögliche Aufnahme in die Liste der Lehrbücher ablehnte. Von dem ursprünglich rein fachbezogenen Thema, das die Annäherung von Slowaken und Ungarn erzielen sollte, entstand ein rein politisches Thema, das der Gewinnung von Wählern diene.

5.2.3 Einreiseverbot des ungarischen Präsidenten in die Slowakei

Den wohl ernsthaftesten Konflikt in den slowakisch-ungarischen Beziehungen in den letzten Jahren löste die Bemühung des ungarischen Präsidenten aus, einen Privatbesuch in Komarno zu absolvieren, um die Statue des Hl. Štefan, zu der er finanziell beigetragen hatte, zu enthüllen. Diese Bemühung traf nicht auf Verständnis der Staats- und Regierungsvertreter der Slowakei. Da dieser Besuch für 21. August geplant war, interpretierten sie ihn als Versuch, in die nationale Integrität der Slowakei einzugreifen und wurde mit der Invasion der Truppen des Warschauer Paktes im Jahr 1968, an der auch Ungarn beteiligt war, in Verbindung gebracht. Aus dem zu Beginn unschuldigen Besuch, der natürlich auch einen offiziellen Status haben könnte, wurde im Moment der Äußerungen der slowakischen Politiker ein großes internationales Problem. Ungarn fordert eine Lösung dieses Konflikts vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Die Einbeziehung von politischen Themen in eine ursprünglich einfache diplomatische Auseinandersetzung oder das Missverständnis wurden zu einem internationalen Skandal, was eine weitere Wunde in den slowakisch-ungarischen Beziehungen hinterließ.

Unsere Untersuchung der slowakisch-ungarischen Beziehungen zeigte uns deutlich, welcher Unterschied nicht nur zwischen der Wahrnehmung des rechtlichen Status und der Realität ist, sondern auch zwischen dem, wie die Außenpolitik mit und ohne Einfluss der Innenpolitik wirkt. Wir haben deutlich gezeigt, dass man die Formung der Außenpolitik nicht selbstständig von der Realität abgetrennt betrachten kann, da jedes mögliche Ergebnis (z.B. in Form eines ausländischen Vertrags, die Entscheidung über einen Botschafter und die Schaffung von Lehrbüchern) von der internen Politik oder Politisierung schließlich korrigiert wird oder ihr entgegenwirkt. Dieses Argument kann man nicht nur durch das vorgehend Beschriebene untermauern, es ist auch durch die Äußerung des ehemaligen Botschafters der ČSFR in Ungarn R. Chmel nachweisbar. Es wird die reale Möglichkeit der Außenpolitik in der Lösung der slowakisch-ungarischen Konflikte, und wahrscheinlich nicht nur auf sie beschränkt, beschrieben:

„Missverstanden blieb das Axiom, dass der Schlüssel zur slowakisch-ungarischen Versöhnung in der slowakischen Heimpolitik ist: Der Dialog zwischen der slowakischen Mehrheit und der ungarischen Minderheit“ (Bútorá 1995: 30)

5.3 Slovak AID

Das Gewähren einer Entwicklungshilfe hatte in der Slowakei noch vor der Entstehung der unabhängigen slowakischen Republik eine Tradition. Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik gehörte zu den aktiven Donors, als sie zum Beispiel in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, 124 Ländern Hilfe gewährte und in Bezug auf den Anteil der Beihilfen am BIP gehörte sie weltweit zu den größten Spendern (0,7-0,9% ODA/BIP) (Szep 2004: 10). Diese Hilfe wurde vor allem an nichteuropäische sozialistische Länder gerichtet und laut Brzic war eines der Ziele die ideologische Bildung zur Akzeptanz des Regimes. (Brzic 2002: 107)

Nach der politischen Wende und den ersten Jahren der unabhängigen Slowakei ist es zu einem deutlichen Rückgang der Entwicklungshilfe gekommen. Der Zeitraum von 1993 bis 1998 wird auch als der Zeitraum der Trägheit genannt (Weiss 2008: 274). Die SR trat nach ihrer Gründung aus der Rolle eines Donors aus und ordnete sich zwischen die Empfängerstaaten ein. Zu einer Änderung dieser Situation kam es mit der Aufstellung der neuen Regierung von Mikulas Dzurinda im Jahr 1998. In den Jahren 1999 bis 2002 wurden die Grundbausteine der Entwicklungshilfe in der SR gebildet. Diese Änderung hing mit der Beruhigung der innenpolitischen Situation nach der Wahlniederlage von Vladimir Meciar zusammen, wie auch mit den aufsteigenden Bemühungen der Slowakei um den Beitritt in OECD, EU und NATO. (Szep 2004: 13f) Das Ministerium für auswärtige- und europäische Angelegenheiten der SR hat im Jahr 2003 begonnen offizielle Entwicklungshilfe unter dem Namen „SlovakAid“ zu gewährleisten. Dieses Ministerium wurde zum nationalen Koordinator in der Gewährleistung der slowakischen Entwicklungshilfe. In den ersten Jahren hat sich der Mechanismus der Entwicklungshilfe dank starker Unterstützung der kanadischen Entwicklungsagentur (CIDA) und des Entwicklungsprogrammes UNDP gebildet.

Gesetzlich wurde die Frage der Entwicklungshilfe mit dem Gesetz Nr. 617/2007 der Gesetzessammlung der offiziellen Entwicklungshilfe und durch die Ergänzung des Gesetzes Nr. 575/2001 der Gesetzessammlung zur Organisation der Tätigkeit der Regierung in späteren Vorschriften geregelt. Auf Grund dieses Gesetzes hat das Ministerium die Slowakische Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit (SAMRS) gebildet.

Im Jahr 2013 ist das erste strategische Dokument entstanden, welches die slowakische ODA vorstellte – *Mittelfristige Konzeption der offiziellen Entwicklungshilfe für die Jahre 2003-2008*- und ab diesem Jahr etablierte sich die SR in der globalen Gemeinschaft der Donors. Die mittelfristige Strategie der ODA ersetzte im Jahr 2009 die frühere Konzeption und wurde zu dem neuen wichtigsten strategischen Dokument der slowakischen Entwicklungshilfe. Wie auch in dem vorherigen Dokument, ordnet das aktuelle strategische Dokument die SR als ein Mitglied der EU und der OECD „zwischen die am meist entwickelten Länder der Welt“ (MfAA der SR, 2009: 2) ein.

In der mittelfristigen Strategie sind die obersten Prioritäten der SR im Bereich der ODA: *„Die Stabilität und gute Verwaltung von öffentlichen Angelegenheiten, in Bereichen und primären Interessen der SR zu verstärken, auch von der Hinsicht der wirtschaftlichen Interessen der SR, sowie auch der Entwicklung und somit zu der Senkung der Armut und Hunger in den Entwicklungsländern beizutragen (...)“* (MfAA der SR 2009: 2). In dem Dokument tritt in erhöhtem Maß die instrumentalisierte Interpretation der ODA, als eine Politik die dem Interesse der SR dient, auf, wie auch die altruistische Interpretation der ODA als eine Politik auf die Verbesserung der Situation in den Empfängerländern gerichtet. Vor allem bei dem Teil der sich auf die Ziele der ODA konzentrierte, kann man einen Fortschritt in Richtung der Bedürfnisse und Interessen der Empfängerländer sehen. So lange es um das Auftreten der Entscheidungslogik geht, nutzt das Dokument ähnlich wie die alte Konzeption, beide Entscheidungslogiken, für die Rechtfertigung des slowakischen Engagement in der Politik der ODA aus, und präsentiert die Entwicklungshilfe als eine geeignete wie auch vorteilhafte Politik.

In dem Jahr 2014 steigt die Entwicklungshilfe der SR in die zweite Dekade ihrer Existenz ein. Im September 2013 wurde die Slowakei als vollwertiges Mitglied vom Ausschuss im Bereich der Organisation für die wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung aufgenommen (OECD/DAC). Diesen Schritt kann man auch als den symbolischen Höhepunkt einer zehn jährigen Integration in die internationale Spendergemeinschaft, betrachten. Gleichzeitig ist es auch eine neue Herausforderung für die Entwicklung eines modernen, transparenten und effektiven Systems der SlovakAid in dem Zeitraum, in dem die internationale Gemeinschaft ihre Entwicklungsziele nach dem Jahr 2015 definiert.

Während der Vorbereitung und Verabschiedung der Millennium Development Goals (MDGs) vor dem Jahr 2000, war die Slowakei ein Empfänger der Hilfe. Bei der

Vorbereitung der neuen Ziele der Entwicklung nach dem Jahr 2015 tritt sie schon als ein Donor auf. Dem neuen Rang, den Aufgaben und der Verantwortung ist auch die strategische Fokussierung der Entwicklungszusammenarbeit der SR angepasst.

Die mittelfristige Strategie der Entwicklungszusammenarbeit der SR für die Jahre 2014 – 2018 wurde am 20. Februar 2014 vorgestellt und basiert auf den Bewertungen der vorherigen Strategie für die Jahre 2009 – 2013. Diese Strategie war der Gegenstand der Konsultation mit allen wichtigen Vertretern der Entwicklungspolitik der SR, d.h. mit den Ministerien, der Staatsverwaltung, den NGOs, wie auch privaten- und akademischen Sektoren.

Zurzeit gewährt die SR die Entwicklungshilfe auf verschiedenen Arten, wobei die Mehrheit multilateral, durch Beiträge der SR in verschiedene internationale Organisationen, verwaltet wird. Es ist wichtig zu erwähnen, dass auch bei der bilateralen Gestaltung der Komponenten der ODA, die internationalen Vertreter mit dem Regionalzentrum des UNDP in Bratislava, eine wichtige Rolle gespielt haben. In Bezug auf den Umfang der gewährten Hilfe, zählt die SR zu den am wenigsten erfolgreichen Ländern in der EU, aus der Sicht der vorgehabten Ziele (0,17% ODA/BIP) – im Jahr 2010 erreichte die SR den Anteil der ODA an das BIP nur 0,09% und auf der Rangliste der Mitgliedstaaten der EU landete sie somit auf Platz 23. (Concord AidWatch 2011).

Gehört zu den dominierenden Interpretationen der Gewährung der ODA in dem öffentlichen Diskurs, auch das konstituieren der Identität der SR?

Bei der Berücksichtigung der sozial-konstruktivistischen Konzepte öffnet sich der Raum für die komplexe Untersuchung der Beziehung zwischen der Identitätsbildung des Spenderlandes und ihrer Motivation zu der Politik der ODA. Ähnlich wie bei jedem anderem Staat, sind auch im Fall der Slowakei ihre Interessen von der Identität des Landes beeinflusst, welche ununterbrochen im Prozess der Konstruktion und Rekonstruktion ist. Mit den Worten von Batora, „*die Außenpolitik von jedem neuen Staat ist deswegen um die Konstitution der Innenpolitik bemüht*“ (Batora 2004: 5). Es ist natürlich, dass die SR als ein relativ neues Land, in dem die komplexe Gemeinschaftstransformation aus dem Jahr 1989 ausklingelt, ihre Identität noch immer sucht. Eine wichtige Aufgabe der slowakischen

Außenpolitik ist, unter anderem, die Teilnahme an der Gestaltung der slowakischen Identität, d.h. an der Gestaltung der Vorstellung über sich selbst, welche mit den Einwohnern des Landes geteilt wird und von den anderen Vertretern auf der internationalen Sphäre anerkannt wird. Aus der Identität der SR folgen unterschiedliche Interessen. Mehrere von diesen können eine Quelle der instrumentalen Motivation der slowakischen Entwicklungshilfe sein – die SR kann sich als ein egoistischer Akteur verhalten, der durch die Politik der ODA zum Beispiel die Maximierung ihrer Auswirkung in den Empfängerländern und die Erhöhung der eigenen wirtschaftlichen Prosperität beobachtet. Gleichzeitig ist es möglich, dass sich aus der Identität der SR eine altruistische Entwicklungshilfe entwickelt – die SR kann sich mit dieser Politik um den höchst möglichen Gewinn für die Entwicklungsländer bemühen, unabhängig davon, was diese Politik ihr selbst bringt. Jede von den vorgestellten Motivationen – die instrumentale und die altruistische – kann dabei mit der Entscheidungslogik der Auswirkungen, sowie auch mit der Entscheidungslogik der Angemessenheit, assoziiert werden. Gleichzeitig gilt, dass aus der alleinigen Untersuchung des Diskurses, eine Beurteilung zur wirklichen Motivation des Akteurs zu der konkreten Handlung nicht möglich ist. Deswegen haben wir uns nicht auf die Untersuchung der Motive konzentriert, die vom Prinzip aus sehr vielfältig, verbunden und im Grunde ununterscheidbar sind, sondern auf die Untersuchung der Interpretation und der Begründung der Gewährung der Entwicklungshilfe, welche in dem Diskurs vorhanden sind. Die Beziehung zwischen der Identität und der ODA kann auf andere Weisen konzipiert werden. Zum Beispiel, dass die SR die ODA als ein Instrument verwendet, mit dem sie die Konstitution und Durchsetzung ihrer Identität im Ausland erreicht. In dem Zeitraum von 1993-1998 war es *„klar, dass die Slowakei ein Staat sei, nur war es nicht klar, was für einer“* (Batora 2004: 5). Als die Mehrheit der Slowaken eine vollwertige Mitgliedschaft in einem modernen Europa spürte und den Beitritt der SR in die EU und die NATO erreichen wollte, waren die Ergebnisse, die vom Ministerpräsidenten Meciar erreicht wurden, das genaue Gegenteil und die Slowakei wurde als ein schwarzes Loch auf der Karte von Europa betrachtet (Batora 2004: 5). Diese *„kollektiv kognitive Dissonanz“* war eine der wichtigsten Faktoren, welcher zu dem Sieg der Oppositionsparteien, bei den Wahlen im Jahr 1998 führte, und zu grundlegenden Änderungen in der Innen- und Außenpolitik der SR (ebd). Zu einer der wichtigsten Aufgaben wurde *„das Erreichen der Bestätigung der eigenen Vorstellung als ein Land das in die NATO und die EU gehört“* (Batora 2004: 6). Für die SR war es entscheidend eine solche Wahrnehmung von den anderen zu erreichen, denn ohne diese wäre die eigene

Wahrnehmung der Slowaken sinnlos. In der Bemühung, als ein entwickeltes Land wahrgenommen zu werden, welches zu den renommierten internationalen Gemeinschaften dazu gehört, hat die SR begonnen ihre Außenpolitische Instrumente zu verwenden. Die Außenpolitik stellt ein Instrument *par excellence*, für die Erstellung der Identität vor. Nach Messari, unterscheidet es die Grenze zwischen *wir* und *sie*, mit einer positiven Identifikation von einigen Ländern, hebt es vor, wer wir sind, und mit negativen Abgrenzungen der anderen definiertes, wer wir nicht sind (Messari 2001: 227ff). So ist die Annahme möglich, dass sich die SR im Prozess des sozialen Lernens bewusst wurde, dass die anderen Länder, denen sie ähnlich sein will und zu denen sie dazu gehören möchte – Mitgliedsstaaten der EU und NATO - durchgearbeitete Systeme zur Gewährung der ODA haben. In der Bemühung sich positiv mit diesen Ländern zu identifizieren, und sich gleichzeitig von den Entwicklungsländern (den „problematischen“, die für die Integration in die EU und NATO nicht geeignet sind) zu unterscheiden, hat die SR mit der Bildung eines Programmes für die Gewährung von Entwicklungshilfe angefangen. Nach der mittelfristigen Strategie behandelt die Entwicklungspolitik *„die Entwicklung der Beziehung mit den Empfängerländern, welchen die Slowakei eine materielle Hilfe gewähren und ihre Erfahrungen aus dem Prozess der demokratischen Transition vermitteln kann“*. Gleichzeitig ist das Gewähren der Hilfe *„ein Beweis der Reife der Slowakischen Republik und beeinflusst positiv die Entwicklung der Beziehungen mit den entwickelten Ländern“*. Als ein wichtiger Moment, wird in der mittelfristigen Strategie auch *„eine angemessene Präsentation der Slowakischen Republik in den anderen Ländern und internationalen Foren“* bezeichnet (MfAA der SR 2004: 4). Mit diesem Wissen hängt auch der Akzent der mittelfristigen Strategie mit dem Fakt zusammen, dass mit dem Eintritt in die renommierten internationalen Clubs (OECD, EU, NATO) die Slowakei eine neue Identität erhält, mit der gewisse Außenpolitische Äußerungen zusammenhängen. Ein Teil der Interpretation der Gewährung der ODA ist so in der mittelfristigen Strategie, auch die Bemühung der SR, ihre neu gewonnene Identität eines verantwortungsvollen Mitglieds der internationalen Gemeinschaft zu bestätigen.

Für das Subsumieren von diesem Argument unter eine der Entscheidungslogiken ist es festlegend herauszufinden, aus welchem Grund das Land diese Verpflichtung hat. Muss die SR die ODA deswegen gewähren, weil es ihr die eigene Identität eines entwickelten Landes bestimmt, für welches ein solches Verhalten natürlich wäre (Logik der Angemessenheit), oder muss die SR die ODA deswegen gewähren, weil sie die negativen

Folgen beim verstoßen gegen die bestehenden Verpflichtungen fürchtet und deswegen auch die Gefährdung der Möglichkeit ihre Präferenzen zu maximieren (Logik der Konsequenzen)? Für die zweite der erwähnten Möglichkeiten legt die Tatsache nahe, dass in der Argumentation auf die Verantwortung gegenüber den internationalen Verpflichtungen verwiesen wurde, zu welchen die SR angetreten ist, anstatt von einem Nachdruck auf eine gewisse interne Verpflichtung.

Es scheint, dass die SR nicht mit der Identität disponiert, aus der sich automatisch die Gewährung der Entwicklungszusammenarbeit für arme Länder ergibt, ohne einer zusätzlichen Rechtfertigung dieser Politik mit einem Beitrag für die Slowakei. Aus einigen Aussagen ist es deutlich, dass die SR es für geeignet hält, sich wie andere Akteure mit den gleichen Werten zu verhalten. Dies würde darauf hindeuten, dass die Gewährung der ODA, ein Ausdruck der Akzeptanz von Standards ist, welche die SR mit den entwickelten Akteuren, zu denen sie dazu gehört, teilt. Sehr oft war aber eine direkte Bindung dieser Problematik auf die eigenen Interessen, welche die SR Mithilfe von einer solchen konformen Handlung durchsetzt, zurückzuführen.

6. Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik

Der heftige Bruch in der globalen Sicherheitslage nach dem Ende des Kalten Krieges verursachte einen Bedarf nach einem neuen internationalen System. ČSFR stand inmitten der größten Veränderungen und eine neue Epoche ihrer Existenz präsentierte noch unbekannte Chancen und Risiken. Wenig Erfahrung mit dem Selbstschutz des Staates und der Glaube der idealistisch gesinnten Anführer der neu-freien Nation haben die Vertreter der ČSFR zu sicherheitspolitischen Konzeptionen geführt und sie rechneten mit einer internationalen Gemeinschaft, die allen Mitgliedstaaten eine friedliche Koexistenz und Sicherheitsgarantien vor äußeren Bedrohungen garantieren würde.

Die Entwicklung einer autonomen Sicherheitspolitik der ČSFR erforderte eine Auseinandersetzung mit den Überresten der früheren Anordnung, welche zur Priorität der nationalen Staatssicherheit wurde. ČSFR hatte ein eminentes Interesse an der Politisierung und der folgenden Auflösung des Warschauer Paktes, der unter Anwesenheit der sowjetischen Truppen einen dauerhaften Status eines Satellitenstaates darstellte. Die tschechoslowakische Diplomatie folgte zuerst mit dem Druck auf die Zurückziehung der sowjetischen Truppen und erst nach der Zurückziehung des größten Teiles mit dem Druck auf die Auflösung des Warschauer Paktes (Dienstbier 1999: 89).

Die erste Verhandlung über die Zurückziehung der sowjetischen Truppen fand erfolglos am 15.-17. Januar 1990 statt, die zweite Runde einen Monat später brachte die erwünschten Ergebnisse. Die tschechoslowakische Regierung erhielt somit freie Hand in dem Prozess der Desintegration des Warschauer Paktes.

Die ČSFR blieb noch bis Mitte 1991 ein Mitglied des Warschauer Paktes, über dessen Erhaltung in primären Überlegungen auch die NATO diskutierte. Konzeptionen der neuen Verordnung der idealistischen Regierungsgarnitur zu breiten paneuropäischen Foren, wie den Europarat, oder der institutionalisierten Form: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatte bei den ehemaligen Dissidenten ein hohes Ansehen wegen ihres Schlussaktes, der die Entwicklung in den kommunistischen Ländern deutlich beeinflusste. Gleichzeitig war er eine breite Plattform, auf der die ČSFR eine vollwertige Mitgliedschaft haben und somit einem

Sicherheitsvakuum nach der Auflösung des Warschauer Paktes ausweichen konnte. Für die Umsetzung dieses Vorhabens bereitete die tschechoslowakische Diplomatie der europäischen Sicherheitskommission einen Vorschlag (Samson 1996: 17) als eine Form der Institutionalisierung der KSZE. Die europäische Sicherheitskommission wurde zum „Flaggschiff“ der tschechoslowakischen Diplomatie. Sie stellte eine verbindende Organisation vor, die neben dem Beibehalten der militärisch-politischen Bündnisse als eine Plattform der intensiven Kommunikation zwischen allen Mitgliedsstaaten der KSZE fungieren würde, und gleichzeitig ein andauerndes Engagement der USA bei Sicherheitsfragen von Europa sicherstellen würde. Das Unterordnen der NATO dem breiten Forum der europäischen Länder hat im Westen nicht genügend Aufmerksamkeit erhalten. Der Fokus auf die KSZE hat der ČSFR eine partielle Genugtuung in Form des Pariser Gipfels erbracht. Die Charta für ein neues Europa, die auf diesem Gipfel angenommen wurde, war der erste konkrete Schritt zur Errichtung einer andauernden Sicherheitsstruktur nach den Vorstellungen der tschechoslowakischen Diplomatie.

Der Versuch der tschechoslowakischen Diplomatie im Jahr 1991 der Erschaffung eines blockfreien moralischen Forums als eine Hauptsicherheitsstruktur Europas ist gescheitert und brachte somit die Sicherheitspolitik der ČSFR nahezu auf den Punkt Null. Ab dem Moment der Unfähigkeit der KSZE hat sich die Einstellung der Vertreter der mitteleuropäischen Länder gegenüber der NATO langsam verändert. Die NATO verteidigte bis Anfang des Jahres 1991 die Konsistenz des Warschauer Paktes und zeigte kein Interesse an der Erweiterung ihrer Räte so nahe an der sowjetischen Grenze. Der Wandel auf beiden Seiten verursachte einen gescheiterten Putschversuch und mit diesem verbunden die Destabilisierung der UdSSR im August 1991. Die Mitgliedsstaaten der NATO fanden sich mit dem unvermeidlichen Zerfall des Warschauer Paktes und der UdSSR ab und mussten eine Stellungnahme gegenüber den nicht sichergestellten neuen Demokratien in der Mitte Europas abgeben. Die Länder der Visegrad-Dreier-Gruppe haben ihre Sicherheitsabsichten langsam auf handlungsfähigere Strukturen der festen Garantien der NATO umgeleitet (Samson 1996: 20).

Zum Umfang der sicherheitspolitischen Aktivitäten der föderativen Regierung wurde der Nordatlantische Rat für Zusammenarbeit (NACC) als ein Teil des strategischen Konzepts der NATO auf dem Gipfel in Rom im Jahr 1991 verlautbart. Die NACC sollte als ein Beratungsforum zwischen der NATO und den postkommunistischen Ländern dienen, welche Interesse an einer Mitgliedschaft bei der NATO gezeigt haben. Seit der ersten

Sitzung der NACC, am Ende des Jahres 1991, erzeugte die Regierung der ČSFR in jenem Projekt eine signifikante Aktivität, welche sich aber bei der Erhöhung der Spannung bei den Bundesbeziehungen reduzierte. Mit ihrer Teilnahme zeigte die ČSFR allerdings für beide Bundesrepubliken als Priorität ihrer Sicherheitspolitik ein Interesse an einer Vollmitgliedschaft bei der NATO.

Slowakische Politiker verfügten über eine andere Mentalität gegenüber dem Prager Zentrum, und während dem Jahr 1991 wurde die Abwendung der autonomen slowakischen Politik von der Bundespolitik sichtbar. Für die Außenpolitik war die Föderation zuständig und die slowakischen Politiker spürten den Ausschluss aus dem Entscheidungsprozess. Unterschiedliche nationale Interessen führten gegen Ende des Jahres 1991 zur Schaffung eines eigenen Ministeriums für Internationale Beziehungen. In jenen nationalen Interessen ist es notwendig vor allem das nationalistische Denken der slowakischen Politiker dazuzuzählen, welche den Drang verspürten, die Slowakei aus dem Schatten des Prager Zentrums hervorzuholen, aber gleichzeitig auch die Bemühung, die slowakischen autonomen Beziehungen mit dem Osten zu erhalten.

Bei der Entwicklung der separatistischen Konzepte während dem Jahr 1992 entstehen im Hinblick auf eine gemeinsame Armee zwischen den beiden Republiken unterschiedliche Meinungen. Die slowakische Sicherheitspolitik weicht aber in keiner Weise von dem Bundeskonzept ab und die beschriebene Abweichung muss dem Versuch über das Hervorbringen der slowakischen Nation zugeschrieben werden. So begann die Slowakei ihre Bemühungen um das Erlangen einer Vollmitgliedschaft bei den westlichen Sicherheitsstrukturen der NATO und der WEU.

6.1 Regierung von Vladimir Meciar

6.1.1 Das erste Jahr der selbständigen Existenz der Slowakischen Republik

Der friedliche Zerfall der Föderation ermöglichte eine schnelle internationale Anerkennung und Kontinuität in den Beziehungen. Die Sicherheitspolitik bekam ihre Inhalte und die Slowakische Republik zeigte ihre demokratische Orientierung mit der Teilnahme bei KSZE am 1.1.1993, bei NACC am 1.1.1993. Am 19.1.1993 wurde die Slowakische Republik in die Vereinten Nationen und am 30.6.1993 in den Europarat aufgenommen, am 4.10.1993 wurde das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union unterzeichnet. Angesichts der Tatsache, dass die NATO-Mitgliedstaaten in diesem Zeitraum keine Erweiterungen planten, gab es keinen Grund für eine Beantragung der Mitgliedschaft und deswegen hat die Regierung schriftlich den Wunsch nach Integration nur in den innenpolitischen Dokumenten geäußert.

Ihr internationales Auftreten begann die Slowakische Republik mit dem ersten Auslandsbesuch in ihrem eigenen Land, welchen der französische Außenminister Roland Dumas unternahm. R. Dumas hat sich im Februar des Vorjahres deutlich in der polnischen Tageszeitung *Zycie Warszawy* geäußert, dass „*die Erweiterung der Sicherungsmaßnahmen für die neuen demokratischen Länder ausgeschlossen wird*“ (Leško 1998: 18). Die Stellung der USA zu der Bereitstellung von Sicherheitsgarantien änderte sich jedoch mit der Präsidentschaft von Bill Clinton. Die Aussage des Ministerpräsidenten Vladimir Mečiar zwei Monate später „*falls wir im Westen keinen Erfolg haben, wenden wir uns an den Osten*“, die mit vollem Ernst ausgesprochen wurde, wurde im Ausland mit erheblichen Bedenken angenommen; zu diesem Zeitpunkt wurde die Aussage aber noch nicht vollständig manifestiert (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 76). Wegen seiner Aussage kann man ihn bezüglich zweier erster bilateralen Kontakte mit der russischen Föderation verdächtigen. Es handelt sich um zwei bedeutende Verträge, nämlich um den Ressortvertrag zwischen den Verteidigungsministerien und um den Friedensvertrag und die Zusammenarbeit zwischen der SR und der russischen Föderation RF, beide aus dem August 1993. Beide Verträge waren laut ausländischen Beobachtern überbewertet und überschritten die Grenze der wirtschaftlichen Notwendigkeit (Samson 1996: 56).

Die russische Seite belohnte die Staaten, die ihrer eigenen Position näher waren, was ein vorhersehbarer Schritt war, und von der slowakischen Seite aus eine pragmatische, aber eine nicht zu helllichtige Reihenfolge im Rahmen der Äußerung über das Interesse für die westlichen Sicherheitsorientierung (Duleba 1996: 37). Die Slowakei machte Vertragsabschlüsse im Osten, wobei sie aber den wichtigsten Verbündeten im Westen, die Bundesrepublik Deutschland, nicht aus seine Seite bringen konnte.

6.1.2 Das Streben nach internationaler Deklaration der Sicherheitsorientierung

Als die ersten internationalen Interessenserklärungen um die Integration in die NATO kann man den Besuch des Präsidenten Michal Kováč im Weißen Haus am 22.4.1993 betrachten, als er sich den Bemühungen von Václav Havel und Lech Walesa um die mitteleuropäische Sicherheit anschloss, und kurz darauf wichtige persönliche Treffen des Premierministers Vladimir Meciar mit den amerikanischen Senatoren, dem Vizepräsidenten und kurz darauf mit dem österreichischen Verteidigungsminister. Das Wesen dieser Treffen liegt in der Schnelligkeit, mit der der Premierminister ein Interesse um den schnellstmöglichen Eintritt in die NATO zeigte, welche als einzige die Ziele der Sicherheitspolitik, mit der Bereitstellung von Sicherheitsgarantien, erfüllen sollte. Von dem österreichischen Verteidigungsminister erhielt der Premierminister das Versprechen der Unterstützung beim Aufbau der Tauglichkeit. Nach dem Besuch der USA entstand ein klares Kriterium für das Bedenken der Zusammenarbeit, und zwar eine stabile demokratische Entwicklung, welche, nach der Interpretation des Premierministers, „*sehr deutlich gestellt war*“ (Leško 1998: 19).

Die letzte der ersten offiziellen Interessenerklärungen um den Beitritt ist die Aussage des Präsidenten Michal Kováč im NATO-Rat über das Beibehalten der Richtung der SR, die am 4.11.1993 zu den westlichen Strukturen in Brüssel steuerte. In seiner Aussage fasst er alle Aspekte der aktuellen Entwicklung der slowakischen Republik zusammen und fordert das Bedenken einer assoziierten Mitgliedschaft bei der NATO und der WEU, oder eine Gewährleistung, die eine spätere volle Mitgliedschaft garantieren würde. Diese Aussage des Präsidenten, der als Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte gilt, wird als die offizielle Anfrage der Slowakischen Republik zum Beitritt in die Nordatlantische Allianz betrachtet (Leško 1998: 92-95).

6.1.3 Die Entwicklung der Außenpolitik bis Ende 1993

Im Falle einer Erweiterung war das Ziel der NATO, eine kompakte Gruppe von Kandidaten zu empfangen, die in der ersten Welle die V4 sein sollte. Die friedliche „Trennung“ der Föderation ist natürlich nicht lang ohne eine Teilung des gemeinsamen Eigentums zurechtgekommen. Im Mai 1993 gewährte der slowakische Premierminister der deutschen Wochenzeitung Der Spiegel ein Gespräch, zusammen mit einer Autorisation, bei dem er den slowakischen Eigenkapitalbedarf durch kraftvolles Erpressen erlangen wollte. Die Tschechische Republik reagierte auf die Grobheit des slowakischen Premierministers mit einer Protestnote (Leško 1998: 20).

Widersprüchliche, politisch nicht korrekte und vor allem nationalistische Aussagen steuerten von dem slowakischen Premierminister auch auf die Seite von Ungarn. Der Fall des Wasserwerkes Gabčíkovo, welcher noch vor der Auflösung der Föderation im Jahr 1992 ausbrach, erreichte im ersten Jahr der unabhängigen Slowakischen Republik ihren Höhepunkt. Klaus Kinkel hat sich über dieses als „eine völlig unnötige neue Krise in Osteuropa“ geäußert und die Financial Times bewerteten die Unfähigkeit der slowakischen Regierung und ihres Premierministers in der Kommunikation mit der ungarischen Seite als diplomatisch genug. Die Kommentare von V. Mečiar an die Adresse der ungarischen Regierung und der ungarischen Minderheit in der Slowakei bezeichnete er als konfrontativ (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 100).

Die slowakische Regierung hatte im Jahr 1993 weder mit Polen noch mit der Ukraine einen Konflikt, aber wie angegeben, haben diese das Umsetzen der westlichen Strukturen, der nationalistischen Rhetorik des charismatischen Anführers V. Mečiar in die Tat befürchtet.

Der Westen hat versucht, die Stabilisierung der Lage und die Verwurzelung der Demokratie zu stimulieren, aber nicht durch Isolieren und scharfe Kritik, sondern mit Hilfe und durch Versprechungen einer Mitgliedschaft sowohl in der EU als auch bei der NATO. Bis zu diesem Moment handelte es sich nicht um unüberwindbare Hindernisse auf dem Weg zur Mitgliedschaft und die Züchtigung des am meisten nationalistischen Staates aller Kandidaten konnte in unvorhersehbarer Weise zu einem zweiten "Serbien" in der Mitte Europas führen (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 77).

Im ersten Jahr der unabhängigen Existenz der Slowakischen Republik bestand Interesse an der westlichen Sicherheitsorientierung, aber eine geringe Bereitschaft, die Bedingungen der Integration zu erfüllen, sondern das Bevorzugen der innenpolitischen, nationalistischen und nationalen Interessen. Zu den Hauptinteressen gehörte auch die Gewährleistung der Sicherheit des Staates und der Bürger, die, worüber sich alle politischen Eliten in der Slowakei einig waren, nicht außerhalb der Organisation der kollektiven Sicherheit und der Verteidigung zu erreichen war. Die Slowakei hatte nicht genügend Kapazität, um ihr Gebiet zu verteidigen und große Sicherheitsgarantien hat ihr die Mitgliedschaft in der KSZE nicht gewährt (Bunčák 1994: 21).

6.2 Regierung von Moravcik

6.2.1 Das kritische Jahr 1994 und die Hoffnung auf eine neue Regierung

So wie das Jahr 1998 für die Steuerung der slowakischen Sicherheitspolitik durchbrechend ist, wurde das Jahr 1994 kritisch. Durch die Berücksichtigung des Faktes, dass die innenpolitische Entwicklung nicht nur die Entscheidungen über die zukünftige Sicherheit der Slowakei beeinflusste, sondern auch die Wahrnehmung der Slowakischen Republik im Ausland, ist dringend erforderlich, ihr höhere Aufmerksamkeit zu widmen. Bereits bei seiner Neujahrsaussage bezeichnete Präsident M. Kovac die Regierung von V. Meciar und vor allem den alleinigen Premierminister als den Hauptverantwortlichen für die Unstabilität. Die Animosität zwischen den obersten Verfassungsbeamten wurde weitergeführt und bekam auch ein innenseitliches Ausmaß. Am 11. Februar bei der Sitzung der Vorsitzenden der HZDS verließen 21 Abgeordnete, welche mit der *„Konfrontationspolitik, welche keine weitere positive Entwicklung gewährleistet“* nicht einverstanden waren, ihren Rat. Die Regierung wurde somit zu einer minderheitlichen und am 9. März, der Auftritt des Präsidenten auf dem Boden des NR SR, mit der Nachricht über die Lage der Gesellschaft, beschrieb detailliert die Beschwerden und Streitigkeiten des Präsidenten mit dem Premierminister. (Bunčák 1994: 23)

Am 11. März gab es einen Misstrauensantrag und am 16. März wurde eine neue Regierung unter der Führung von J. Moravčík ernannt. HZDS erschien in der Opposition und die neue Regierung wurde von einer breiten Koalition unter Mitgliedschaft der beiden ungarischen Parteien und mit der Charakteristik einer Anti-Meciar-Koalition gebildet. Die Abschiebung der streitkräftigsten Persönlichkeit der slowakischen Politik brachte der Opposition eine qualitative Änderung in der Herangehensweise der Slowakei zu einer breiten Palette von Themen. In der sicherheitspolitischen Dimension bekannte die neue Regierung ihren Integrationsansatz zu der vorigen Regierung, mit einem Unterschied, dass sie den Willen erklärte, die Ziele umzusetzen.

Im Hinblick auf das Auftreten der bisherigen Regierung und ihrer Erfolge auf dem international-politischen Feld, die sofortige Anerkennung der unabhängigen Slowakei, die Aufnahme in relevante internationale Institutionen, eine positive Einstellung der USA und der westeuropäischen Länder, ihre Bemühungen um Zusammenarbeit und Hilfe anstatt von Kritik, alle diese Gewinne wurden nun von einem ganz anderen Winkel betrachtet. Der

positive Ruf der slowakischen Republik, den sie als Nachfolger der ČSFR erhielt, ermöglichte eine langmütige Haltung zu nicht korrekten Schritten ihrer Vertreter im ersten Jahr ihrer Existenz. Der Kredit für diese Erfolge kann daher nicht der ersten slowakischen Regierung zugeschrieben werden, aber vor allem zwei föderalistischen Regierungen, welche es geschafft haben, ein positives Image aufzubauen. Dieser Kredit nahm langsam ab und die Änderung der Regierung war eine willkommene Anregung für ihre Rettung.

6.2.2 Konsolidierung der Sicherheitspolitik

Das Brüsseler NATO Gipfeltreffen brachte am 10.01.1994 eine neue Gelegenheit in der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den zentral- und osteuropäischen Ländern und der NATO. Das Programm mit dem Titel "Partnerschaft für den Frieden" wurde gerade als Reaktion auf das Drängen der neuen demokratischen Länder in der Region für die Erhaltung der Sicherheitsgarantien und vor allem der NATO-Mitgliedschaft entwickelt. Die Regierung der Slowakischen Republik hat am 1. Februar ein Memorandum über den Eintritt in die Partnerschaft für den Frieden ausgestellt und tat so den ersten wichtigen Schritt in Richtung Integration und Beseitigung eines Sicherheitsvakuums.

Zur Eingliederung kam es am 9. Februar mit der Unterschrift eines amtlichen Dokuments in Brüssel. Der Aufruf zur Teilnahme an dem Programm und das unterzeichnete Dokument legten deutlich die wichtigsten Kriterien für die Zusammenarbeit, erstellt für die grundlegenden Werte, der Partnerschaft fest. Diese Werte waren Demokratie, Gerechtigkeit, Respektieren der Menschenrechte und Grundfreiheiten, usw.

6.2.3 Armee der Slowakischen Republik (ASR)

Im Rahmen der Analyse der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik muss kurz der anfängliche Zustand der Armee und die Entwicklung ihrer Reform in den kommenden Jahren erwähnt werden. In ihren Bemühungen um die Integration in die westlichen Sicherheitsstrukturen forderte die ASR eine Reform in den zivil-militärischen Beziehungen. Für die Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik ergaben sich aus der Defensivdoktrin der SR klare Prinzipien: die Notwendigkeit des physischen Sicherstellens der Armee und die Ausbildung der Soldaten und das Sicherstellen der territorialen Integrität, sodass sie ausschließlich zur Verteidigung eingesetzt wird, die damit verbundene Umsetzung des Wehrgesetzes, Resignation für die Herstellung, den Besitz und den Einsatz von Massenvernichtungswaffen, die Teilnahme der ASR an Friedensmissionen der UNO und KSZE, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gemäß einem gesamteuropäischen Kontext und die vollständige Integration in die kollektive Verteidigungsstruktur der NATO. Zur Verteidigung der Doktrin der SR hat sich das Präsentationsdokument für die "Partnerschaft für den Frieden" nicht gezeigt, sondern fungierte als die parallele und normative Ergänzung zur Einführung mehrerer anderer Prinzipien: die Entwicklung weiterer Rahmendokumente nach dem Vorbild der NATO, die Schaffung von Bedingungen für die Reform der nationalen Verteidigungsstrategie und der militärischen Planung, die Umstrukturierung der Streitkräfte, ihre Reduktion und Modernisierung für die künftige Integration in die militärischen Strukturen der NATO, die Schaffung eines neuen Systems des Befehls nach dem Modell der NATO. Obwohl die anspruchsvolle militärische Angleichung der Slowakei an die NATO nicht als das gleiche Hindernis wie das deutlich wichtigere, die politische Ebene, gehalten wurde (Samson 1996: 79-80).

Die konzeptionelle Reform begann mit dem Bezug auf zwei der im Jahr 1994 erwähnten Dokumente. Das oberste Befehlsquartier wurde in den Generalstab der ASR umgewandelt, der Fokus lag auf dem dualistischen Konzept, also der zivilen Besetzung des Verteidigungsministeriums und der militärischen Besetzung des Generalstabs. Die Anzahl der Offiziere wurde reduziert und die Zahl der Berufssoldaten erhöhte sich schrittweise. In der ersten Stufe der Reform sollte die ASR gegen Ende 1995 die Gesetzesänderungen der Militärpolitik vervollständigen, konkrete strukturelle Veränderungen umsetzen, den Übergang auf das Brigadensystem und ein Konzept für die künftige Modernisierung realisieren. Alle Reformmaßnahmen sollten zur Erfüllung der westlichen

Integrationsanforderungen bewegen und schlossen die Möglichkeit der neutralen Slowakei aufgrund der Unfähigkeit einer individuellen Verteidigung des Staates aus (Kulašík 1993: 24).

Während des kurzen Bestehens der breiten Koalition von J. Moravčík, welche dank ihrer Zusammensetzung und dem zeitlich begrenzten Mandat nicht genügend Ergebnisse in der innenpolitischen Situation zeigen konnte, kam es zu markanten positiven Ergebnissen auf internationaler Ebene. Die Slowakei begann, als ein verlässlicher Partner wahrgenommen zu werden, im Hinblick auf die kommenden, vorgezogenen Neuwahlen, welche ein solides Mandat der neuen Regierungskoalition bestimmen (niemand hat mit dem überraschenden Sieg der HZDS gerechnet), als auch ein Land, das eindeutig zur Westintegration steuert, wie in den Worten von Madeleine Albright : „Heute schon Teil der demokratischen Strömung, die Menschenrechte und Freiheiten respektiert“ zum Ausdruck kommt (www.sme.sk).

6.3 Regierung von Vladimir Meciar

6.3.1 Die Rückkehr der Unsicherheit - Zeitraum der dritten Meciar-Regierung bis Ende 1994

Die Rückkehr von V. Meciar auf den Posten des Ministerpräsidenten signalisierte gegen Ende 1994 die Erneuerung der problematischen Politik im In- und Ausland. HZDS erstellte diesmal eine Koalition mit der äußerst nationalistischen Slowakischen Nationalpartei und für die Erhaltung der parlamentarischen Mehrheit war es notwendig, den Eintritt in die Koalition der Arbeitervereinigung der Slowakei (ZRS) zu ermöglichen. ZRS, welches sich programmatisch fast am anderen Ende des politischen Spektrums spiegelte, hat sich bereits in den ersten Tagen dem neu gewählten Nationalrat der Slowakischen Republik als ein gehorsamer Partner gezeigt, bereit, von seiner parteiischen Abgrenzung und dem Wahlversprechen wegzutreten. Obwohl es zur Gründung der Koalition erst am 13.12.1994 gekommen ist, wurde zum entscheidenden Datum die Nacht vom 3. auf den 4. November 1994, berühmt auch als „die lange Nacht des Parlaments“, oder „Nacht der langen Messer“.

Im Hinblick darauf, dass fast alle zu jener Zeit im NR SR anwesenden politischen Parteien, mit Ausnahme der extremen Linken, die pro-westliche sicherheitspolitische Orientierung der Slowakischen Republik unterstützten, konnte man glauben, dass die Slowakei auf dem Weg in die Integration der westlichen Sicherheitsstrukturen fortfahren würde, möglicherweise mit kleineren Zwischenfälle vergleichbar wie im Zeitraum des ersten Jahres der Unabhängigkeit. Eine solche Prognose konnte vor der "langen Nacht des Parlaments" als optimistisch betrachtet werden, nach dieser Nacht schon als utopisch. Die Rückkehr von V. Meciar zur Macht zusammen mit der SNS bedeutete eine heftige Nationalisierung des politischen Klimas und das buchstäbliche sofortige Niederstampfen der von der internationalen Gemeinschaft geforderten Vereinbarungen, in der Sicherheitsstufe, insbesondere in der Nord-Atlantischen Allianz in ihrem Programm der Partnerschaft und der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft. Von Beginn der Wahlperiode haben die NATO und die EU die Entwicklung in der Slowakei mit größter Sorge beobachtet.

Der erste sofortige Schritt des neuen Parlaments war die oben erwähnte „Nacht der langen Messer“. Die politischen Parteien der künftigen Koalition disponierten mit 83 Mandaten

(Szomolányi 1999: 11). Sie lehnten die Berücksichtigung der durch den NR SR bestimmten verhältnismäßigen Aufteilung der Funktionen ab und besetzten alle Parlamentsorgane und den Leitungsausschuss der NR SR mit Koalitionsabgeordneten. Den Oppositionspolitikern gewährten sie einen ganzen Ausschuss im Umweltministerium. Der deutliche Protest der Oppositionsabgeordneten gegenüber der nicht auserwählten Methoden der HZDS gipfelte mit ihrem Abgang vor dem Beginn der zweiten Sitzung um Viertel nach Zehn am Abend. Im Verhandlungsraum blieben somit nur Abgeordnete, die zu V. Meciar neigten, und in dieser Zusammensetzung bestimmten sie eine ganze Reihe von neuen Maßnahmen, der NR SR; sie verhandelte ununterbrochen fast 23 Stunden lang. Wichtige Positionen besetzten sie mit treuen Anhängern trotz zahlreicher staatlicher Institutionen, vom Austausch des Generalstaatsanwalts angefangen, über das neue Präsidium und die Kompetenz des Fonds des nationalen Eigentums, der kompletten Besetzung der Leitung des slowakischen Nachrichtendienstes, des Obersten Rechnungshofes und des Verwaltungsrates des öffentlichen Fernsehen und Radio.

Prompt reagierte die EU, welche die Botschafterin der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und den Botschafter Frankreichs mit der Abgabe einer Demarche betraute. Die Demarche ist am 25. November eingegangen. Sie beinhaltete Unzufriedenheiten über "die lange Nacht des Parlaments" und forderte zur Rückkehr zu einem demokratischen Stil auf. Die Demarche und die begleitenden Worte der Botschafter sollten die Null-Toleranz der EU in der Bewertung bezüglich der Erfüllung der demokratischen Kriterien von den künftigen Kandidaten für eine Mitgliedschaft andeuten. Die NATO zog aus dem gegebenen Vorfall keine voreiligen Schlüsse, obwohl viele ihrer Mitglieder und gleichzeitig wichtige Verbündete in den Integrationsbemühungen der Slowakei, wie auch gerade die BRD, unter dem Demarche der EU unterzeichnet hatten.

Das zweite Jahr der unabhängigen Slowakischen Republik endete mit einer Enttäuschung in den Augen der westlichen Partner und der Ernennung der Regierung von V. Meciar am 13. Dezember 1994 signalisierte keine frühe Rückkehr zu den demokratischen Praktiken und dem gewissenhaften Erfüllen der deklarierten Prioritäten der Sicherheitspolitik.

6.3.2 Sicherheitspolitik und Einflussfaktoren im Jahr 1995

Die Fortschritte im Jahr 1995 wurden von dem Populismus, dem Konzentrieren und dem Machtmissbrauch geprägt, und insbesondere von der Abwertung der demokratischen Prinzipien auf der innenpolitischen Szene, welche mehrmals auf der internationalen Ebene gewachsen ist. Die Programmklärung der neuen Regierung von dem 20. Jänner 1995 gestand die frühere Steuerung der Sicherheitspolitik, die seit Gründung der unabhängigen Slowakei beobachtet wurde. Der Erhalt der Mitgliedschaft in der NATO und der WEU bezeichnete die Verkündung der Grundlinie der Sicherheitsorientierung der Slowakischen Republik. Die Defensivdoktrin der Slowakischen Republik und die optimale Beteiligung an dem Programm der Partnerschaft für den Frieden sollten die Grundpfeiler auf dem Weg in die Integration mithilfe der Zusammenarbeit und dem Erfüllen konkreter Aufgaben unter Aufsicht der NATO bilden (Škvrnda, F., Weiss, P. 2004: 47-53).

6.3.3 Innenpolitik und ihre Aufrufe bei den relevanten ausländischen Akteuren

Für die Analyse der nicht-transparenten Steuerung der slowakischen Sicherheitspolitik ist es notwendig, einen Blick auf die interne Entwicklung der Republik zu werfen. Eine umfassendere Analyse der Ereignisse auf der innenpolitischen Szene hat die Aufgabe, auf die Entwicklungstendenz nicht nur in diesem, sondern auch in den folgenden Jahren einzugehen, welche einen Einfluss auf die Umsetzung der Prioritäten der slowakischen Sicherheitspolitik hatte. Das Bewusstsein der demokratischen Anforderungen und ihre rücksichtslosen Mangel an der Expansion der eigenen Macht begann rapid die Reputation der Slowakei bei den westlichen Partnern zu senken. Diese Tatsache hob bei seinem Besuch, im Februar, der stellvertretende US-Außenminister, Richard C Holbrook, hervor, der den Verfassungsagenten mitteilte, dass *„die Mitgliedschaft in der Allianz ein Privileg ist, welches sich jeder Mitgliedsstaat nicht nur mit ihrer Außenpolitik, sondern auch mit ihrer Innenpolitik verdienen muss“* (Leško 1998: 31).

Insbesondere wies er auf die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Machtorganen hin (konkret auf das Vorgehen von V. Meciar gegenüber dem Präsidenten M. Kovac),

welche „einen Einfluss auf den Beitritt in die NATO und die EU“ haben werden. Die zweite internationale Warnung nach der Demarche, welche darüber hinaus auf den direkten Zusammenhang mit der Frage der Mitgliedschaft aufmerksam machte, blieb sowie die erste unerhört und gerade diesen konkreten Herausforderungen hat sich die slowakische Regierung unterzogen (Leško 1998: 31).

Um ein deutliches Vergehen gegen die Demokratie handelte es sich in den Fällen der Fragestellung der Mandate der Abgeordneten, der demokratischen Partei der Union (SDU), trotz des Befundes des Verfassungsgerichtes über ihre Legitimität wie sie gewählt wurden, welches erst die scharf formulierte Warnung über mögliche Folgen von dem Vorsitzenden der Europäischen Kommission, Jacques Santer, beendete. Die Infiltration aller Positionen des öffentlichen Lebens von den Vertretern der Regierungskoalition und die Unterdrückung der Opposition wurden seit der langen Nacht des Parlamentes als fast selbstverständlich wahrgenommen. Auf den Posten des Direktors des Slowakischen Geheimdienstes (SIS) war nach den Vorwürfen von dem Premierminister gegen den SIS auf seinen Vorschlag eine höchst umstrittene Person, nämlich Ivan Lexa, eingesetzt, der bis zum heutigen Tag einer Reihe von Vorwürfen wegen Machtmissbrauchs beschuldigt wird.

Ein Teil der wichtigsten Posten in den öffentlichen Medien wurde bereits während der Nacht am 3. November 1994 zugeteilt, aber die Versuche um die Beherrschung der Medien gingen viel weiter. Das signifikanteste Beispiel ist die Kampagne, die gegen die Tageszeitung SMENA bereits während der zweiten Regierung von Meciar geführt wurde. Viele Redakteure haben diese Tageszeitung verlassen und gründeten SME, eine neue Tageszeitung. (Bútorá, M., Hunčík, P. 1996: 236).

Von der Unterdrückung weiterer Medien war vor allem die Presse betroffen. Die Regierung erhöhte die Mehrwertsteuer speziell für Zeitungen und im Februar und März 1995 weigerte sie sich sogar, direkt mit den Journalisten zu kommunizieren. Im Jahr 1995 wurde auch im Ausland der Fall des Verlages Archa bekannt, welcher Sinnbild für den direkten Druck und die Einschränkung der Meinungsfreiheit wurde. Die US New York Times äußerte sich diesbezüglich deutlich in ihrem Artikel vom 7 März 1995: „Auch wenn der slowakische Premierminister sein Land in die EU und die NATO führen will, macht er Schritte, welche das Land disqualifizieren.. Pluralismus und die Meinungsfreiheit sind

keine freiwilligen Bedingungen für die Aufnahme in die westliche Demokratie“ (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 87).

In Wirklichkeit glich die Situation in der Slowakei eher einer Diktatur der Mehrheit und erinnerte mehr an ehemalige Praktiken der ČSSR im Umgang mit dem sozialen Bereich als ein zu demokratisierendes Land, das sich um die Erfüllung aller Kriterien der Sicherheitsgaranten bemühen würde (Mesežnikov 1996: 12-16).

Ein spezielles Kapitel, auf das buchstäblich R. C. Holbrook hinwies, bilden die Beziehungen zwischen den Machtorganen. Im Fall der Slowakei handelte es sich um die gegenseitige Antipathie zwischen dem Premierminister und dem Präsidenten. Die Kampagne gegen den Präsidenten haben auch die Warnungen des britischen Botschafters P. Harborn, des amerikanischen Botschafters T. Russel und die Verurteilung des Verfahrens der Regierung durch zahlreiche ausländische Medien nicht aufgehalten. Am 31. August 1995 kam es zu der Entführung des Sohnes des Präsidenten, Michal Kovac der Jüngere, welche sich schrittweise nicht als Entführung herausstellte, sondern als eine Verschleppung mit Hilfe des Staatsdienstes, konkret der SIS. Die Details über die Verschleppung des Sohnes des Präsidenten nach Österreich waren nicht der einzige Grund für den steilen Abstieg des slowakischen „*image*“ bei den demokratischen Ländern. Der Grund war die darauffolgende Untersuchung, welche mit der Aufschiebung des Falles endete. Von dem Fall wurden zwei Ermittler nacheinander zurückgezogen, der erste, weil er die Medien informierte, dass die Indizien zu dem von der Regierung kontrollierten SIS führen, und der zweite, weil er eine direkte Aussage eines SIS- Beteiligten über die Verschleppung bekommen hatte. Der dritte Ermittler war letztendlich gezwungen, den Fall nach mehreren Monaten für ungelöst zu erklären. Im Zusammenhang mit der Entführung äußerte sich die Regierung von V. Meciar am 19. September dahingehend, dass sie den Präsidenten des Hochverrats beschuldigte und seinen sofortigen Rücktritt forderte.

Das Verhalten der Regierungskoalition löste eine stürmische Reaktion aus, diesmal nicht nur von Seiten der europäischen Mitglieder der NATO. Der Ernst der Lage forderte auch eine Demarche der USA und die Resolution des Europäischen Parlaments. Die respektierten Medien veröffentlichten Artikel mit folgenden Schlagzeilen, The Economist: *“Was, um Himmels Willen, ist in der Slowakei los?“*, New York Times: *„Dem Westen nach erfüllt die Slowakei nicht die Anforderungen in dem Bereich der*

Demokratie“, Süddeutsche Zeitung: „*Verschiebt sich die Slowakei in das russische Lager?*“ (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 88-91).

Beide Demarchen kommunizierten ein hohes Maß an Unruhen in der slowakischen innenpolitischen Sphäre unter dem Aspekt der slowakischen Bemühungen um die Integration. Die EU-Demarche drohte mit einem Verlust der Mitgliedschaft im Falle der Nichterfüllung der Kopenhagener Kriterien und die Resolution auf die Möglichkeit, die finanzielle Unterstützung zu verlieren. Die US-Demarche, welche für die NATO gesprochen hat, erwähnte, dass es im Falle einer Fortsetzung der begonnenen Handlungen keine Möglichkeit einer Unterstützung der USA für die slowakische Mitgliedschaft in der Allianz geben wird.

V. Meciar bestätigte selbstsicher seine eigene Position in einer Rede bei einer Parteiversammlung in Košice am 26 Oktober: Die Bürger müssen sich keine Sorgen machen, ob sie (EU, NATO) uns aufnehmen oder nicht „weil sie uns brauchen, weil wir geopolitisch ein extrem gut gebautes Land sind“. Bis Ende November 1995, als die letzten offiziellen Reaktionen auf die Demarchen und die Reaktionen aus dem Ausland gefallen sind, hat sich die Slowakei von ihrem erträumten Weg zu einer sicherheitsvollen Verankerung um mehrere Schritte zurückbewegt. Aufgrund ihrer innenpolitischen Entwicklung wurde sie bislang nicht disqualifiziert, sie ist aber hinter ihren regionalen Partnern deutlich zurückgeblieben. Der Nationalismus ihrer Vertreter mit ihrer Nicht-Bereitschaft zu einer Anpassung an die von den westlichen Sicherheitsgruppen bestimmten Spielregeln stellte das größte Hindernis dar (www.sme.sk).

6.3.4 Außenpolitik und die Erfüllung der Prioritäten der Sicherheitspolitik

Das Jahr 1995 war der Beginn einer echten Ambivalenz des Verhaltens der Slowakei gegenüber dem Ausland. In der Innenpolitik scheiterte die Slowakische Republik bei der Erfüllung der demokratischen Anforderungen und bei dem Respektieren der Appelle der relevanten ausländischen Partner. Gleichzeitig aber entwickelte sich in der Außenpolitik eine durchgeführte Teilung, als die Slowakei bestätigende Schritte für die Bemühung um die Mitgliedschaft unternahm, aber auch Schritte, die sie immer mehr an den Osten fesselten.

Es handelt sich nicht um eine Analyse der deklarativen Verkündungen, die den Kommentaren zu der Partnerschaft ähnelten, aber um die Analyse des Kontrastes konkreter Schritte sowohl in Richtung Integration als auch gegen sie. Es ist notwendig zu erwähnen, dass die Sichtweise der finalen Sicherheitsstrukturen die Schritte in Richtung Integration waren und somit die Erfüllung der deklarierten Sicherheitspolitik als selbstverständlich bezeichnet wurde, wobei die Hinwendung der Slowakei in die andere Richtung als ein Negativum betrachtet wurde.

Das vorbildliche Verhalten der Slowakei im Rahmen der Vorbereitung auf die Mitgliedschaft in der NATO, die Zuordnung einer entsprechenden Menge des Budgets, die erfolgreiche Fortsetzung der Transformation der Armee und das mühsame Überzeugen der Koalitions- und Nicht-Koalitionsvertreter der Slowakischen Republik (Präsident M. Kovac, Eduard Kukan) über das Interesse an einem frühen Einstieg in die Allianz, halfen der Slowakei bei dem Standhalten zwischen den Kandidaten der V4. Mit dem Ausdrücken der Erfolge und der realisierten Schritte in Richtung westliche Integration war im Oktober 1995 von dem US-Kongress der Brown-Simon Nachtrag genehmigt worden, welcher die Länder der V4, einschließlich der Slowakei, für die aussichtsreichsten Kandidaten markierte. Es folgte eine im September ausgearbeitete Studie über die Erweiterung der NATO, welche ebenso mit der Slowakei rechnete. Am 27. Oktober waren die USA gezwungen, der slowakischen Regierung aufgrund der innenpolitischen Entwicklung eine Demarche zu senden (Šebesta 2000: 130ff).

Der letzte als positiv zu bewerteter internationale Erfolg der slowakischen Diplomatie in ihrer Bemühung nach Stabilisierung sowohl des Landes als auch der Region zwecks Steigerung der Erfüllung ihrer sicherheitspolitischen Interessen war der 31. März 1995. Es kam zum Abschluss des Slowakisch-Ungarischen Vertrages über gute Nachbarschaft und friedliche Zusammenarbeit (www.mzv.sk).

Der einzige fehlende Rahmenvertrag, der wegen konstanter Streitigkeiten seit dem Jahr 1989 nicht abgeschlossen werden konnte, war von V. Meciar und dem ungarischen Ministerpräsidenten Gyula Horn im Matignon Palais in Paris unterzeichnet worden. (Bútora, M., Hunčík, P. 1996: 45-52)

Die Regierung von V. Meciar verdiente für den schnellen und reibungslosen Vertragsabschluss Lob aus dem Ausland. Dank diesem Vertrag fielen die erwähnten Hindernisse in Bezug auf die slowakischen Mitgliedschaft in der NATO und die Sorge

über eine Destabilisierung der Region oder über den Umgang mit den Rechten der Minderheiten weg. Diese Wirkung war nur kurzzeitig, da es zu der Ratifizierung des Vertrages in den folgenden neun Monaten nicht gekommen ist. Der Vertrag wurde schließlich mit dem Einverständnis der nationalistischen SNS genehmigt (Chmel, R. 1995: 22).

6.3.5 Das Jahr 1996 – Illusionen verwandelten sich in Schizophrenie

6.3.5a Innenpolitik und ihr Echo bei den relevanten ausländischen Akteuren

Auch im Jahr 1996 war die Macht konzentriert in den Händen des engen Kreises der Persönlichkeiten rund um V. Meciar. Es kam zu Treffen zwischen dieser Gruppe und dem Präsidenten M. Kovac, zu der Unterdrückung der Meinungsfreiheit und der nicht-transparenten Nutzung der Dienste der SIS. Aus Sicht der Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik ist es notwendig, sich näher zwei spezifischen Fällen zu widmen und vor allem der Einstellung der slowakischen Anführer für die Erstellung eines Bildes der Slowakei im Zusammenhang mit dem Ausland vor der Öffentlichkeit.

Der erste Fall, mit einem realen Einfluss auf die in diesem Zeitraum bereits geschwächte Mühe der Slowakischen Republik um die Erhaltung einer vollwertigen Mitgliedschaft in der NATO, war die Änderung des oben erwähnten Strafgesetzbuches. Dieses Gesetz über den Schutz der Republik sollte die Slowakei um mehrere bedeutende Schritte in der Konsolidation der Demokratie zurückversetzen. Die Genehmigung des umstrittenen Gesetzes zog die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und des Auslands während des ganzen Jahres 1996 an. Den ersten Entwurf für die Änderung des Gesetzes legte die SNS mithilfe der HZDS als einen Vorschlag der Regierung vor. Es handelte sich um eine repressive Änderung, welche Versammlungen, Protesten oder Demonstrationen zu Straftaten gegen die Republik machen konnten. Die Repression bestand aus Formulierungen, die für die Beschreibung des Sachverhaltes einer solchen Straftat benutzt wurden. Gemäß dem Vorschlag über die Änderung konnte die Slowakische Republik Strafen an Personen verhängen, die öffentliche Versammlungen organisierten „mit der Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben“ und an Personen „die im Ausland falsche Informationen, die die Interessen der Republik verletzen, verbreiten“,

nach der vorgeschlagenen Änderung „*mit der Absicht, die verfassungsmäßige Ordnung zu untergraben*“ (Mesežnikov 1997: 16).

Diese Definitionen brachten die rechtlichen Kritiker in beiden Fällen zu der Frage über die Beweisstellung des Tatbestandes. Wie soll man die Auswirkungen der verbreiteten Informationen im Ausland bestimmen? Die slowakischen katholischen Bischöfe fragten, wie es möglich sei, den friedlichen Versammlungen, garantiert durch die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger, verfassungswidrige Motive zuzuschreiben. Der Öffentlichkeit und den ausländischen Beobachtern wurde die Absicht des Gesetzes mit der Äußerung des Ministerpräsidenten klargestellt, welcher in seiner Rede im März den Mitgliedern der HZDS bekanntgab, dass er wiederholte Versuche einer Untergrabung der Republik nicht zulassen würde. Für diese Versuche markierte er konkret die Bemühungen jener, die gegen einen unabhängigen Staat waren und die, die für den Sturz der zweiten Regierung von Meciar zuständig waren. Es ist nicht schwer zu folgern, dass es sich um die Oppositionsführer und ihre Anhänger handelt. Das Ziel der Regierung des Entwurfs zur Änderung des Strafgesetzbuches war daher die Schaffung von verfassungswidrigen Rechtsvorschriften, die es ermöglichen, Personen, die mit der Regierungspolitik nicht übereinstimmen, zu bestrafen.

Die heimatischen Medien haben sich zunächst aus Angst vor repressiven Schritten gegen sie nur vorsichtig geäußert. Die Absicht, die Änderung trotz signifikanten Protests der Öffentlichkeit und der Opposition durchzusetzen, wurde deswegen vor allem im Ausland stark kritisiert. Der US-Botschafter hat sich trefflich für alle westlichen Länder geäußert, dass er entsetzt wäre, wenn die USA jemandem aus der Slowakei Asyl erteilen müsste. Eine nationsweite Welle des Protestes erhob sich mit dem Inkrafttreten der Gesetzesnovelle am 26.3.1996, die mit der Mehrheit von 77 Koalitionsstimmen genehmigt wurde. Der Präsident weigerte sich, die Änderung zu unterzeichnen und gab sie dem Parlament zurück. Dieses überarbeitete die Änderung auf Vorschlag der Abgeordneten und eliminierte einen Teil der Bestimmungen. Diese Änderung wurde dann im Dezember 1996 genehmigt und nach der wiederholten Verweigerung des Präsidenten, das genehmigte Gesetz zu unterzeichnen, gelangte der Entwurf in Vergessenheit. Vergessen aber, wie Präsident Michal Kovac deutete, blieb dieser im Gedächtnis der westlichen Länder nicht (Leško 1998: 44).

Der sich parallel sich entwickelte Fall, der alle Integrationsbemühungen der Slowakischen Republik beschädigte, war der Fall, dem Abgeordneten Frantisek Gaulieder sein Mandat zu entziehen. Der Fall verweigerte die verfassungsmäßigen Rechte von F. Gaulieder, die rechtsgültigen Ergebnisse der Parlamentswahlen und deutete auf eine interne Manipulation einer strengen Anforderung des nirgends festgelegten imperativen Mandats. F. Gaulieder war ein ordnungsgemäß gewählter Abgeordneter der HZDS, der nach den Vorwürfen gegenüber der Vorgehensweisen der HZDS aus dem Abgeordnetenklub der HZDS ausgestiegen ist, und sich weigerte, sein Mandat aufzugeben. Auf der Bildfläche tauchte ein gefälschter Abdankungsbrief auf, mit einem von den Abgeordneten-Kandidaten der HZDS noch vor den Wahlen unterzeichneten undatierten Revers. In der Abstimmung über den Entzug des Mandats konnte sich die Koalition nicht einigen, weil einige ihrer Mitglieder den Abdankungsbrief öffentlich als eine Falsifikation erklärt haben. Dennoch stimmten für den Entzug des Mandats 77 von 136 anwesenden Abgeordneten und F. Gaulieder wurde sein rechtsgültig erhaltenes Mandat entzogen. F. Gaulieder reichte eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof ein und zwei Tage nach dem Entzug seines Mandats, am 6. Dezember 1996, explodierte vor seinem Haus in Galanta eine Bombe. In den Augen der ausländischen Medien erfüllte sich die Beschreibung von V. Meciar als „*autoritär und fast gangsterlich*“. (Beblavý, M., Salner, A. 1999: 90)

Es gab jedoch ganzjährige negative Reaktionen aus dem Ausland auf beide Vorfälle, welche diesmal nicht zu einer Demarche geführt haben. Mit der Erfahrung der früheren übertriebenen und negativen Reaktionen der slowakischen Vertreter auf die kritischen Demarchen, welche sich im Rahmen der Bildung der gemeinsamen Beziehungen als nicht konstruktiv gezeigt hatten, nahmen die ausländischen Vertreter die Form der direkten Warnung zusammen mit konkreten Sanktionen wahr.

6.3.5b Außenpolitik und die Erfüllung von Prioritäten der Sicherheitspolitik

Am 18. März 1996 hat die Regierung als eine der ersten das individuelle Diskussionsdokument abgegeben, welches das Erhöhen der Intensität der individuellen Konsultationen mit der NATO gewährleisten sollte. Diese Konsultationen haben auf der Ebene der Armee stattgefunden, und so hat es in keiner Weise zu der Intensivierung des Dialogs der slowakischen Vertreter mit den obersten Vertretern der NATO beigetragen.

Die ASR unterstützte eindeutig den Beitritt der Slowakischen Republik in die NATO und erfüllte gewissenhaft die gegebenen Bedingungen. Die Verdienste im Rahmen des Projekts für den Frieden, in dem die Slowakei alle Anforderungen erfüllte, fallen nicht der Regierung zu, auch wenn sie sie als ihr Argument verwendete. Die zivile Führung des Verteidigungsministeriums war in den Händen von Jan Sitek, Minister für SNS, welcher kein Geheimnis aus der Einstellung gegen die Forderungen der NATO und für ein höheres Maß an Souveränität oder Neutralität machte. Trotzdem, auch wenn nicht dank der Regierung, erfüllte die Slowakische Republik die militärischen Anforderungen für das gegebene Jahr.

Die Slowakische Republik hat sich an 190 Aktivitäten der Partnerschaft beteiligt, davon an 16 militärischen Übungen für die Verbesserung der Interoperabilität der ASR. Eine der Übungen, Cooperative Dragon `96, fand in der Slowakischen Republik statt. Die von dem Haushaltskapital des Verteidigungsministeriums zur Verfügung gestellte finanzielle Dotation ist substantiell für das Jahr 1996 gestiegen und stellte für das Programm der Partnerschaft für den Frieden und seinen integralen Bestandteil 554,3 Millionen Slowakische Kronen (umgerechnet 18,4 Mio. Euro) zur Verfügung (Wlachovský 1997: 106).

Die Erhöhung der Interoperabilität ist auch dank der Schaffung eines Bataillons der schnellen Handlung, zum 1. Oktober 1996, gelungen. Mit der laufenden Reform der ASR, welche erfolgreich in ihrer zweiten Phase fortsetzte, wurde die militärische Bereitschaft der Slowakischen Republik für den Beitritt in die NATO als sehr positiv bewertet. In diesem einzigen Bereich hat die Slowakei sogar seine Partner im Rahmen der V4 überholt. In den Friedensmissionen hat sich die Slowakei, wie in den Vorjahren, an den Missionen im Rahmen der UNO (UNOSOM und UNPROFOR, aus welchem sie sich während des Einheitsjahres in die UNTAES verschoben haben) beteiligt. Die Änderungen haben auch die Beobachtermissionen der UNO und die Beobachtermission EU – ECMM zugegeben. Bis 1998 war die Slowakische Republik, im Gegensatz zu einigen ihrer Partner, an keiner Mission der NATO beteiligt (Bútora, M., Mesežnikov, G. 1997: 34).

6.3.5c Die Entwicklung im Jahr 1997 - Innenpolitik und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik

Das vereitelte Referendum vom 23. und 24. Mai 1997 hat aus der Sicht der Sicherheit der Slowakischen Republik eindeutig die innenpolitische Szene im Jahr 1997 dominiert. Die Slowakei mit ihren zahlreichen demokratischen Defiziten ist ein Land, welches ein Referendum über den Beitritt in die NATO noch vor ihrer Einladung bekanntgegeben hat. Die Formulierung der Fragen auf der Referendum-Karte, über das bereits während dem September 1996 beschlossen wurde, kann man nicht anders als subjektiv gerichtet und zu einer negativen Antwort führend bezeichnen.

Der auffälligste Beweggrund der slowakischen Bürger für eine negative Antwort war eine ganzjährige mediale Kommunikation. Vor dem Jahr 1995 waren die Erwähnungen über die NATO in der Presse unzureichend, während dem Jahr 1996 steigerte sich die Anzahl der Fachanalysen und im Jahr 1997 widmete sich die Presse der Frage über den Beitritt in die NATO mit höchster Aufmerksamkeit.

Von Brüssel wurde die Kampagne direkt vor dem Referendum als das stärkste Signal für den wirklichen Willen der Slowakischen Regierung zum Beitritt in die NATO bezeichnet. Die Abkehr von der Sicherheitsorientierung auf die Westatlantische Allianz drückte sich in voller Kraft aus. Anstatt einer Koordinierung der Vorgehensweise zugunsten des Beitritts bewirkte die Regierung das genaue Gegenteil.

Der Grund für das endgültige Vereiteln des Referendums und die vollständige Verweigerung der sicherheitspolitischen Deklarationen der programmierten Äußerung der Regierung oder der konzeptionellen Sicherheitsdokumente lag in der vierten Frage der direkten Präsidentschaftswahlen. Die Oppositionsparteien haben gegen Ende 1996 die Pattsituation erkannt, welche bei einer indirekten Präsidentschaftswahl im Jahr 1998, bei der Beendung der Amtszeit des Präsidenten M. Kovac, entstanden wäre. Das Parlament wäre nicht in der Lage gewesen, zu einer Einigung über den künftigen Präsidenten zu kommen, und die weiteren Machtbereiche wären somit in den Händen des Ministerpräsidenten konzentriert. Die Opposition startete eine Petition, die genügend Unterschriften bekam. Für die parallele Bemühung der Koalition um die Bekanntgabe des Referendums für den Beitritt in die NATO hat Präsident M. Kovac beide Fragen in ein Referendum verbunden, mit der Absicht, eine 50%ige Beteiligung an den Wahlen zu

erreichen. Die vierte Frage des Mai-Referendums war: „*Sind sie für eine direkte Präsidentschaftswahl?*“. Die Regierung ersuchte den Verfassungsgerichtshof um Entscheidung über eine Verfassungswidrigkeit dieser Frage, aus dem Grund, dass die Verfassung beim Referendum nicht geändert werden darf. Der Verfassungsgerichtshof lehnte den Antrag ab, später beschäftigte er sich aber mit dem Referendum und kurz vor Stattfinden hat er den positiven Bescheid über die Berechtigung der vierten Frage erlassen. Jede Entscheidung durch das Referendum müsste also in der Praxis von der Regierung nicht berücksichtigt werden (Bútorá, M., Mesežnikov, G. 1997: 37ff).

Die Regierung hat beschlossen, das Urteil des Verfassungsgerichtshofes nicht zu respektieren und distribuierte Wahlkarten mit nur drei Fragen. Die Opposition forderte daraufhin die Bürger zu einem Boykott auf und so beteiligten sich nicht einmal 10% aller Wahlberechtigten an dem Referendum. Die Zentralkommission für das Referendum bezeichnete das Referendum als vereitelt mit der Schuldzuweisung an das Innenministerium. V. Meciar begründete die geringe Wahlteilnahme bei der Volksabstimmung, gleich wie der Vorsitzende des russischen Parlaments, G. Seleznov, als ein Nichteinverständnis der slowakischen Bürger mit der Integration in die NATO (Belko, M., Kopeček, L. 2003: 88).

Die politische Elite war nicht imstande, sich über eine klare Steuerung zu einigen und die Slowakei sollte deshalb in einem Sicherheitsvakuum verbleiben. „*Der Unterschied zwischen den politischen Aussagen, der schauspielerischen Sprache und der wahrhaftigen politischen Leistung*“ (Samson, I 2000: 43) Die Slowakische Republik ist aus der ersten Runde der Erweiterung der NATO bei dem Madrid-Gipfel, der sechs Wochen nach der vereitelten Volksabstimmung stattfand, ausgeschieden. Die endgültige Entscheidung bei dem Madrid-Gipfel hatte keinen Einfluss auf die Selbstreflexion der Regierung, welche auch für den Rest des Jahres mit der Unterdrückung der demokratischen Prinzipien eines Rechtsstaates fortsetzte. Die Regierungskoalition hat zum Beispiel erneut den Bescheid des Verfassungsgerichts im Fall F. Gaulieder und die undatierten Reverse der HZDS ignoriert.

6.4 Erste Regierung von Mikulas Dzurinda

6.4.1 Das Jahr 1998 bis zu den Septemberwahlen und der Richtungswechsel der neuen Regierung

In der Entwicklung des Jahres 1998 ist es nicht notwendig, zwischen den einzelnen Sphären der Slowakischen Republik zu differenzieren. Bis zu den Parlamentswahlen, die von 25. bis 26. September stattgefunden haben, waren die Sicherheits- und die Auslands politik der innenpolitischen Regierung und den Bemühungen, die höchstmögliche Anzahl an Stimmen bei den kommenden Wahlen zu erhalten, untergeordnet. Gemeinsam mit den nicht demokratischen Methoden, die in der innenpolitischen Szene angewendet wurden, setzte die Regierung von V. Meciar mit den kritischen Trends gegen den Westen fort.

Im März 1998, nach dem Ablauf der Amtszeit des Präsidenten M. Kovac, hat die Regierung die Machtbefugnisse des Präsidenten erhalten, und blockierte erfolgreich die parlamentarische Wahl des neuen Staatsoberhauptes. Bis zum Ende ihrer Amtszeit im Oktober 1998 hat die Regierung mit erweiterten Machtbefugnissen disponiert, welche ihr eine weitere Machtkonzentration ermöglichte. Die Regierung ergriff sofort die Gelegenheit und nutzte diese in vollem Rahmen aus. Die Befürchtungen der westlichen Länder vor den autoritären Schritten von V. Meciar bestätigten sich bereits im März, als die Regierung den zweiten Versuch einer Volksabstimmung über die direkte Präsidentschaftswahl und den Beitritt in die NATO verweigerte, welche der ehemalige Präsident einleitete. Ein bedeutend schwerwiegender Machtmissbrauch war das Erteilen der Amnestie für die Angeklagten in zwei markanten Fällen. Die Angeklagten in den Fällen der Verschleppung des Sohnes des Präsidenten nach Österreich und dem Vereiteln des Referendums vom 23. 24. Mai 1997 wurden von der Klage befreit und die Regierung zeigte somit, dass sie sich „*schuldig in beiden Fällen fühlt*“ (www.sme.sk).

Auf Befehl des Premierministers bewirkte die Amnestie im Juli 1998, dass jegliche Untersuchungen in beiden Fällen nicht mehr erlaubt waren. Keiner der erwähnten Schritte wäre möglich gewesen, wenn der Posten des Präsidenten der Slowakischen Republik besetzt gewesen wäre, welchen die Regierung in unterschiedlichen Formen, wie mit der Verweigerung einer direkten Präsidentschaftswahl, zu blockieren versuchte. Diese Amnestie ist den westlichen ausländischen Beobachtern nicht entgangen, und wurde von

den USA, der BRD und einigen anderen wichtigen Verbündeten für die westliche Sicherheitsintegration kritisiert und zog auch eine Resolution des Europäischen Parlaments gegen die Slowakische Republik nach sich. Die Antwort auf die Kritik der Ereignisse war die Kritik der Institutionen und vor allem die Motive des Auslands. Die Äußerungen der obersten slowakischen Vertreter an die Adresse der NATO, EU und vor allem an die Botschafter ihrer Mitgliedsländer auf dem Gebiet der Slowakei bekamen im Laufe des Jahres einen Unterton an Verdächtigungen und Beleidigungen zu spüren. Am Rande der Resolution des EP hat sich der slowakische Premierminister geäußert, dass die EU ihn für sein diktatorisches Verhalten kritisiert, wobei sie ihm selbst Sachen diktiert, die mit der Verfassung der Slowakischen Republik in Widerspruch stehen (www.sme.sk).

Mit dem immer näher kommenden Termin der Parlamentswahlen stieg der Druck auf die Regierungskoalition, welche sich bemühte, ihren Sieg mit buchstäblich allen verfügbaren Mitteln zu erreichen. Eines davon war die Änderung des Wahlgesetzes (Gesetz Nr. 187/1998 aus der Gesetzessammlung), welche eine Welle an Protesten in der Opposition, in der Öffentlichkeit und im Ausland verursachte. Die Änderung des Gesetzes war bewusst so vorbereitet, dass sie erst kurz vor den Wahlen in Kraft gesetzt würde, und somit die Opposition nicht genügend Zeit für eine Adaption hätte. Dieser Vorgang war im Zusammenhang mit dem Inhalt der Änderung höchst unkonkret“ (Lebovič 1999: 39-46).

Das Gesetz wurde am 20. Mai 1998 genehmigt und modifizierte alle Aspekte des Wahlsystems zugunsten der führenden Parteien. Das Gesetz wurde absichtlich nachteilig für die Oppositionskoalitionen festgelegt, welche knapp vor den Wahlen zu einer Restrukturalisierung gezwungen wurden, die dank der neuen Zusammensetzung zu einem Verlust der Unterstützung führte (Belko, M., Kopeček, L. 2003: 110).

Die Nichterfüllung der demokratischen Kriterien der NATO führte zu einer Kritik der slowakischen Regierung durch die Äußerungen der US-Botschafter und der Länder der EU. Der Premierminister und die Außenministerin Z. Krampalova beschuldigten direkt den US-Botschafter R. Johnson der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Slowakischen Republik und wegen der Stellung der Regierungskoalition in ein schlechtes Licht, als der US-Botschafter seine Besorgnis über die geplante Änderung des Wahlrechtes mitgeteilt hatte (Mesežnikov, G 1999: 24).

Wie schon erwähnt, ist die Entwicklung der sicherheitspolitischen Orientierung der Slowakischen Republik nach dem Madridgipfel langsam von den westlichen

Sicherheitsstrukturen abgewichen und neigte sich anderen selbstständigen Lösungen der Sicherheitsituation der Slowakei. Mit der von dem russischen Partner zur Verfügung gestellten Sicherung und dem Verhalten der Regierungskoalition gegenüber dem Westen ist es nicht möglich, die weitere Entwicklung in der Standhaltung der Regierung an der Macht, auch nach den Wahlen im September 1998, einzuschätzen. Diesbezüglich kann man nur Vermutungen anstellen, in denen jedoch in den meisten Fällen die Konzepte der Neutralität und der östlichen Orientierung auftreten würden.

Zu der Entwicklung ähnlicher Szenarien ist es dank dem Gewinn der früheren Opposition nicht gekommen, welche unter der Führung von Mikulas Dzurinda im Parlament sogar mit einer Verfassungsmehrheit disponierte. Die neue Koalition nahm die Regierung am Tag des Rücktritts der dritten Regierung von V. Meciar am 30. Oktober 1998 an. Die Wahl des neuen Parlaments ermöglichte die Rückkehr zu den demokratischen Werten und dem primären Ziel der Erfüllung der Integrationsambitionen der Slowakischen Republik, Beitritt zur NATO und der EU. Alle Ministerien haben die so genannten Schwarzen Bücher herausgegeben, welche die Situation analysierten, in welcher sich das Land nach der Übernahme der Regierung durch die neue Koalition befand. Aufgrund dieser Bücher begann die erste Regierung von M. Dzurinda mit der Wiedergutmachung in der gesamten politischen Sphäre. Die Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik wurde seit der ersten Regierung von Dzurinda transparent und eindeutig westlich orientiert, mit dem Ziel einer beschleunigten Integration in die NATO. Die komplette Wendung kann man auch anhand des Faktes beobachten, dass sich aus der östlich geneigten Slowakei bald ein Euro-Atlantisches Land entwickelte, das als der strategische Partner der USA befunden wurde.

Die Regierung von Mikuláš Dzurinda musste im Jahr 1998 die folgenden negativen Faktoren, die die Sicherheitspolitik betrafen, bewältigen:

- Diskreditierung des Landes, in den Augen der wichtigen Partner für die Integration der Slowakei in die westlichen Sicherheitsstrukturen.
- Veraltete und völlig unzureichende theoretische Grundlage für die Sicherheitspolitik, ausgedrückt in den strategischen Sicherheitsdokumenten.
- Das Fehlen eines dritten Sektors und einer professionellen Öffentlichkeit, die ausreichende Kompetenz für eine entsprechende Expertise für ein zügiges Entwickeln einer theoretischen Grundlage besitzt.

- Ein unbefriedigender Zustand der slowakischen Streitkräfte, verursacht durch nicht-konzeptionelle Reformversuche.

Das Basisdokument der Sicherheitspolitik für den gesamten Zeitraum von 1994 bis 2001 ist die *Sicherheitsdoktrin der SR* (Dokumente zur Außenpolitik der SR, 1994/2: 67-69), am 30.6.1994 genehmigt. Vor dem Inhalt dieses Dokuments sind die Umstände seiner Entstehung zu beachten. An der Formulierung des Dokuments waren keine außerstaatlichen Akteure beteiligt, es handelt sich um ein Regierungsdokument, ausgearbeitet, angenommen und genehmigt von der Regierung der Slowakischen Republik. Es handelte sich dabei nicht um die Ignoranz vonseiten der Regierung, sondern es wirkte in diesem Zeitraum in der Slowakei kein dritter Sektor, der eine angemessene Expertise ausarbeiten könnte. Während dieser Zeit wurde von der Übergangsregierung ein Dokument bewilligt, das die Grundlage aller Sicherheits- und Integrationsambitionen der Slowakischen Republik für sieben Jahre bildete.

Die inhaltliche Seite des Dokuments ist ein wesentlicher Punkt der Analyse der theoretischen Orientierungen der Slowakischen Republik in der Zeit bis 2001. Das Dokument war allgemein und fasste die ansonsten chaotisch inkonsistenten theoretischen Kenntnisse über das Sicherheitsumfeld, Risiken und die Gewährleistung der nationalen Sicherheit zusammen. Diese Teile des Dokuments wurden nicht getrennt und schafften so nur eine bestimmte Ansammlung von Feststellungen über die Realität der Sicherheitsumgebung. Das Dokument war der erste Versuch für eine Zusammenfassung und Verankerung der Orientierung der SR. Daher kann man ihm eine veraltete Terminologie und einen übermäßigen Fokus auf Zentral-Europa vorwerfen. Beide Mängel sind verständlich angesichts der Herkunft ihrer Situation und dem Mangel an Erfahrung der slowakischen Abgeordneten, sich von dem Außen- und Sicherheits-Konzept inspirieren zu lassen. Es sollte auch nicht vergessen werden, dass es sich um ein Verteidigungsdokument handeln sollte, also nicht um ein Gesamtkonzept der Sicherheitspolitik der SR. Wegen des Fehlens eines solchen Dokuments hat die Verteidigungsdoktrin der SR versucht, beide Aufgaben in einem Ganzen zu erfüllen.

Das Wesentliche ist aber, dass die Doktrin deutlich die Notwendigkeit betont, externe Sicherheitsgarantien von der NATO zu erhalten, „*die Grundorientierung der Sicherheitspolitik der SR ist es, auf die Konzentration auf eine Vollmitgliedschaft in der NATO*“ (Dokumente zur Außenpolitik der SR, 1994/2: 68) und drückt die Identifizierung

mit den westlichen Werten aus. Die Verteidigungsdoktrin der SR enthält Elemente, die die Relevanz der westlichen Wahrnehmung von Sicherheit beweisen. Als Priorität für die Sicherheitspolitik stellt sie nicht den Schutz des Staates, seiner Regierung oder Ideologie, sondern das Leben, die Freiheit und das Eigentum ihrer Bürger fest. Im Ganzen stellt das Dokument eine solide, wenn auch rudimentäre Grundlage für die Entwicklung der Sicherheitspolitik der unabhängigen Slowakei dar und als solches blieb es bis 2001 unverändert.

Das zweite strategische Sicherheitsdokument, das 1998 die erste Regierung von Mikuláš Dzurinda vererbte, ist das Dokument: Allgemeine Ziele und Grundsätze der nationalen Sicherheit der Slowakischen Republik, zugelassen am 21.6.1996. Das Dokument wurde dieses Mal vom Parlament der Slowakischen Republik und nicht nur von der Regierung angenommen. Das änderte aber nichts an der Methode seiner Vorbereitung. Das Dokument wurde in einem engen Kreis des Verteidigungsministeriums, ohne Rücksprache mit externen oder ausländischen Experten erstellt und der Regierung von Verteidigungsminister Ján Sitek eingereicht. Das Dokument wurde im Rahmen des Mandats der dritten Regierung Meciar und in einem Zeitraum, als sich die Kritik des Westens an den Orientierungen der SR schon mehrte, verfasst. Die Beziehung zwischen den beiden oben genannten Dokumenten ist vom analytischen Standpunkt her gesehen unklar. Das Dokument stört die Gültigkeit der Verteidigungsdoktrin nicht, es ist aber auch nicht ein ergänzendes Dokument, das einige der Bereiche, die die Verteidigungsdoktrin beinhaltet, abdecken würde (Korba 2006: 38f).

Das Dokument unterscheidet sich auf den ersten Blick strukturell von der Verteidigungsdoktrin der Slowakischen Republik. Bei näherer Betrachtung zeigt es jedoch keine Anzeichen für Fortschritte bei der Definition der Sicherheitspolitik der Slowakei, genau im Gegenteil. Das Dokument klingt deutlich nationalistisch mit einem hohen Maß an Vertrauen in den Wert der staatlichen Souveränität während der Gewährleistung ihrer Sicherheit. Eine Integration der Slowakei in die NATO und die WEU, ist, im Gegensatz zu der Verteidigungsdoktrin der Slowakischen Republik, nicht in den grundlegenden Zielen erwähnt. Sie tritt nur in vermittelter Form als Grund für die Reform der Armee und der slowakischen Teilnahme an friedenserhaltenden Missionen auf. Das neue Konzeptdokument der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik befasst sich trotz Einwände aller Abgeordneten der Opposition und einigen der Koalition nicht mit der Frage des Beitritts der Slowakei in die NATO. Für das Implementieren des Konzepts der

Sicherheitspolitik bleibt weiterhin die Verteidigungsdoktrin der SR nützlicher (Kmec, V., Korba, M 2001: 33-39).

Die Reserven, auf die die Regierung, die die Führung des Landes im Jahr 1998 übernahm, traf, sind aus Sicht der Sicherheitsdokumente klar. Auf der inhaltlichen Seite - das völlige Fehlen oder die mangelnde Erfassung der aktuellen Sicherheitslage und der Analyse der Bedrohungen und Risiken, die eine Grundlage für die Formulierung einer umfassenden Sicherheitspolitik bieten könnten. Der polity nach musste sich die Regierung mit der Abwesenheit des dritten Sektors abfinden, dessen Entstehung von der Vorgängerregierung erfolgreich blockiert wurde, sowie mit der Abwesenheit von der Regierung eingeführten spezialisierten Arbeitsplätzen, die sich mit der zivilen Ebene der Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Staates befasst. Es existierte nur ein Zentrum für Strategische Studien des Verteidigungsministeriums der SR, das aber in seiner Zusammensetzung nicht von dem Ministerium selbst unterschieden werden konnte (Tarasovič, V., Nečej, E., Korba, M. 2006: 67).

Beide dieser Faktoren beeinflussten die Form der politics, also die Art und Weise, die üblich war, damit die Dokumente und Konzepte angenommen werden, und kannte keine Absprache mit externen Quellen und konnte im Falle der Abstimmung im Parlament bei den Abgeordneten der Opposition auf Widerstand treffen. Schließlich ist es möglich, zusätzlich das Fehlen von etablierten Entscheidungsverfahren und der Nichtexistenz des Konzepts der Sicherheitssysteme zu veranschaulichen.

Der letzte der Bereiche, in denen sich die neue Regierung mit den Unzulänglichkeiten der vorherigen Regierung abfinden musste, war der Zustand der Armee der SR. Diesen kann man als unzureichend für die Integrationsambitionen beschreiben, sowohl in der Ebene der erreichten Kapazitäten und Organisation, als auch auf der Ebene der Konzepte der Reform.

Das Positive im Bereich der slowakischen Streitkräfte blieb ihre umfangreiche Beteiligung an dem Programm Partnership for Peace (PfP). Dieses Programm hat auf einer, wie es scheint, ganz anderen Ebene die politischen Hindernisse umgangen und hat schon seit 1994 der Armee der Slowakischen Republik die Teilnahme in Übungen und Verteidigungsplanung ermöglicht, die in der Erfahrung reflektiert werden, die für ein angemessenes Konzeptualisieren der Militärreform nötig ist. Die Struktur des Verteidigungshaushalts für den Zeitraum 1994-1998 zeigt, dass dem PfP nur ein kleiner

Teil des Geldes gewidmet wurde, trotz der Tatsache, dass in diesen Jahren die Verteidigungsausgaben den Durchschnitt von 2,5 % des HDP überschritten (Kmec, V., Korba, M., Ondrejcsák, R. 2004: 118).

6.4.2 Antritt der Regierung und Auseinandersetzung mit unerwünschtem Zustand

Die sich formierende gemeinsame Auslands- und Sicherheitspolitik betrachtete die Slowakei nicht als eine Variante der Sicherheitsverankerung und Erfüllung der Sicherheitsinteressen der Slowakischen Republik. Aus diesem Grund wurde in der Analyse der Sicherheitspolitik der ersten Wahlperiode der Regierung von Dzurinda 1998-2002 der Nachdruck auf die NATO und den Stand der Integrationsambitionen der Slowakei unter Berücksichtigung dieser internationalen Organisation gelegt. Die EU wurde zwar gegen Ende dieser Periode zum Gegenstand auch der Sicherheitsfragen; diese sind unter den Motiven der Integrationstendenzen jedoch völlig peripher. Mit dem Fall WEU (Westeuropäische Union) kann man sich auch eingehender befassen, die Bestrebung nach Integration in diese Organisation, assoziierter Partner welcher die Slowakei vom Jahr 1996 war, zeigte allmählich sinkende Tendenzen, bevor sie an Bedeutung gewinnen würde, weswegen man über ernste Integrationsambitionen nur um die Wende der Jahre 1998/1999 sprechen kann. (Kuča 1999: 63)

Nachträglich muss auch die Organisation für Sicherheit und Kooperation in Europa – OBSE erwähnt werden, wobei sich die Slowakei um die Mitgliedschaft in dieser Organisation auch aus sicherheitspolitischen Gründen einsetzte, jedoch wieder auf anderer Ebene als der Ebene strenger Sicherheit. Die Mitgliedschaft in der OBSE stellte aus Sicht slowakischer Repräsentanten eher einen Status dar, welcher wesentlich die Aussichten zu der NATO- und EU-Aufnahme bessern würde. Die Tschechische Republik, Polen und Ungarn wurden bis zum Jahr 1996 zu OBSE- Mitgliedern, die Slowakei wurde aus politischen Gründen erst aufgrund der Einladung vom 28. Juli 2000 aufgenommen. Das Interesse um Mitgliedschaft hatte aus Sicherheitssicht vor allem einen Vermittlungscharakter. Die letzte internationale Gesellschaft mit einem Sicherheitsprofil ist die Organisation der Vereinten Nationen – UNO. Die Slowakei wurde am 19.1.1993 zum UN-Mitglied und ihre Wirkung im Rahmen dieser Organisation beeinflusste

keineswegs grundsätzlich die sicherheitspolitische Orientierung des Landes. Die UNO wird in diese Analyse nur peripher eingeschlossen (Bilčík 2000: 361).

Die erste Regierung von Mikuláš Dzurinda in der Zusammensetzung aus den Parteien SDK, SĎĽ, SMK und SOP nahm das Mandat am 30. Oktober 1998 an. Im Parlament disponierte sie mit einer Mehrheit von 3/5, was ihr die Annahme auch konstitutioneller Änderungen ohne die Notwendigkeit der Zustimmung der Opposition ermöglichte, in welche die HZDS und SNS gerieten (www.statistic.sk).

Ihre erstrangige Aufgabe war die Auseinandersetzung mit dem unerwünschten Zustand sämtlicher Bereiche in der slowakischen Politik. Die Regierung verankerte deswegen in ihrer Programmverkündung sehr deutlich das Streben nach einer komplexen Reform des öffentlichen Sektors, wobei die Integration in NATO und EU zur obersten Priorität bestimmt wurde (www.government.gov.sk).

Es ist evident, dass sich die Regierung sofort nach ihrem Antritt bemühte, den ersten der Punkte, die in der Analyse der Ausgangsposition der ersten Regierung von Mikuláš Dzurinda erwähnt sind, zu korrigieren. Neben der Verankerung der Integrationsambitionen an vorderster Stelle der Programmverkündung war es notwendig, die Problematik auch sektorengemäß zu adressieren. Zu diesem Zweck dienten sog. „Schwarze Bücher“.

Das Schwarze Buch ist ein Dokument, herausgegeben vom zuständigen Ressort, bestimmt zu der Identifikation des Zustandes, in welchem die neue Regierung das Land übernimmt, und ihr Renommee im Ausland. Das Schwarze Buch trägt auch eine offizielle Bezeichnung „Analyse des vererbten Zustandes der Ökonomik und Gesellschaft“, bewilligt am 22.2.1999. Obwohl es sich um kein Konzeptionsdokument handelt, hinsichtlich der Analyse der Sicherheitspolitik ist das Dokument wichtig, weil es den Bruchpunkt darstellt. Seine Äußerungen im dritten Kapitel trennen sich von der ambivalenten Politik der vorigen Regierungen ab. Die Kritik ist durch Bewertungen der internationalen Organisationen und Experten untermauert und das Dokument offenbart auf diese Weise klar und deutlich den Wunsch nach Diskontinuität in der realen Sicherheitspolitik des Landes. Die Regierung identifiziert hier ebenfalls die negativen Folgen der Vermutungen voriger Garnituren über die Einzigartigkeit der geostrategischen Lage der Slowakei und verzichtet offiziell auf diese Illusion (www.nrsr.sk).

Den Beweis für die Bestrebungen um möglichst schnelle Änderung des Images der Slowakei bei wichtigen Partnern stellt die erste Auslandsreise des Premierministers Mikuláš Dzurinda dar. Diese fand fünf Tage nach dem Antritt der Regierung, also am 5.-6. November 1998, statt und führte nach Brüssel und Wien. Die Begründung der Reise war eindeutig, wie es M. Dzurinda in seinem Bericht an den Nationalrat der Slowakischen Republik äußerte: „es handelt sich weder um gesellschaftliche Umgangsformen, noch um Trendmodernität, sondern um elementares Lebensinteresse des Landes und seiner Bewohner“ (www.nrsr.sk).

Die Delegation wurde positiv empfangen und erfüllte ihr Hauptvorhaben, die Auslandspartner und Repräsentanten der wichtigsten internationalen Organisationen über die eindeutige Änderung der Orientierung der SR und über ihre Wirkung auf die internationalen Szene zu überzeugen. Die beim Gipfeltreffen in Madrid getroffene Entscheidung zeigte sich als unwiderlegbar, jedoch aus Sicht der Slowakei bestand im Falle eines ausreichenden Bestrebens und erfolgreicher Transformation der Reform der Armee SR eine Möglichkeit, zum nächsten NATO-Gipfeltreffen eingeladen zu werden. Auf dieses Ziel richteten sich die Schritte der slowakischen Vertreter und kurz nach den ersten Äußerungen bekam die Slowakei eine positive Rückmeldung von der NATO. Der NATO-Generalsekretär J. Solana nahm im Dezember 1998 folgende Stellungnahme ein: „Es gibt keine Zweifel darüber, dass die Slowakei ein solider NATO-Partner ist und wir werden gemeinsam daran arbeiten, damit wir das Versäumte nachholen“.

Daraus ist zu schließen, dass die von der Regierung angesteuerte neue Orientierung für das Erreichen strategischer Sicherheitsinteressen adäquat war. Die Wiedergutmachung der Diskreditierung der SR verlangte selbstverständlich auch die Besserung des gesamten inneren demokratischen Funktionierens und äußeren Auftretens des Landes zum Zweck des Wiedererlangens des verlorenen Vertrauens, wobei das einen langwierigen Prozess darstellte (Lombardini 1999: 109).

Die Demokratisierung umfasste auch die Besserung der Beziehungen zu den benachbarten Ländern, vor allem zu Ungarn, zu welcher es schrittweise kam (Jährliche Ausgabe der Außenpolitik der SR 2000: 75).

6.4.3 Kulmination des Kosovo-Konflikts

Die Slowakei war seit Anfang der 1990er-Jahre am Balkan anwesend und pflegte mit dem ehemaligen Jugoslawien enge Beziehungen. Die Abwicklung des Kosovo-Konflikts gehörte deswegen zu den beobachteten Bereichen, vor allem aus Sicht der Außenpolitik der SR. Wieso dieser Konflikt und seine Eskalation für die slowakische Sicherheitspolitik wichtig ist? Die Antwort ist einfach und sagt trotzdem viel über den Wandel in der Orientierung der slowakischen Sicherheitspolitik aus.

Am 22. März 1999 nahm der Nordatlantische Rat Stellung zu der Lage in Kosovo und am 23. März entschied der Rat über das Durchführen von Flugoperationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Jugoslawien. Die NATO ersuchte auf diplomatische Weise die SR um Gewährung des Luftraumes, womit die Slowakei sofort einverstanden war. Die Bewilligung erteilte operativ die Regierung der SR und obwohl die Befugnis dazu offiziell dem Generalstab der Armee SR zusteht, hatte der Generalstab gegenüber der Erteilung keine Vorbehalte. Die Motivation zu diesem Schritt ist hinsichtlich der Integrationsambitionen der SR deutlich und die Slowakei äußerte sie in der Stellungnahme der Regierung der SR: "Slowakei verhält sich als Verbündeter und de facto auch als vollwertiges NATO-Mitglied und in dieser Richtung lässt sie keine Zweifel oder Ambivalenz zu. Als Adept auf die NATO-Mitgliedschaft ist sie sich der Tatsache bewusst, dass die Rechte der Mitgliedsstaaten unteilbar mit deren Pflichten und Verantwortung gegenüber der Allianz verbunden sind. Kein Staat ist berechtigt nur das Positive, was die NATO-Mitgliedschaft bietet selektiv auszuwählen und jenes abzulehnen, was seinen Vorstellungen aus diversen Gründen eventuell nicht entspricht. Die Slowakei deklarierte mit der NATO-Unterstützung in schwerer Kosovo-Krise öffentlich, dass sie in der Zukunft als eventuelles Allianz-Mitglied vorbereitet sein wird, die Sicherheitsgarantien, welche die NATO-Mitgliedschaft bietet nicht nur zu nützen, sondern auch solche Garantien anderen Allianz-Mitgliedern zu gewähren" (www.vlada.gov.sk).

Ein weiteres wichtiges Ereignis, welches die Sicherheitspolitik der SR wahrscheinlich am umfangreichsten für den ganzen Zeitabschnitt bis zum NATO-Beitritt der Slowakei beeinflusste, sind gerade die Beschlüsse des Gipfeltreffens in Washington von 23. bis 25.4.1999. Ohne tiefere Analyse des Geschehens in der NATO können drei Grundauswirkungen des Gipfeltreffens auf die Sicherheitspolitik der SR erkannt werden:

- Strategische Konzeption NATO
- Aktionsplan der Mitgliedschaft – MAP
- Initiative für Verteidigungsfähigkeiten – DCI

Strategische Konzeption NATO bedeutet für die Slowakei vor allem das Eine – die Tendenz zum Beitritt der neuen NATO. Der Einfluss der Konzeption auf die NATO-Entwicklung ist ein bekanntes Faktum und dieser Orientierung musste sich auch Slowakei anpassen. Für die Slowakei bildete in der Konzeption die Definierung der Bedrohungen den Schwerpunkt, wobei sich diese in den strategischen Sicherheitsdokumenten der SR nicht widerspiegelte und die NATO-Wandlung von einer Verteidigungsallianz in eine aktive Organisation, die sich mit dem Krisenmanagement befasst, vollzog (Šebesta 2000: 43).

Das zweite bedeutende Konzeptionsdokument für die Slowakei war der *Aktionsplan der Mitgliedschaft – MAP*. MAP stellte ein neues effektives Mittel für die Hilfe bei der Mitgliedschaftsgewinnung dar, welche er jedoch nicht garantierte. Es handelte sich um eine „Reisemappe“ zur Erfüllung der Forderungen, welche an die aspirierenden Länder gestellt wurden. Der MAP gewährte der Slowakei ein gehaltreiches Leitmittel zur Identifikation der Bereiche, welche im Hinblick auf die Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft kritisch sind. Im Unterschied zur strategischen Konzeption, die mit einer raschen Änderung der Sicherheitsdokumente nicht beantwortet werden konnte, wurde der MAP fast ab sofort in der SR appliziert und bearbeitet.

Initiative für Verteidigungsfähigkeiten – DCI bildete für die Kandidatenländer eine neue praktische Füllung des zweiten Kapitels der MAP. Die DCI identifizierte 58 mangelhafte Bereiche europäischer Verbündeter und forderte eine Verbesserung ihrer Fähigkeiten bei den Out-of-Area Operationen. Das Problem der DCI bestand in der Allgemeinheit der Forderungen ohne konkrete Adressaten, d.h. die Staaten hatten keine einzelnen Quoten festgelegt und es existierte kein separat gewertetes Ziel, welches dem im Bereich des Finanzierens festgelegten Ziel analog wäre. Die Staaten inklusive der SR waren nicht gezwungen, konkrete Verbindlichkeiten auf sich zu nehmen und der DCI blieb also eher eine Empfehlung (Hunter 2002: 45-51).

6.4.4 Sicherheitsstrategie der Slowakischen Republik

Die eigentliche Vorbereitung der Sicherheitsstrategie der Slowakischen Republik, bewilligt durch den Nationalrat der Slowakischen Republik am 27. März 2001, stellt die tatsächliche Entwicklung in der Sicherheitspolitik der SR als solcher dar. Es handelt sich nicht direkt um einen dramatischen Sprung im Vorbereitungsprozess des grundlegenden Sicherheitsdokumentes, sondern um einen Schritt in die richtige Richtung, falls die Slowakei eine moderne und effektive Sicherheitspolitik auszuüben beabsichtigt.

Womit also war der Vorbereitungsprozess neben dem langen Zeitrahmen spezifisch?

In erster Linie wurde zu Beginn der Dokumentvorbereitung über seine endgültige Billigung durch den Nationalrat der SR entschieden, was den Konsensus des gesamten politischen Spektrums betreffend die Orientierung und die Interessen der Slowakischen Republik bestätigen sollte, und dem Dokument nicht nur Transparenz, sondern auch eine gewisse Versicherung im Falle wiederholter Änderung der Regierung in vorstehenden Wahlen im Jahr 2002 gewähren sollte. Die zweite Besonderheit war die Teilnahme der Experten des Verteidigungsministeriums an der Diskussion mit dem dritten Sektor.

Dieser Prozess bedeutet keine direkte offizielle Einschaltung der Regierungs-, Außerregierungs- und Auslandsexpertenorganisationen in den Konsultationsprozess, sondern eine bestimmte Vorstufe in dieser Orientierung.

Das Dokument hat sich bedeutend durch Überarbeitung, Strukturalisierung und Umfang von den übrigen Dokumenten unterschieden. Vorige Dokumente gewährten umfangreichen Raum den Definitionen der Sicherheitsbegriffe ohne internationale Erfahrungen und Kenntnisse der Sicherheitskommunität – diese Bestrebungen resultierten in negative Begrenzungen und vermittelte Definitionen.

Die Sicherheitsstrategie der SR in 2001 als erstes Konzeptionsdokument führt die Definition der Sicherheitspolitik SR und ihres Grundvorhabens an, definiert die Sicherheitsumwelt und klassifiziert die etwaigen Bedrohungen nach dem Maß deren Gefährlichkeit.

Die Definition der Sicherheitspolitik lautet: “Die Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik stellt einen Komplex der Ziele, Grundsätze, Vorgehen und Maßnahmen des Staates zur Gewährung der Sicherheit des Staates und der Bürger dar“ (Art.29).

Die Definition geht weiter mit der Anführung der Dimensionen der Sicherheitspolitik, in welche auch die Dimension der sanften Sicherheit eingeschlossen wird. Es muss jedoch bemerkt werden, dass trotz Anwesenheit solcher Dimensionen in der Definition weiter in der Sicherheitsstrategie SR 2001 Raum nur der Ebene der ökonomischen und sozialen Sicherheit gewährt wird.

Die *Militärische Strategie* der SR, die vom Nationalrat der SR am 25. Oktober 2001 genehmigt wurde, betont unter Berücksichtigung der Reform der Armee SR die Erfüllung der NATO-Forderungen, Modernisierung, Professionalisierung und Spezialisierung der Armee; die Aufmerksamkeit für eine territoriale Verteidigung ist minimal. Die militärische Strategie der SR in 2001 legt in der Strategie der Realisierung allgemeine und partielle Ziele der Streitkräfte fest, sowohl im Sinne deren Bestimmung als auch deren Modernisierung und Professionalisierung. In diesem Sinne stellt das Dokument ein gewisses Gegengewicht zur Verteidigungsstrategie dar und bearbeitet die Reformkonzeption der Streitkräfte in derjenigen Richtung, in welcher die Reformkonzeption des Verteidigungsressorts der Armee der SR bis zum Jahr 2002 fehlging, also in realen Abschätzungen der Finanzmittel und Fähigkeiten der Armee der SR, wenigstens eine partielle Interoperabilität mit den NATO-Standarden im akzeptablen Zeithorizont zu erreichen. Das Dokument berichtet im Teil Humanressourcen ganz deutlich über das Bedürfnis der Professionalisierung der Streitkräfte und Herabsetzung deren Zahl im Interesse der Kriterienerfüllung, Sicherstellung, individueller Verteidigung der SR und Schaffung der modernen und aktionsfähigen Streitkräfte.

Die Annahme der Konzeptionsdokumente im Jahr 2001 bedeutete zusammen mit einer umfangreicher Novellierung der Verfassung der SR einen qualitativen Schritt nach vorne auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik. Während die strategischen Dokumente den Prozess der Realisierung der Integrationsschritte zu der NATO und der EU aufbrachten, wurde die Novelle der Verfassung der SR selbst zu einem solchem Schritt.

6.4.5 Realisierung der Sicherheitspolitik der SR im Zeitabschnitt 1999 – 2002

Die Realisierung der Sicherheitspolitik im gegenständlichen Zeitabschnitt kann mit der Vorbereitung der Slowakischen Republik auf die NATO-Mitgliedschaft identifiziert werden. Die Slowakei richtete ihre Aktivitäten vor allem auf die vollständige Ausschöpfung der Möglichkeiten, die von der Allianz zur Erhöhung der Chancen der Slowakischen Republik auf die Kriterienerfüllung gewährt wurden. Neben der schon angeführten Entwicklung im Falle des Luftangriffs der NATO im Kosovo zeigte sich die Slowakische Republik als zuverlässiger NATO-Partner, der sich seiner Verantwortung bei der Sicherheitsschaffung bewusst ist und nicht nur ihrer Konsumierung im kollektiven System, und zwar durch die Entsendung ihrer Einheiten in die Missionen SFOR, AFOR und KFOR unter dem NATO-Kommando. Im Jahr 1999 schloss sich die Slowakei zum ersten Mal einer UN-Friedensmission an, einer Mission unter dem Kommando einer anderen internationalen Organisation. Im Rahmen der SFOR wirkten im Jahr 1999 insgesamt 8 Offiziere der Armee der SR, zur Mission der AFOR wurde im Juni eine vierziggliedrige Genie-Einheit der Armee der SR entsandt und wurde dadurch zur ersten organischen Einheit der SR unter dem NATO-Kommando. Diese Einheit wurde folgend verstärkt und unter die KFOR-Mission verschoben. Die Teilnahme an den Missionen wurde erwünscht und sie gewährte gleichzeitig den Rotationen kostbare Erfahrungen von der Wirkung in internationalen Einheiten unter dem NATO-Kommando. 1999 erfuhr die Slowakei eine Würdigung vom strategischen Hauptpartner im Rahmen der NATO – USA, die ihre Stellungnahme zur Slowakei in der Resolution des USA-Kongresses Nr. 165 vom 16. November 1999 äußerten (Šebej 2000: 48).

Das Ende des Jahres 2000 sah für die Slowakische Republik aus der Perspektive der Erfüllung ihrer sicherheitspolitischen Ziele nicht positiv aus. Das Verteidigungsressort kämpfte mit Geldmangel, nur ein Teil der Ziele für das Jahr 2000 wurde erfüllt, die Reform des Verteidigungssektors wurde gestoppt, die Öffentlichkeit unterstützte nicht die Bemühung um die Erhöhung der Verteidigungskosten und den NATO-Beitritt und die Wertung der Armee der SR im Garrett-Bericht bezeichnete diesen Zustand als kritisch. Am 20. April 2001 fand das zweite Zusammentreffen im Format 19+1 statt, an welchem von der slowakischen Delegation der *Bericht über den Fortschritt der SR im Rahmen der MAP für die Jahre 2000-2001* abgegeben wurde. „Laut Bericht dauerten schwerwiegende Disproportionen zwischen den deklarierten Zielen und erreichten Ergebnissen der

Transformierung des Verteidigungsressorts an oder diese erhöhten sich sogar. Gleich war es auch im Falle der Disharmonie zwischen identifizierten Sicherheitsbedrohungen und der sich formierenden Struktur der Armee der SR“ (Zatlakaj 2001: 115).

Aus diesen Gründen erforderte die Realisierung der Sicherheitspolitik der SR Änderungen und eine Umstrukturierung der Spitzenposten des Verteidigungsministeriums. Die Finanzspritze und der Führungswechsel im Verteidigungsministerium der SR bedeuteten eine Reformankurbelung des Verteidigungsressorts. Im Jahr 2001 wurde das Budget des Verteidigungsministeriums der SR auf 1,95% BIP zusammen mit dem Regierungsbeschluss vom 7. Oktober 2011 erhöht, in welchem die Regierung über die Erhaltung des Mindestanteils des Budget des Verteidigungsministeriums der SR bis zum Jahr 2006 auf den Wert von 1,89% BIP entschied. In diesem Punkt muss betont werden, dass die Konzeption der Reform auch weiterhin das Führungsdokument für das Vorgehen in der Planung der Verteidigung war, jedoch unter Berücksichtigung der Reorganisierung der Finanzierung wurde sie in ihren Zielen nicht verbindlich und flächenmäßig respektiert.

Neben grundlegenden Sicherheitsdokumenten wurde die Konzeption gegen Ende des Jahres durch ein neues Reformprogramm des Verteidigungsressorts unter der Bezeichnung „Streitkräfte der SR – Modell 2010“ ersetzt. Das Modell 2010, auf Regierungsebene bewilligt am 24. Oktober 2001, wurde in der Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR zu einem wichtigeren Meilenstein als es zuerst schien. Es wurde nur auf den MAP-Forderungen und der Aktionsfähigkeit der Armee SR errichtet. Das Modell 2010 beinhaltete den ausführlich ausgearbeiteten Reformplan der Streitkräfte inklusive der Prozesse Kündigung, Belohnung, Modernisierung, Neuerwerb, Ausbildung, zusammen mit einem entsprechenden Finanzrahmen bis zur Endgestalt der Streitkräfte. Dieser Quellenrahmen unterschied sich von den früheren Entwürfen dank des garantierten Minimums für das Verteidigungsressort in der Höhe von 1,89% BIP, von welchem das Modell 25% für die Modernisierung und Transformation der Streitkräfte bestimmte. Das Modell 2010 schöpfte aus den im Laufe des Jahres bewilligten strategischen Sicherheitsdokumenten und bearbeitete sehr ausführlich vor allem die militärische Strategie der SR. Sein Ziel waren kleinere und professionelle Streitkräfte mit der Orientierung auf einen regionalen Konflikt oder eine unmilitärische Drohung außerhalb des Gebietes der Slowakischen Republik. Die geplante Soldatenzahl sollte bis 2006 von gegenwärtig 32.418 auf 19.318 reduziert werden.

Aus der Perspektive der Integrationsambitionen der SR war das Jahr 2001 wegen seiner Kritik wichtig.

Die Bewertung von der NATO war positiv: „Die NATO hob den Fortschritt hervor, welchen die SR bei der Erfüllung der MAP-Forderungen erreichte und bestätigte, dass die Slowakei die Periode 2001-2002 für die Gewinnung einer zukunftsreichen Ausgangsposition für die Einladung beim Allianz-Gipfeltreffen maximal ausnutzte“ (Korba 2002: 486).

Die Bewertung konnte zwei weitere wichtige Momente nicht in Betracht ziehen, die sich im Jahr 2002 abspielten. Der erste war die Bewilligung der Zusatzdokumente zur Reformentfaltung und Umstrukturierung der Streitkräfte. Der *Langfristiger Plan der Struktur und Entfaltung der Streitkräfte der SR* wurde am 7. Februar 2002 durch den Verteidigungsrat des Staates und sein anknüpfendes Dokument *Plan der Entfaltung und Entfaltungsprogramme inklusive deren finanziellen Anspruchsvölligkeit* wurde am 5. Juni 2002 durch die Regierung der SR bewilligt.

Beide Dokumente eröffneten die Implementierung des Modells 2010 und bedeuteten einen qualitativen Sprung in Richtung Entwicklung der Realisierung der Sicherheitspolitik der SR zu der Kriterienerfüllung bei der Erwerbung der NATO-Einladung. Ihr Interesse an aktiver Formung der Sicherheitsumwelt zeigte die Slowakei auch in Form ihrer vermehrten Teilnahme an Missionen des Krisenmanagements unter dem NATO-Kommando. Am 20. Februar 2002 wurde die Teilnahme der Slowakei an der KFOR um eine hundertgliedrige Einheit des Elitebataillons aus der Stadt Martin vergrößert, welches zusammen mit der tschechischen Seite eine fünfhundertgliedrige organische Genie-Einheit bildete.

Die aus den Wahlen am 20.-21. September 2002 hervorgegangene veränderte Koalition unter Mikuláš Dzurinda konnte eine ausreichende Mandatszahl zur Bildung der Regierung gewinnen, sodass der Entwicklungsprozess der slowakischen Sicherheitspolitik kontinuierlich fortgesetzt wurde.

6.5 Zweite Regierung von Mikulas Dzurinda

6.5.1 Antritt der Regierung und Kontinuität und Änderungen in der Sicherheitspolitik

Die zweite Regierung von Mikuláš Dzurinda nahm das Mandat am 16. Oktober 2002 an. Das Wahlergebnis ermöglichte die Gründung einer homogenen Koalition, in welcher sämtliche Parteien in ihren Wahlprogrammen und Memoranden die NATO - und EU-Integration als Prioritätsziele in der Außenpolitik präsentierten (www.statistics.sk).

Die Koalition bildeten die Parteien SDKÚ, SMK, KDH und ANO, die im Nationalrat der SR nicht über die Verfassungsmehrheit verfügten, sondern nur über eine notwendige Mehrheit, welche die notwendige Hälfte um drei Mandate übersteigt. Aus diesem Grund musste die Regierung gegebenenfalls mit einigen Oppositionsparteien kooperieren, um so die Auslands- und Sicherheitspolitik der SR besser beeinflussen zu können.

Die zweite Regierung von Mikuláš Dzurinda betonte in ihrer Programmklärung (Programmklärung des NR SR 2002) noch mehr die Beziehung zu den USA; die enge Verbindung mit den USA bestätigte sie auch im Verlauf des ganzen Mandats. Trotz dieser Tatsache kann die Sicherheitspolitik der zweiten Regierung von Dzurinda als zweidimensionale bezeichnet werden, weil sie in bestimmten Aspekten mit der entstehenden Sicherheitsrolle der EU kalkulieren musste.

Die Sicherheitspolitik der SR transformierte sich allmählich von der transatlantischen in eine euroatlantische, was aus Sicht slowakischer Repräsentanten nicht das Aufgeben der klaren Dominanz der USA bedeutet, sondern die Unvermeidlichkeit der Stellungnahme auch zu europäischen Sicherheitsinitiativen und der Zugehörigkeit zu einem europäischen Ganzen. Es ist interessant, diesen Prozess zu verfolgen, dem vor allem im Jahr 2003 Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

6.5.2 Die Auswirkung irakischer Krise auf die Profilierung der Sicherheitspolitik SR

Vor der Analyse der praktischen Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR bis zum Jahr 2004 muss erhöhte Aufmerksamkeit den politischen Entscheidungen und Ereignissen gewidmet werden, welche die Endorientierung der slowakischen Sicherheitspolitik bestimmten.

Die Slowakische Republik brachte durch ihre Handlungen bis zum 20. März 2003 und die Einleitung der Invasion einer multinationalen Koalition in den Irak ihre sicherheitspolitische Orientierung in der Dichotomie Euroatlantismus vs. Euroautonomie deutlich zur Kenntnis und bestimmte vor allem ihre Rolle in der internationaler Umgebung als aktiv und proamerikanisch.

Die Krise im Irak trug zur Profilierung der slowakischer Sicherheitspolitik im Sinne der Abgrenzung der SR gegenüber den Positionen von Deutschland und Frankreich bei, welche die Hauptrepräsentanten der europäischen Ambitionen im Sicherheitssektor darstellten und mit den osteuropäischen Ländern nicht die Begeisterung über die eindeutig dominante Rolle der USA in der NATO als einzigem funktionsfähigen Sicherheitssystem im euroatlantischen Raum teilten.

Das Handeln der Slowakischen Republik hinsichtlich der Krise im Irak bedeutete jedoch nicht die Ablehnung der europäischen Sicherheitsbestrebungen, im Bezug auf die Verteidigung und die strenge Sicherheit nahmen diese die zweitrangige Stellung an. In den Augen slowakischer Repräsentanten erfüllte das Etablieren der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EBOP) nicht den Inhalt ihrer Bezeichnung, sie gewährte eher das Mittel sanfter Sicherheit und Kooperation im EU-Rahmen. Im Hintergrund der Krise im Irak war es scheinbar notwendig, eines der Lager auszuwählen. Die Slowakei zeigte allerdings Unterstützung und Interesse auch an der europäischen Plattform, wenn nicht in konkreten Verbindlichkeiten, so doch politisch. Die Slowakei suchte die sanfte Sicherheit in den Garantien der positiven ökonomischen Entwicklung und in der Prävention der potenziellen negativen Entwicklung auf innenstaatlicher Ebene in der Slowakei, jedoch vor allem in den Staaten, welche die EU umgeben. Die EBOP gewährte der EU diejenigen Mittel, welche die unmilitärische Beteiligung zum Zweck der Abwendung der Entwicklung in den Staaten ermöglichten, für welche sich auch die Slowakische Republik

interessierte, deswegen kam es in keinem Fall zur Verriegelung der Türen zu den EU-Sicherheitsinitiativen (Fedor 2003: 44).

6.5.3 Realisierung der Sicherheitspolitik bis zum NATO-Beitritt der SR im März 2004

Aus der Perspektive der Sicherheitspolitik der SR entstand die Notwendigkeit, sich auch der innenstaatlichen Entwicklung, zusammenhängend mit den Ambitionen der SR, zu widmen. Dieser Prozess stellt die Finalphase der Erfüllung der Aktivitäten NP PRENAME vor dem UNO-Beitritt dar, sowie auch der Reform des Verteidigungsressorts, dessen Zeitspanne vom Prager Gipfeltreffen bis zum NATO-Beitritt der SR nur 16 Monate dauerte.

Im Laufe des Jahres 2003 erfüllte die Slowakische Republik die im RNP PRENAME 2003 festgelegten Aktivitäten, dessen Prioritäten sich auf die Reform der Streitkräfte der SR, Anpassung der rechtlichen Sicherheitsordnung nach dem NATO-Muster, Abwicklung der Diskussion der Regierung mit den Bürgern der SR über Sicherheitsfragen und ständige Kräftigung der Demokratie richten. Die parallele Priorität war die Erfüllung der Verbindlichkeiten der SR gegenüber der NATO beim Aufbau zugeordneter Kräfte für die Operationen unter dem NATO-Kommando und unter Berücksichtigung neuer Initiativen im EBOP- Rahmen auch eine Verbindlichkeit gegenüber dieser Plattform (www.mosr.sk).

Dank bestehender Einladung der Slowakischen Republik zum NATO-Beitritt und Aussichten auf baldigen Beitritt, der im Vorsprung vor dem nächsten Gipfeltreffen realisiert werden soll, entstand das Bedürfnis, den Zeitplan der Reformrealisierung und Vorbereitung auf die Mitgliedschaft zu ändern. Zu diesem Zweck diente auch das am 26. Februar 2003 entworfene und im Laufe des Monats März 2003 angenommene Dokument: *Zeitplan der Reformerfüllung* (www.nrsr.sk).

Der Zeitplan präsentierte die politische Verbindlichkeit der Slowakischen Republik gegenüber den NATO-Mitgliedsstaaten auf den Abschluss der Reformen auch nach dem Erwerb der vollwertigen Mitgliedschaft mit dem Zeithorizont bis Ende 2004. Zum Bestandteil des Zeitplanes wurden sowohl RNP PRENAME 2003, als auch RNP PRENAME 2004 und IPP für die nächsten zwei Jahre. Das Dokument präsentiert das Bestreben der Slowakischen Republik in der Frage der militärischen Kompetenzen, die

Beschlüsse des Gipfeltreffens in Prag zu implementieren, insoweit sich die Slowakische Republik bemüht, im festgelegten Zeitabschnitt dem PCC und den Verbindlichkeiten des Europäischen Aktionsplanes der militärischen Kompetenzen (ECAP) anzunähern.

Aus der NATO-Perspektive kam die Slowakische Republik ihren sämtlichen Verbindlichkeiten mit Ausnahme des Quellenrahmens nach, welchen die Regierung der SR vor dem Gipfeltreffen in Prag deklarierte und in den folgenden Jahren nicht einhielt.

Das letzte Bewertungstreffen vor dem NATO-Beitritt im Format 19+1 fand im Februar 2004 statt und es beschäftigte sich im geringen Maße mit der Erfüllung der Aktivitäten RNP PRENAME 2003. Größere Aufmerksamkeit widmete man der Vorbereitung der Slowakei auf die aktive Rolle im Rahmen der NATO-Mitgliedschaft. Da sich die Beschlüsse des Gipfeltreffens in Prag über militärische Kompetenzen auf die Slowakei nicht direkt bezogen, bekam die Slowakei sog. „Pläne der Kräfte“ – es handelte sich um 72 Empfehlungen für die Slowakische Republik, wie man sich in dieser Voretappe so gut wie möglich auf die Erfüllung der Ziele vorbereiten sollte. Diese Ziele enthielten diverse Zielebenen der Fähigkeiten, welche individuell für jedes Land den Finanzquellen und Humanressourcen angepasst wurden. Bis zum Erreichen ihrer vollwertigen Mitgliedschaft stellten diese Pläne zusammen mit der MAP und der laufenden Reform des Verteidigungsressorts im Einklang mit dem Modell 2010 den Grundinhalt der Sicherheitspolitik der SR dar (Samson 2004: 470).

Die Slowakei schloss ihre Beitrittsgespräche offiziell am 29. März 2004 mit der Übergabe der Beitrittsprotokolle an den Depositär der NATO, USA ab. Die Slowakische Republik wurde so nach elf Jahren ihrer Existenz und fünf Jahre später als ihre benachbarten Länder zum vollwertigen NATO-Mitglied. Das Erreichen des wichtigsten langfristigen Sicherheitszieles der SR bedeutete das Ende einer Periode in der Entwicklung slowakischer Sicherheitspolitik und Einleitung des neuen Zeitabschnittes der Profilierung. Der NATO-Beitritt und folgend auch der EU-Beitritt am 1. Mai 2004 waren keine Verletzung der eingeleiteten Prozesse und Änderung der Sicherheitsorientierung; allerdings bedeutete er auf jeden Fall einen qualitativen Sprung nach vorne in der Abgrenzung der Prioritäten und der Orientierung der Slowakei als eines Sicherheitsakteurs. Die Frage wurde nicht in dem Sinne gestellt, die Mitgliedschaft in der NATO und der EU so schnell wie möglich zu erreichen, es formte sich eine neue Dimension der Sicherheitspolitik der SR, und zwar auf welche Weise die Sicherheitsinteressen der SR

erreicht werden können bzw. mit welchen Verbündeten. Mit der Entwicklung der EU-Sicherheitsebene entstand eine neue Spaltung im Rahmen der Sicherheitspolitik, in welcher die Slowakei aus Gründen des eigenen erfolgreichen Vorankommens eine Stellungnahme einnehmen musste. Die neue Spaltung schloss sich der alten an, welche eine Trennlinie zwischen proaktivem Auftreten der Slowakischen Republik und der Position des Konsumenten der Sicherheit, der aus dem Einsatz anderer wichtiger Länder in dem NATO-Rahmen schöpfte, bildete.

6.5.4 Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR nach dem NATO-Beitritt: Die Stellungnahme zu den transatlantischen Beziehungen

Wie schon angedeutet, war der NATO-Beitritt der Gipfelpunkt einer ganzen Periode der Sicherheitspolitik der SR und stellte das Bedürfnis dar, Ziele und Interessen der Slowakischen Republik im Bereich der strengen Sicherheit neu zu definieren. Im Bezug auf den parallel verlaufenden Prozess der EBOP-Entwicklung und Auseinandersetzung unter den Verbündeten im NATO-Rahmen und Berücksichtigung der Lage im Irak, war die Slowakei gezwungen, ihre Präferenzen schon im ersten Jahr der NATO-Mitgliedschaft zu äußern und aus diesem Grund war das erste Jahr für die Regierung der SR nicht gerade leicht. Folgende Entwicklung stellte für die Slowakei folgende Wahl in Sicherheitsinteressen dar:

- Die Slowakische Republik musste ihre nationalen Interessen in der Sicherheitspolitik mit den Interessen ihrer euroatlantischen Partner abstimmen; zum gemeinsamen Sicherheitsinteresse wurde der Export der Sicherheit in die instabile Umgebung als beste Art der Sicherheitsgewährung der Mitgliedsstaaten; ein spezifisches Nationalinteresse der Slowakischen Republik wird sich in dieser Politik durch die Möglichkeit äußern, konkrete Bereiche zu bestimmen und kollektive Entscheidungen zu beeinflussen;
- Die Slowakische Republik ist ein kleiner Staat mit begrenzten ökonomischen Quellen und Humanressourcen, angewiesen auf die Hierarchie der sicherheitspolitischen Interessen bei deren effektiven Erfüllung; die Slowakische Republik steht deswegen in

jeder seiner Sicherheitsprioritäten vor der Wahl zwischen der Plattform der UNO, der EU und der NATO.

Kurz vor dem NATO- und EU-Beitritt der Slowakei definierte der Außenminister der SR Eduard Kukan die Beziehung zu den USA als „strategische Partnerschaft“, welche für die Slowakische Republik wichtiger ist als einseitige Sicherheitsschritte, welche zu der Möglichkeit der Verletzung der transatlantischen Beziehungen führen (Kollár, M., Mesežnikov, G. 2003: 266f).

In diesem Zeitraum unterstützte seine Erklärung der Staatssekretär des Außenministeriums, Ivan Korčok, welcher die Bestrebung nach dem Aufbau einer autonomen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als politische Ambitionen der EU bezeichnete, mit welchen man höchst vorsichtig umgehen sollte, damit es zu keiner Schädigung der transatlantischer Bindung (Šťastný, M., Gábelová, B.2004: 121) kommt, welche seit 40 Jahren prosperiert. Auch Premierminister Mikuláš Dzurinda unterstützte den EBOP-Beitritt und äußerte sich folgend zu ihrer Stellung im Rahmen der transatlantischen Beziehungen:“ Die USA nehmen wir als unseren starken, strategischen Verbündeten wahr und die Kräftigung transatlantischer Bindungen wird den Bestandteil unserer Außenpolitik bilden“, (Jährliche Ausgabe der Außenpolitik der SR 2003: 16), sowie auch der Verteidigungsminister Juraj Liška: „Das Bestreben, die NATO-Strukturen zu doppeln und Vereinbarungen ausschließlich aus politischen Gründen, finden bei uns keine Unterstützung... Die Slowakei ist entschlossen, die transatlantische Bindung als Basis der Weltsicherheit zu kultivieren“. Die Slowakische Republik nahm mit diesen Äußerungen praktisch sämtlicher führenden Repräsentanten der Sicherheitspolitik der SR eine eindeutige transatlantische oder euroatlantische Stellungnahme zum europäischen Sicherheits- und Verteidigungsprojekt, das im Jahr 2004 reale Konturen bekam, ein (Kollár, M. - Mesežnikov, G. 2004: 477).

6.5.5 Sicherheits- und Verteidigungsstrategie der SR

Die *Sicherheitsstrategie der SR* (BS SR) wurde am 27.9.2005 vom Nationalrat der SR bewilligt. Gleichzeitig mit dieser Strategie wurde auch die *Verteidigungsstrategie der SR* bewilligt und am 23.9.2005 angenommen. Es handelt sich um ein Sektordokument, das nicht nur die Verteidigungsstrategie, sondern auch die militärische Strategie der SR aus dem Jahr 2001 ersetzt. Die Dokumente stellen eine umfangreichere Auffassung der allgemeinen Konzeptionen des Staates in der Sicherheitspolitik dar und gewähren einen Verkündigungsrahmen, nach welchem sich die konkrete Politik richten soll.

Richtiges Wahrnehmen der Sicherheitsumgebung ist eine der Grundvoraussetzungen für eine effektive Sicherheitspolitik. Unter Berücksichtigung historischer Änderungen in der Sicherheitsumgebung der Slowakei bildet dieser Bereich einen kritisch wichtigen Bestandteil der Sicherheitsanalyse. BS der SR erkennen die qualitative Änderung der Sicherheitsdrohungen an; die erstrangige Änderung ist die Umwandlung der symmetrischen Drohungen in asymmetrische. Als größte Gefahr betrachtet die SR den Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (ZHN) (Art.17 BS SR).

Die Definierung der Sicherheitsinteressen wurde zum Kernproblem der Slowakischen Republik im Vorbereitungsprozess der BS der SR und der Verteidigungsstrategie der SR 2005. Diese richteten sich im Jahrzehnt der selbstständigen Existenz der SR auf die Erwerbung der Mitgliedschaft in der NATO und der EU. Nach dem Beitritt musste neben den Lebensinteressen auch eine adäquate Hierarchie wichtiger Interessen identifiziert werden. Die Sicherheitsinteressen definiert die SR in zwei Artikeln, allerdings ohne Festlegung jeglicher Prioritäten im Vergleich mit der BS der SR 2001. Die offizielle Skala der Wichtigkeit einzelner Interessen kann deswegen nur von deren Reihenfolge abgerechnet werden. Diese Kritik hat jedoch auch ihre umgekehrte Seite, und zwar den Fakt, dass im Vergleich zu vorigen Dokumenten im BS der SR die Interessen nur aufgrund von Werten definiert werden, zu welchen sich die Slowakei bekennt (Art.4 BS SR).

Verankert wurde nicht nur die Unterstützung der transatlantischen Partnerschaft, sondern auch das Interesse an der Erweiterung der NATO und der EU. Die SR ist langfristiger Befürworter der Erweiterung der Zone der Sicherheit, Stabilität und Prosperität durch die Erweiterung beider Organisationen und betrachtet diesen Prozess als das eigene

Sicherheitsinteresse, vor allem was Ost- und Südeuropa betrifft, namentlich die Ukraine und den Westbalkan.

Im Laufe des Jahres 2005 wurde das Wirken der Mitglieder der Streitkräfte der SR in insgesamt 14 Missionen des Krisenmanagements fortgesetzt und es wurde keine neue Operation gebildet. In den ersten Tagen des Jahres 2006 kam es zu einer Flugzeugkatastrophe, bei welcher 42 Mitglieder der Streitkräfte der SR ums Leben kamen, die gerade im Rahmen der Rotation aus Priština, wo sie in der KFOR-Mission wirkten, nach Hause flogen. Das Flugzeug stürzte am 19. Januar 2006 in der Nähe der ungarischen Grenze aus bisher unbekanntem Ursachen ab. Als Zeichen politischer Kultur reichte der Verteidigungsminister Juraj Liška zum 1. Februar 2006 die Demission ein und wurde durch den ehemaligen Sekretär des Verteidigungsministeriums der SR Martin Fedor ersetzt.

Eine der grundlegenden Sicherheitsprioritäten der Regierung der SR im Zeitabschnitt nach dem NATO- und EU-Beitritt war die unständige Mitgliedschaft der SR im UN-Sicherheitsrat. Die UNO wird in strategischen Sicherheitsdokumenten als wichtigste internationale Organisation wahrgenommen, welche eine exklusive Verantwortung für den Weltfrieden und die Sicherheit trägt, unter Berücksichtigung der einzigartigen Stellung des UN-Sicherheitsrates im internationalen System. Die SR fasste die Möglichkeit, an Entscheidungen des UN-Sicherheitsrates teilzunehmen, als einzigartige Gelegenheit auf, zur Schaffung des Weltfriedens beizutragen. Weil ihr Sieg in der Kandidatur schon vor der Mandatseinleitung im Januar 2006 bekannt war, erarbeitete die Regierung der SR einen Strukturplan der Prioritätenbeurteilung im Rahmen der unbeständigen Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat: *Grundrahmen für die Wirkung der SR im UN- Sicherheitsrat in den Jahren 2006-2007* (www.vlada.gov.sk).

Unter ihre Prioritäten ordnete die Slowakei im Rahmen der Wirkung im UN-Sicherheitsrat die Interessensbereiche ihrer Auslands- und Sicherheitspolitik aus der Perspektive der Erweiterung der Stabilitäts- und Sicherheitszone. Der erste Interessensbereich war deswegen der Westbalkan – namentlich die Problematik des Statutes Kosovo, der zweite war Osteuropa – Sicherheitsorientierung der Ukraine und Georgien und Mittelosten, welcher dank dem Sommerkrieg zum Schwerpunktthema wurde. Das Mandat des unständigen UN-Mitgliedes wurde der Slowakei für zwei Jahre erteilt und der größere Teil seiner Wirkung dauerte bis ins Jahr 2007. Trotz dessen wurden die im Grundrahmen

bewilligten Prioritäten eingehalten und die Slowakei setzte im Rahmen des Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat im Februar 2006 die Reform des Sicherheitssektors durch, ausgearbeitet in der ersten Hälfte des Jahres 2006 unter den Bedingungen der slowakischen Sicherheitskommunität (Samson 2006: 15).

Seit 2005 wurden auf Antrag des Verteidigungsministeriums in zweijährigen Intervallen Evaluierungsberichte über die Verteidigung der SR herausgegeben, aufgrund welcher neue Konzeptionen ausgearbeitet wurden. *Komplexe Wertung der Verteidigung der SR für das Jahr 2005* bewertet den Stand der Reform der Streitkräfte der SR, Erfüllung der Verbindlichkeiten der SR gegenüber der NATO und der EU und Wirkung in den Auslandsmissionen und gibt Empfehlungen zur Besserung des bestehenden Zustandes.

Die Empfehlungen der Wertung wurden realisiert und die Regierung der SR ergänzte diese im Antrag des Modells 2015, bewilligt am 14. Dezember 2005. Das Modell 2015 wurde auf dem Boden des Nationalrates der SR besprochen und am 1. März 2006 in Form des *Langfristigen Planes der Entfaltung des Verteidigungsministeriums der SR* mit der Perspektive bis zum Jahr 2015 – das Modell 2015 – bewilligt. Das Modell 2015 kalkuliert gegenüber dem aktualisierten Modell 2010 mit niedrigerem Quellenrahmen auf dem Niveau von 1,85% BIP und berücksichtigt neu die Sicherheitsdokumente. Dem Modell 2015, was die Reformziele SR betrifft, wird das Bestreben nach möglichst umfangreicher Gewährung des Personals für die NATO-Kommandos beigelegt, weiteres wird der Plan der Verteidigung der kritischen Infrastruktur vorgelegt. Wie im Falle von grundlegenden Sicherheitsdokumenten bleibt auch hier seine Realisierung fast völlig in Händen der nächsten Regierung (www.mosr.sk).

6.6 Regierung von Robert Fico

6.6.1 Der Antritt der Regierung von Róbert Fico

Am 13. Februar 2006 unterzeichnete der Präsident der SR das Gesetz über vorgezogene Neuwahlen, womit der Termin der Parlamentswahlen um drei Monate auf den 17. Juni 2006 verschoben wurde. Der Grund dafür war der Austritt von der KDH aus der Regierungskoalition unter dem Vorwand der Causa des Gesetzes über den Gewissensvorbehalt. Die Parlamentswahlen bestätigten die Präferenzen der Partei SMER, die 50 Mandate erwarb und zur stärksten Partei wurde, die die Koalition bildete. Mit der Bildung der Regierung wurde Róbert Fico beauftragt und nach den Wahlen war es unklar, wer seine Partner sein würden.

Nach einer ganzen Reihe von Verhandlungen entstand die Koalition aus den Parteien SMER – HZDS – SNS, welche auf internationaler Ebene kritisiert wurde. HZDS und SNS waren Parteien unter fast derselben Parteiführung mit schlechter internationaler Reputation und deren Aufnahme in die Koalition, vor allem der nationalistischen SNS, bedeutete für SMER einen Schritt nach hinten und sogar den Ausschluss aus der Partei der europäischen Sozialisten (PES), worauf der neue Premierminister beträchtlich gereizt reagierte und PES beschuldigte, dass sie von internationalen Gesellschaften geleitet wird, welche befürchten, dass sie wegen Steuererhöhung um Gewinne kommen.

6.6.2 Die Programmerkklärung der Regierung

Aus der Absenz neuer Konzeptionsdokumente, welche die Änderung der sicherheitspolitischen Orientierung der SR verankern würden, oder Dokumente, welche die Realisierung der Sicherheitspolitik der SR im Zeitabschnitt vom Antritt der Regierung von R. Fico weiterhin unterstützen, muss man sich näher auf das Dokument orientieren, welches die Prioritäten der Regierung der SR im gegenwärtigen Zeitabschnitt bestimmt und seinen Inhalt mit gültigen Konzeptionsdokumenten konfrontieren. Der Inhalt der Programmerkklärung wurde durch sämtliche Vertreter der Regierung der SR bewilligt, weswegen sie eine verbindliche Proklamation aller Koalitionsparteien darstellt.

Für die Analyse ist der Verteidigungs- und Auslandsteil des Dokuments von Bedeutung. Im Rahmen des Teiles – Staatsverteidigung – verpflichtet sich die SR, zur Sicherheit der SR und ihrer Verbündeten beizutragen, und zwar durch aktives Partizipieren beim Kapazitätsaufbau in der NATO und der EU. Die Regierung stellt sich zur Aufgabe den Ausbau des Sicherheitssystems und die Erfüllung der Verbindlichkeiten, festgelegt im Programm der Reformen des Verteidigungsressorts – das Modell 2015. Was die allgemeine Orientierung betrifft, ist die Programmklärung im Einklang mit strategischen Sicherheitsdokumenten und beruft sich allein auf die Kontinuität im Sicherheitsbereich. Im Unterschied zu der Sicherheitsstrategie der SR tritt die Programmklärung kritisch gegen das System ad-hoc- Koalitionen zur Durchsetzung der Sicherheitsinteressen auf.

Im Teil – Auslandspolitik – bearbeitet das Dokument weiters die Orientierung der Regierung der SR für die gesamte Wahlperiode und verpflichtet sich, auf alles Positive anzuknüpfen, das bis zum Jahr 2006 erreicht wurde. In der Komparation mit der vorigen Orientierung der SR kann ein erwarteter Sprung nach vorne unter Betonung der bilateralen Beziehungen zu den USA beobachtet werden, wobei diese nicht mehr als das strategische Bündnis definiert sind und nur im Rahmen der Kräftigung der transatlantischen Bindung erwähnt sind. In das Dokument tritt auch ein anderes Land ein, mit welchem die früheren Beziehungen der Slowakischen Republik unstreitig spezifisch sind. Es handelt sich um Russland und um die Verbindlichkeit der Regierung der SR, „die Beziehungen mit Russischer Föderation zu aktivieren, sind ein wichtiger Faktor der Sicherheit und Prosperität der EU“. Falls im Rahmen der Prosperität auch die energetische Dimension gegenseitiger Beziehungen einbezogen ist, muss die Rolle Russlands im europäischen Geschehen, welche aus der Perspektive der neuen Regierung nicht unbeträchtlich ist, angenommen werden. Die Regierung der SR nimmt in ihrer Programmklärung Russland auch weiterhin als einen wichtigen Akteur in der europäischen Region wahr und betrachtet deswegen die Aktivierung und Entfaltung solcher Beziehungen für ein Mittel der Zusammenarbeit. Nach der Äußerung von A. Duleba geben gerade solche Interpretationen der Stellung Russlands in der Sicherheitsstruktur Europas der Russischen Föderation Macht und Einfluss auf die eigentliche Entwicklung des Geschehens (www.eu-russiacentre.org).

6.6.3 Die aktuelle Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR

Die vorgezogenen Nationalratswahlen der SR fanden am 10. März 2012 statt. Von der Zahl der berechtigten Wähler von 4,392.451 nahmen schließlich an der Wahl 2,596.433 Wähler teil, was die Wahlteilnahme von 59,11% darstellte, allerdings waren davon nur 58,14% gültige Stimmen.

Die höchste Zahl der Stimmen gewann die Partei SMER-SD, wobei sie gegenüber der vorigen Wahlperiode um 21 Mandate mehr hatte und somit 87 Mandate erhielt, was dazu führte, dass die Partei SMER ohne Koalitionsrat regieren wird. Seit 1989 hatte die Slowakei keine Erfahrungen mit der Regierung einer Partei. Nach den im vorigen Kapitel angeführten Fakten können Teilschlüsse über die Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR gefasst werden. Im Gegensatz zu den vorigen Perioden verlor die Entwicklung einen ihrer Aspekte, und zwar die Konsistenz. Es blieb jedoch die Stabilität, welche in der Erfüllung der Verbindlichkeiten gegenüber der NATO und der EU, sowie auch in dem Partizipieren an ausländischen Operationen sichtbar ist. Der Abgang von der transatlantischen Bindung ist nicht so eindeutig, wie erwartet werden konnte, und zwar vor allem dank Stagnation in der EBOP-Entwicklung. Trotz dessen ist der allmähliche Übergang der Regierung der SR von einer euroatlantischen Position zu einer euroautonomistischen Position und größerer Unterstützung europäischer Projekte sichtbar, wie z.B. das Bestreben nach umfangreicherer Plattformnutzung der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA).

In der Gegenwart ist allerdings die euroautonomistische Orientierung der Regierung eher eine negative Abgrenzung im Sinne der gering proaktiven europäischen Politik, wie umgekehrt der sich verschlechternden transatlantischen Beziehungen. Die Rolle der Beziehung zu Russland hat sich bis heute nicht auf das Ganze geklärt, sein anwachsender Einfluss auf die Sicherheitspolitik der SR ist jedoch ersichtlich.

Zur Entwicklung der Sicherheitspolitik der SR äußert sich im bedeutenden Maße auch der dritte Sektor, welcher in der Kritik der Regierungspolitik während der Periode voriger Regierungen markante Freiheit gewann. Die Zusammenarbeit und Kommunikation mit niedrigeren Ebenen der Führung des Staates wurde verschlechtert und man kann auch über

eine Ungewissheit in “offizieller Regierungspolitik“ sprechen. Die Hauptäußerung der Sicherheitspolitik der Regierung von Róbert Fico ist die Inkonsistenz und das Öffnen des Raumes für die Änderung der sicherheitspolitischen Orientierung in Richtung transatlantischer Bindung.

7. Schlussfolgerungen

Wie in der Einleitung erwähnt, sollte diese Arbeit nicht eine umfassende Einführung oder Analyse über die Außenpolitik der Slowakei werden und ist auch keine solche. Trotzdem haben wir im Bereich „polity, politics und policy“ versucht, einen Grundstein zu legen, wie die slowakische Außenpolitik gestaltet wird, wie es weitergeht und in welcher Umgebung sie sich selbst befindet. Auf dieser Grundlage werden wir versuchen, die Forschungsfragen, die wir uns in der Einleitung gestellt haben, zu beantworten.

In der Arbeit wird ein grundlegendes theoretisches Konzept genutzt, zu dem es notwendig ist, einige Implikationen, die sich aus ihrer Nutzung ergeben, zu nennen. Das Verwenden eines eher klassischen oder fast einfachen dreidimensionalen Verständnisses von Politik ermöglichte es uns, eine spezifische Sicht auf die Außenpolitik der Slowakei zu zeigen. Als eine grundlegende Implikation auf dieses Konzept richtend sind nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Vorzüge und vielleicht auch die Notwendigkeit der Verwendung der dreidimensionalen Trennung der Politik bei der Prüfung einzelner nationaler Politiken.

Alle drei von uns diskutierten Bereiche der Außenpolitik können wahrscheinlich einzeln unsere Fragen, die wir uns zu Beginn dieser Arbeit gestellt haben, nicht eindeutig beantworten. Zusammen, beziehungsweise in ihrer eigenen Kontinuität, können sie ein solches Bild erstellen und solche Information liefern, dass es zumindest teilweise möglich ist, Antworten zu finden.

Der erste wichtige Widerspruch, der beim Erforschen der slowakischen Außenpolitik notwendig zu beachten ist, ist die Zurückhaltung und die Unfähigkeit der politischen Parteien, die Bürger für die Außenpolitik zu interessieren, wodurch sie Geschlossenheit und einen Eindruck ihrer eigenen Unwichtigkeit schafft. Aus diesem Grund verschiebt sich anschließend die tatsächliche Position der Außenpolitik irgendwo an die Peripherie, und die Außenpolitik als solche löst sich somit in andere Politikbereiche, und die eigentliche Bedeutung erwerben nur einige Bereiche der Außenpolitik.

Das zweite große Problem, welches für eine weitere Reduzierung der Bedeutung der Außenpolitik verantwortlich ist, ist der extreme Einfluss von nationalen Fragen und die damit verbundene Politisierung der Außenpolitik. In allen drei von uns vorgestellten Teilen der Außenpolitik kann man sehr einfach die Auswirkungen der rein politischen Entscheidungen identifizieren, die de facto keine wirkliche Legitimation haben und dann die tatsächliche Ausübung der Außenpolitik unmöglich machen oder zumindest stören. Am offensichtlichsten ist es bei den Slowakisch-Ungarischen Beziehungen, in denen nationale Themen (auf beiden Seiten der Donau, aber uns interessiert in erster Linie die slowakische Seite) die grundsätzlich konstruktive und im Grunde nicht problematische Umsetzung der Außenpolitik verhindern. Im Bereich der öffentlichen Diplomatie ist die Abneigung einiger Regierungsvertreter, die Position der Zivilgesellschaft als eine der Hauptakteure in der Außenpolitik zu akzeptieren, deutlich sichtbar.

Eine der Fragen, die wir uns zu Beginn gestellt haben und die uns auf den ersten Blick nicht in erster Linie beschäftigte, ist die Frage der möglichen Quantifizierung der Ergebnisse der Außenpolitik. Die bloße Möglichkeit der Quantifizierung eröffnet uns den Weg für eine mögliche objektive Beurteilung, sowie das Aufzeigen von Außenpolitik als einen Bereich, der alleine in der Lage ist, realistische Zahlen selbst zu produzieren und Ergebnisse zu bringen, was auf eine unabhängige und souveräne Politik hinweisen würde. Unsere Ergebnisse haben jedoch gezeigt, dass man keine Erfolge im wirtschaftlichen Bereich mit der Existenz von diplomatischen Missionen explizit verknüpfen kann und es gibt im Grunde keine wirklichen Beweise. Sie zeigte uns auch, dass es sehr schwierig ist, über reale oder greifbare Ergebnisse in der Außenpolitik zu sprechen.

Alles, was bisher gesagt wurde, nicht nur im Schlussteil, sondern auch in der Arbeit selbst, unterstützt den Anspruch, dass die Außenpolitik der Slowakei auf der einen Seite eine relativ unabhängige und souveräne Politik ist, welche jedoch wegen des konstanten Drucks von ideologischen, persönlichen oder politischen Einflüssen ihre Position reduziert. Außenpolitik ist eine der wenigen, wenn nicht die einzige Politik, die bei besserer Abgrenzung der Kompetenz, sowie auch bei notwendiger politischer Akzeptanz und notwendiger Existenz von politischem und gesellschaftlichem Konsens die Fähigkeit besitzt zu existieren und unabhängig und völlig souverän ohne nationale Politik oder sogar

unabhängig von anderen Politikbereichen zu handeln. Diese Behauptung erlauben wir uns zu äußern, da gezeigt wurde, dass die Außenpolitik ihre eigenen Ergebnisse produzieren kann (Slowakisch-Ungarischer Vertrag, Geschichtslehrbücher, etc.), die aber letztlich von innenpolitischen Fragen beschmutzt werden, aber auch die Existenz von zehn bis hundert Jahre funktionierenden formalen oder nicht formalen Regeln zeigt, und dass die Außenpolitik in der Lage ist, relativ unabhängig zu funktionieren, solange es ihr erlaubt wird.

In der erforschten Periode muss man die Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik mit vielen Ansätzen und Handlungen, welche Verwirrung in den Ambitionen der Slowakischen Integration aus Sicht der ausländischen Partner geschaffen haben, als nichttransparent einstufen. Inkonsistenz der Politik der Regierung mit den deklarierten Integrationsambitionen, negative Einstellung seiner Mitglieder gegenüber der NATO, großzügige Beziehungen mit der Russischen Föderation und umgekehrt die musterhafte Beteiligung der Streitkräfte der Slowakischen Republik an den Vorbereitungsprogrammen haben Unsicherheit in die strategischen Beziehungen mit den westlichen Partnern hervorgerufen. Diese Unsicherheit wurde dadurch verstärkt wahrgenommen, weil die Sicherheitspolitik die als die Summe der realen Schritten zur Sicherzustellung der Staatssicherheit schwankende Orientierung innehatte, nicht nur in Bezug auf die Zeitachse, in der die Vertreter der Macht wechselten, sondern auch in Bezug auf die Auswahl der nächsten Verankerung der Slowakei.

Im Zeitraum von 1995–1998 weist die Slowakischen Republik innerhalb der heimischen Szene Merkmale eines nichtdemokratischen Landes auf, ohne Absicht, diese Situation ändern zu wollen, was die Möglichkeit der Erlangung von Sicherheitsgarantien von den westlichen Staaten blockierte, welche nicht nur militärische Bereitschaft, sondern auch politische Kriterien erforderten. Die sicherheitspolitische Ausrichtung der Slowakischen Republik divergierte allmählich von westlichen Integrationsambitionen, die weiterhin die Grundlage der konzeptionellen Sicherheitsdokumente und offiziellen Erklärungen bildeten.

Bei dem Gedanken vom eigenen Weg, vom Konzept der Slowakei als Brücke zwischen Ost und West, oder das Vorbringen der Möglichkeit der Neutralität, sowie auch von der Entwicklung der Situation der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik in diesem Zeitraum, ist es in erster Linie wichtig, die Interessen der Regierenden in der

innenpolitischen Szene zu verstehen. In Abwesenheit von politischen Kriterien in den Anforderungen der NATO und der EU hatte es keinen Grund, zur Divergenz in ihren Strukturen zu kommen. Der Beweis, dass die Slowakische Sicherheitspolitik in diesem Zeitraum in Händen der Innenpolitik und der Machtambitionen der Regierung gelegen war, ist die Schwankung und Anpassung der Sicherheitspolitik an die Außenpolitik und die Entwicklungen der innenpolitischen Szene.

Deklarierte Prioritäten bekamen nicht ausreichend Reflexion in der Realpolitik und die Slowakische Republik drängte sich zu Beginn des Jahres 1998 in die Isolation. Für eine Zusammenfassung der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik in den Jahren 1993–1998 ist daher die Tatsache wichtig, dass die Entwicklung nicht durch äußere, sondern innere Faktoren bedingt gewesen war.

Seit 1998 hat die Entwicklung der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik erhebliche Veränderungen erfahren. Mit den Bewertungskriterien ist es möglich, nach der durchgeführten Analyse die Hypothesen der Arbeit zu bestätigen. Bei der Entwicklung der Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik wurde nach 1998 viel Wert auf die transatlantischen Beziehungen gelegt und im Hinblick auf die komplexe Entwicklung des Sicherheitsbereiches stellt sie einen stärkeren konsequenten Prozess dar, als er vor 1998 erreicht wurde.

Der Zeitraum der ersten Dzurinda Regierung stellte die Zeit der Rekonvaleszenz der Slowakischen Republik von einer international nachteiligen Position und eine schnelle Identifizierung von sicherheitspolitischen Präferenzen der Slowakischen Republik hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen und die Integration der Slowakei in die NATO dar. Die Slowakei als kein Mitgliedstaat der westlichen Integrationsgruppen versucht, ihre Umgebung nachzuholen und als stabiler und verlässlicher Partner für die Vereinigten Staaten und für andere Mitgliedstaaten dieser Organisationen zu handeln. Die Wichtigkeit, die der transatlantischen Bindung gewidmet wurde, ist viel größer als in der vorheriger Periode und stellt eine gewisse Notwendigkeit dar, weil für ein westliches Anstreben der SR zu diesem Zeitpunkt keine andere Sicherheitsalternative vorhanden war.

Der Zeitraum der zweiten Dzurinda Regierung ist eine Zeit von erhöhten Anstrengungen zur Integration der Slowakei und auch die einflussreichste Periode für die Entwicklung der Sicherheitspolitik. Dieser Zeitraum stellt die stärkste Entwicklung bei der Reform des Verteidigungssektors, der Entwicklung der Fähigkeiten der SR sowie der konzeptionellen

Verankerung der langfristigen Ausrichtung der Sicherheitspolitik dar. Nach dem NATO-Beitritt hat sich die Slowakei als aktives Mitglied etabliert und ihren Beitrag zur Entwicklung von Sicherheitsfragen geleistet. Die Allianz mit den USA war die Motivation für einen bedeutenden Teil der Aktivitäten außerhalb der NATO-Plattform. In beiden Regierungszeiträumen von Dzurinda ist es möglich, die Konsistenz der Regierungspolitik zu identifizieren, die keinen Raum für ambivalente Deutungen gibt. Das Auftreten von hochrangigen sicherheitspolitischen Vertretern der SR und die Erfüllung der festgesetzten Schwerpunkte waren kohärent und entsprachen der deklarierten Ebene der Sicherheitspolitik. Die Entwicklung in diesem Zeitraum kann daher als fortlaufender Prozess des Aufbaus von transatlantischen Beziehungen und als komplementäre Unterstützung für die europäischen Sicherheitsziele gesehen werden.

Im Regierungszeitraum 2006–2010 und unter der aktuellen Regierung von Robert Fico stellt der Bezug auf die Kontinuität oder Änderung der Sicherheitspolitik ein Auslegungsproblem dar. Wie bereits angeführt, erfüllt die Slowakei ihre Verpflichtungen gegenüber der NATO und der EU. Bei Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber den Alliierten, folgend aus internationalen Verpflichtungen, kam es zu einem Grad an politischen Ressentiments, dennoch wurden am Ende die NATO-Anforderungen erfüllt. Die Umsetzung der Reformen des Verteidigungssektors läuft weiter nach den Vorgaben der vorherigen Regierung und die aktuelle Regierung unterstützt die Erreichung der Ziele in diesem Bereich in vollem Umfang. Auf der anderen Seite ist die Inkonsistenz der Sicherheitspolitik gegenwärtig, welche durch das verschiedene Auftreten von hochrangigen Vertretern in diesem Bereich sichtbar wird, und somit Raum für ambivalente Interpretationen schafft. Der Wandel ist im determinierten Kriterium und im Schwerpunkt auf die transatlantischen Beziehungen dieser Arbeit sichtbar. Man kann ohne Vorbehalt sagen, dass es auf Basis der bestehenden Aktivitäten der Regierung von Robert Fico zur Umorientierung der strategischen Allianz mit den USA gekommen ist, und diese nach und nach durch andere Akteure ersetzt wird. Das deklarierte Interesse der Regierung ist die Sicherheitsdimension der EU, aber in der Zeit der kurzen Entwicklung kann man auch eine Orientierung an andere relevanten Sicherheitsakteure beobachten. Im Vergleich zur vorigen Regierung ist die gegenwärtige Regierung im Stadium eines schwachen transatlantischen Nachdrucks und auf der Suche nach alternativer Orientierung für die Entwicklung der Sicherheitspolitik. Die Regierung ist der Auffassung, dass die NATO-Plattform immer noch ein wichtiger Garant für die Sicherheit in Europa ist. Im Gegensatz

zu den Postulaten der strategischen Sicherheitsdokumente sieht sie diese in der Zukunft nicht als die zentrale Organisation, die für die Stabilität und Sicherheit im europäischen Raum verantwortlich ist. Politische Ansätze und die Inkonsistenz der Manifeste der aktuellen Ausrichtung der SR zeigen Gründe für Diskrepanzen in der Deklaration und Umsetzung der Sicherheitspolitik.

Die Slowakische Sicherheitspolitik hat am Ende des Untersuchungszeitraums die Möglichkeit, sich zu einer der oben genannten Orientierung zu entwickeln. Es ist die Frage, welche Rolle die Sicherheitspolitik in den kommenden Jahren in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen im Vergleich zu den europäischen und anderen Plattformen spielen wird.

8. Literaturverzeichnis

- Bátora, J.(2004): Identität und staatliches Interesse in der Außenpolitik. Internationale Fragen, Vol. 13,No. 2, s. 39–54
- Beblavý, M., Salner, A. (1999): *Wahrnehmung der Slowakei in den westlichen Ländern*, Bratislava, Zentrum für Sozial-und Medienanalyse.
- Belko, M., Kopeček, L. (2003): *Referendum und die Verwendung der Ergebnisse*, In: Kopeček, L. (Hrsg): *Von Meciar zu Dzurinda, Slowakisch Politik und das politische System in den ersten zehn Jahren der Unabhängigkeit*, Brno, MPÚ.
- Berg-Schlosser, D. - Stammen, T. (2000): *Einführung in die Politikwissenschaft*.
- Bilčík, V. – Bruncko, M. – Samson, I.(2000): *Integration der Slowakischen Republik in die EU, NATO und OECD*, In: Kollár, M. - Mesežnikov, G. (Hrsg.): *Slowakei 2000 - Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, IVO.
- Brzica, D. (2002): *Slowakei im internationalen System der Entwicklungshilfe*. In: Rusnák, Urban – Szép, Attila – Brzica, Daneš (2002): *Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit*, Bratislava: SIMŠ, S. 107–120.
- Bunčák, J. (1994): *Nationale Interessen der Slowakei*, In: Internationale Fragen.
- Bútorá, M. (Hrsg.) (1995.): *Slowakei 1995. Bericht über den Zustand der Gesellschaft und Trends für das Jahr 1996*, Bratislava,
- Bútorá, M., Hunčík, P. (Hrsg.) (1996): *Slowakei 1995, Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, Nadation des Sándor Márai.
- Bútorá, M., Mesežnikov, G. (Hrsg) (1997): *Das slowakische Referendum '97: Geburt, Lauf, Folgen*, Bratislava.

Bútorová, Z. (1997): *Öffentliche Meinung*, In: Bútorá, M., Ivantyšyn, M. (Hrsg.): *Slowakei 1997, Bericht über den Zustand der Gesellschaft und Trends für das Jahr 1998*, Bratislava, IVO.

Chmel, R. (1995): *Vom Staatsvertrag zur historischen Versöhnung*, In: Internationale Fragen.

Concord AidWatch (2011): Report 2011, Genuine Aid Levels. <http://aidwatch.concordeurope.org/genuine-aid-levels> [Zugriff: 11.01.2014]

Dienstbier, J. (1999): *Vom Traum zur Wirklichkeit*, Prag.

Duleba, A. (1996): *Blinder Pragmatismus der Slowakischen Ostpolitik*, Bratislava.

Duleba, A. (2006): Impending Russification of Europe, EU-Russia Centre: http://www.eu-russiacentre.org/assets/files/Duleba-Tyzden-04Dec2006_eng1.pdf [Zugriff: 10.12.2013]

Dokumente zur Außenpolitik der SR, 1994/2, Bratislava, MfAA, S. 67-69

Fedor, M. (2003): *Änderung in der globalen Sicherheitsumfeldes: Implikationen für die Position der Slowakei in der Sicherheitsarchitektur Europas*, In: Jahresausgabe der Außenpolitik der slowakischen Republik 2003, Bratislava.

Franko, T. (2009): *Analyse der Gesundheitsreform*, Brno, FSS MU.

Geschichte der Partei SDL:

(http://www.mesto.sk/prispevky_velke/nitra/historiastranydemo1051258080.phtml) [Zugriff: 10.5.2013]

Gesetz Nr. 575/2001 der

Gesetzessammlung: https://www.vedatechnika.sk/SK/VedaATechnikaVSR/Legislatva/Z%C3%A1kon%20C4%8D.%20575_2001%20Z.z.%20o%20organiz%C3%A1ci%C3%AD%20C4%8Dinnosti%20v%C3%A1dy%20a%20organiz%C3%A1cii%20C3%BAstrednej%20C5%A1t%C3%A1tnej%20spr%C3%A1vy.pdf [Zugriff: 20.12.2013]

Hunter, R.E. (2002): The ESDP: NATO's Companion - or competitor?, RAND, S. 45-51: http://rand.org/pubs/monograph_reports/MR1463/MR1463.ch7.pdf [Zugriff: 15.12.2013]

HZDS Parteiprogramm für die Parlamentswahlen

2006: https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=1&cad=rja&ved=0CCoQFjAA&url=http%3A%2F%2Fwww.volby.osobnosti.sk%2Fdokumenty%2FLS-HZDS%2FVolebny_program.doc&ei=7ZwPU6W9JaP_ywP7y4CYDA&usg=AFQjCNE1i89UeOAgax8BYNsWpqehNkEwDA&sig2=e1ZrwxMCT3OiXoMMbnRVQ&bvm=bv.61965928,d.bGQ [Zugriff: 29.12.2013]

Káčer, R.(2000): *Slowakei und internationalen Organisationen*, In: Jahresausgabe der Außenpolitik der Slowakischen Republik aus dem Jahr 1999, Bratislava, SIMŠ.

KDH Parteiprogramm für die Parlamentswahlen

2006: <http://volby2006.kdh.sk/program.php>

Slowakei, für den Vertrag mit Vatikan kritisiert: (<http://www.euractiv.sk/rovnost-sanci/clanok/slovensko-kritizovane-za-zmluvu-s-vatikanom>) [Zugriff: 13.12.2013]

Kmec, V., Korba, M. (2001): *Konzept der Sicherheitsdokumente der Slowakei*, In: *Der Weg der Slowakei in die NATO*, Bratislava.

Kmec, V., Korba, M., Ondrejcsák, R. (2004): *NATO-Transformierung, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Slowakischen Republik*, Bratislava, CSS.

Kollár, M. - Mesežnikov, G. (Hrsg.) (2003): *Slowakei 2003, Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, IVO.

Kollár, M. - Mesežnikov G. (2006): *Wahlen 2006. Analyse der Wahlprogramme der politischen Parteien und Bewegungen*, Bratislava.

- Kopeček, L. (2003): *Von Meciar zu Dzurinda, Slowakische Politik und das politische System in den ersten zehn Jahren der Unabhängigkeit*, Brno.
- Korba, M. (2002): *Integration der SR in die NATO*, In: Kollár, M. – Mesežnikov, G.(Hrsg.): *Slowakei 2002. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, IVO.
- Korba, M. – Nečej, E. – Tarasovič, V.: (2006) *Slowakische Sicherheitsgemeinschaft und der Sicherheitssektor*, Bratislava, CSS.
- Kulašík, P. (1993): *Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Slowakei*, In: Internationale Fragen.
- Lebovič, P. (1999): *Politische Aspekte des neuen Wahlrechts*, In: Bútorá, M., Mesežnikov, G., Bútorová, Z. (Hrsg.): *Wer? Warum? Wie? slowakischen Wahlen '98*, Bratislava, IVO, S. 39-46.
- Leško, M. (1998): *Geschichte zur Selbstdisqualifikation eines Favoriten*, In: Bútorá, M., Šebej, F. (Hrsg.): *Slowakei in der Grauzone*, Bratislava.
- Lombardini, V.(1999): *Die Reaktionen aus dem Ausland, um die Fortschritte und Ergebnisse der slowakischen Parlamentswahlen*, In: Bútorá, M. – Mesežnikov, G. – Bútorová, Z. (Hrsg.): *Slowakische Wahlen '98.*, Bratislava, IVO.
- Mesežnikov, G. (1995): *Politische Entwicklung und die politische Szene in der Slowakei im Jahr 1995*, In: Bútorá, M., Hunčík, P. (Hrsg.): *Slowakei 1995, Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, Nadation des Sándor Márai.
- Mesežnikov, G. (1997): *Innenpolitische Entwicklung und die politische Szene*, In: Bútorá, M.: *Slowakei 1996, Súhrnná správa o stave spoločnosti a trendoch na rok 1997*, Bratislava, IVO.
- Mesežnikov, G. (1998): *Wahlen 1998. Analyse der Wahlprogramme der politischen Parteien und Bewegunge,n* Bratislava.

Mesežnikov, G. (1999): *Domestic politics*, In: Mesežnikov, G., Ivantyšyn, M., Nicholson, T. (Hrsg.): *Slovakia 1998-1999 A Global report on the state of the society*, Bratislava, IVO.

Mesežnikov, G.(2002): *Wahlen 2002. Analyse der Wahlprogramme der politischen Parteien und Bewegungen*, Bratislava.

Mesežnikov, G. – Ivantyšyn, M. (Hrsg.) (2000): *Slovensko 1998 - 1999. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava.

Mesežnikov, G. – Kollár, M. (Hrsg.) (2001): *Slowakei 2000. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*.

Mesežnikov, G. – Kollár, M. (Hrsg.) (2003): *Slowakei 2002. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava.

Mesežnikov, G. – Kollár, M. (Hrsg.) (2005): *Slowakei 2004. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava.

Mesežnikov, G. – Kollár, M. – Bútorá, M. (Hrsg.) (2007): *Slowakei 2006. Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava.

Messari, N. (2001): Identity and Foreign Policy: The Case of Islam in U.S. Foreign Policy. In: Kubálkova, Vendulka (Hrsg.): *Foreign Policy in a Constructed World*. New York, London: M. E. Sharpe, S. 227–246.

MfAA, (2004): Submission

Bericht: <https://lt.justice.gov.sk/Document/DocumentDetails.aspx?instEID=46&matEID=3812&docEID=167833&docFormEID=13&docTypeEID=4&langEID=1&tStamp=20110502082336903>

MfAA (2004): Mittelfristige Strategie der Außenpolitik der SR bis zum Jahr 2015, Bratislava: [http://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_D9D5A743A2CE0A4FC12578950037A688_SK/\\$File/strategia%20ZP%20SR.pdf](http://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_D9D5A743A2CE0A4FC12578950037A688_SK/$File/strategia%20ZP%20SR.pdf) [Zugriff: 11.01.2014]

MfAA (2009): Mittelfristige Strategie der offiziellen Entwicklungshilfe der SR für die Jahre 2009-2013, MfAA: <http://www.slovakaid.sk/?p=55> [Zugriff: 12.01.2014]

MfAA (2013) - Beschreibung der Aktivitäten: https://www.mzv.sk/sk/ministerstvo/ministerstvo-charakteristika_cinnosti [Zugriff: 10.12.2013]

MfAA (2013): Werte und Interessen der Außenpolitik: http://www.mzv.sk/sk/zahranicna_politika/ludske_prava-odbor_ludskych_prav_a_rady_europy [Zugriff: 10.12.2013]

Mittelfristige Strategie und Außenpolitik der Slowakischen Republik bis zum Jahr 2015: [https://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_D9D5A743A2CE0A4FC12578950037A688_SK/\\$File/strategia%20ZP%20SR.pdf](https://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_D9D5A743A2CE0A4FC12578950037A688_SK/$File/strategia%20ZP%20SR.pdf) [Zugriff: 10.12.2013]

Nationalrat der SR: Zeitplan zur Durchführung von Reformen, Bratislava, NR SR, Anhang des Beschlusses Nr.166/2003: <http://goo.gl/zXBWs4> [Zugriff: 17.11.2013]

NATO: MAP: http://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_37356.htm [Zugriff: 17.11.2013]

o. V. (1998): Die Amnestien des Premierministers sind das Geständnis an der Begehung von Straftaten und Beweis für ein unreines Gewissen (05.03.1998): <http://www.sme.sk/clanok.asp?cl=2146260>. [Zugriff: 12.11.2013]

o.V. (1998): Die EU zwingt mich zu diktieren, sagt Meciar (19.03.1998): <http://www.sme.sk/clanok.asp?cl=2147776> [Zugriff: 10.11.2013]

Pressemitteilung NATO (1999): NAC-S(99)69, 25.4.1999 – allgemeine Ziele: <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99s069e.htm> [Zugriff: 17.11.2013]

Regierungsamt der SR (1998): Bekanntgabe des Regierungsprogramms der Regierung der SR, Bratislava, (30.10.1998): http://www.vlada.gov.sk/data/files/981_programove-vyhlasenie-vlady-slovenskej-republiky-od-30-10-1998-do-15-10-2002.pdf [Zugriff: 10.11.2013]

Regierungsamt der SR (1999): Stellungnahme und Argumentation der SR zur Situation in Kosovo

(24.03.1999): http://www.vlada.gov.sk/INFOSERVIS/DOKUMENTY/KOSOVO/sk_kosovo_sr.shtml, [Zugriff: 17.11.2013]

Regierungsamt der SR (2002): Bekanntgabe der Programmverkündung der SR aus August 2002, Bratislava: <http://goo.gl/ig851d> [Zugriff: 10.11.2013]

Regierungsamt der SR (14.12.2005): Das Grundgerüst für den Betrieb des SR in den UN-Sicherheitsrat in den Jahren 2006 – 2007, Regierungsamt der SR, <http://goo.gl/bt80EF> [Zugriff: 10.11.2013]

Regierungsamt der SR (2006): Bekanntgabe der Programmverkündung der SR aus August 2006, Bratislava: <http://www.nrsr.sk/web/dynamic/Download.aspx?DocID=228750> [Zugriff: 05.12.2013]

Samson, I. (1996): *Integration der Slowakei in das Sicherheitssystem des Westens*, Bratislava, SFPA.

Samson, I.(2000): *Security policy of the Slovek republic: Meeting NATO criteria before Madrid and after*, In: *Slovak foreign policy affairs*, Vol.I, No.I.

Samson, I. (2004): *Verteidigung*, In: Kollár, M. - Mesežnikov, G. (Hrsg.): *Slowakei 2004 - Bericht über den Zustand der Gesellschaft*, Bratislava, IVO.

Samson, I. (2007): *Die Leistungen der Slowakei in den UN-Sicherheitsrat, Ansprache bei der Konferenz für Außenpolitik 2006*, Bratislava, SFPA.

SDKU Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2002: <http://www.sdku-ds.sk/content/volebny-manifest-sdku-2002> [Zugriff: 08.01.2014]

Šebej, F.(2000): *Vorstellung der Überprüfungskonferenz des SIMŠ (Magazin des slowakischen Instituts für Internationale Studien)*, In: Jahresausgabe der Außenpolitik der slowakischen Republik 1999, Bratislava, SIMŠ.

Šebesta, Š. (Hrsg.)(2000): *Die Euro-Atlantische Partnerschaft (NATO-Dokumente aus den Jahren 1990-1999)*, Bratislava, Verteidigungsministerium der SR und das MfAA, S. 130-150.

Škvrnda, F., Weiss, P. (2004): *Außen-und Sicherheitspolitik der SR in Dokumenten, I. Teil Praktikum*, Bratislava, EKONÓM, S. 47-53.

SNS Parteiprogramm für die Parlamentswahlen

1998: <http://www.sns.sk/engine/assets/uploads/2010/03/Program-SNS-1998.pdf> [Zugriff: 05.01.2014]

SMER Parteiprogramm für die Parlamentswahlen

2002: <http://www.sme.sk/c/602127/volebny-program-smeru.html> [Zugriff: 05.01.2014]

SMER Parteiprogramm für die Parlamentswahlen 2006: http://www.strana-smer.sk/files/dokumenty/volebny_program_2006.pdf [Zugriff: 05.01.2014]

SMK Parteiprogramm für die Parlamentswahlen

2002: <http://www.scribd.com/doc/51977230/Volebny-program-strany-SMK-z-roku-2002> [Zugriff: 09.01.2014]

Šťastný, M., Gábelová, B. (Hrsg.) (2004): *Transatlantische Beziehungen aus der Sicht der slowakischen Politiker*, Bratislava, IVO.

Statistisches Amt der SR (1998): Ergebnisse und Statistiken der Wahlen 1998

(29.09.1998): <http://volby.statistics.sk/nrsr/nrsr1998/> [Zugriff: 15.01.2014]

Statistisches Amt der SR: Wahlergebnisse 2002: <http://app.statistics.sk/vs2002/en/>

[Zugriff: 15.01.2014]

Szép, Attila (2004): *Offizielle europäische Entwicklungshilfe und die Slowakei*, *Internationale Fragen*, Vol. 13, No. 4, S. 3–22

Szomolányi, S. (1999): *Transition Weg der Slowakei und Wahlen 1998*, In: Bútorá, M., Mesežnikov, G., Bútorová, Z. (Hrsg.): *Wer? Warum? Wie? slowakische Wahlen'98*, Bratislava.

Tarasovič, V., Nečej, E., Korba, M.: *Slovak Civil Society in Defence and Security Affairs*, In: Caparini, M., Fluri, P., Molnár, F. (Hrsg.): *Civil Society and the Security Sector*, Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces (DCAF), Berlin, 2006.

US Embassy (1994): Ansprache von Madeleine Albright zum 50. Jahrestag des Slowakischen Nationalaufstandes, <http://www.usembassy.sk/20years/index.php?page=5>. [Zugriff: 15.11.2013]

Verfassung der SR (1992): http://www.nrsr.sk/web/Static/sk-SK/NRSR/Doc/zd_ustava_2012.pdf [Zugriff: 15.02.2014]

Verfassungsrechts Nr.

397/2004: [http://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_6C361A38D03DD9C8C12578700046FB73_SK/\\$File/397_2004_UZ.pdf](http://www.mzv.sk/App/wcm/media.nsf/vw_ByID/ID_6C361A38D03DD9C8C12578700046FB73_SK/$File/397_2004_UZ.pdf) [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium: Ziele und wichtige Aufgaben des Verteidigungsministeriums der SR, Bratislava, MO SR: <http://goo.gl/TI8l4o> [Zugriff: 10.5.2013]

Verteidigungsministeriums (1995) - Armee der Slowakischen Republik im Jahr 1994, Jahresausgabe, Bratislava.

Verteidigungsministeriums der SR: www.mod.gov.sk/data/files/548.pdf [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium (1997): Armee der slowakischen Republik 1996, Jahresausgabe, VITA Verteidigungsministerium der SR: www.mod.gov.sk/data/files/520.pdf [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (2001): Militärstrategie der SR: www.mepoforum.sk/download/15/vs.doc [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (2001): Verteidigungsstrategie der SR 27.03.2001: <http://www.mepoforum.sk/download/19/bs.doc> [Zugriff: 08.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR(2003): Jährliche Ausgabe Sicherheitsministeriums der SR 2003, Bratislava, Verteidigungsministerium der SR, S. 176-187.: <http://www.mod.gov.sk/data/files/520.pdf> [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (2005): Sicherheitsstrategie der SR 2005: <http://www.mosr.sk/data/files/833.pdf> [Zugriff: 11.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (2005): Verteidigungsstrategie der SR 2005 <http://www.mosr.sk/data/files/832.pdf>[Zugriff: 16.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (01.03.2006): Model 2015, Bratislava, Verteidigungsministerium der SR: http://www.mosr.sk/data/disk/docs/model_2015.ppt [Zugriff: 12.02.2014]

Verteidigungsministerium der SR (2006): Umfassende Einschätzung der Verteidigung der SR für das Jahr 2005, Bratislava: <http://www.mosr.sk/komplexne-hodnotenie-obrany> [Zugriff: 10.02.2014]

Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Slowakischen Republik und der Ungarischen Republik (1995): <http://www.zbierka.sk/sk/predpisy/115-1997-z-z.p-3936.pdf> [Zugriff: 11.12.2013]

Weiss, P. (1999): *Slowakische Außenpolitik und die Euro-Atlantische Allianz*, In: Kuča, J. – Nečej, E. – Tarasovič, V. (Hrsg.): *Euro-Atlantische Allianz in Bezug auf die Schaffung einer europäischen Sicherheitsstruktur*, Bratislava, SFPA.

Weiss, P. (2008): *Entwicklungshilfe als Gegenstand der öffentlichen Diplomatie und der öffentlichen Meinung*. In: Mattos, Boris (Hrsg.): *Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit 2008*, Bratislava, S. 274-281.

Wlachovský, M. (1997): *Verteidigung und die Armee*, In: Bútorá, M.: *Slowakei 1996, Bericht über den Zustand der Gesellschaft und Trends für das Jahr 1997*, Bratislava.

Zatlakaj, P. (2001): *Vorbereitung der SR für die Mitgliedschaft in der NATO*, In: Jahresausgabe der Außenpolitik der slowakischen Republik 2000, Bratislava, SIMŠ.

Žiak, M. (1996): Die überzeugenden Beweise dafür, dass die Bemühungen des slowakische Premierminister sich voll in die Europäische Union zu integrieren aufrichtig sind, werden wiederholte Demarchen aus Moskau sein
(11.01.1996): <http://www.sme.sk/clanok.asp?cl=2101121>. [Zugriff: 13.12.2013]

Nationalrat (www.nrsr.sk)

Präsident der Slowakischen Republik (www.prezident.sk)

Slowakische Regierung (www.government.gov.sk)

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten (www.mzv.sk)

Ministerium für Kultur (www.culture.gov.sk)

Ministerium der Verteidigung (www.mosr.sk)

Ministerium für Wirtschaft (www.economy.gov.sk)

Die Slowakische Investitions-und Handelsförderung (www.sario.sk)

Slowakische Zentrale für Tourismus (www.sacr.sk)

Slovak Academic Information Agency (www.saia.sk)

Slowakische Entwicklungszusammenarbeit (www.slovakaid.sk)

Statistik-Amt der SR (www.statistics.sk)

Wahlservice (www.infovolby.sk/)

Anhang

8.1 Zusammenfassung

Die Slowakische Republik hat eine einzigartige geopolitische Position, welche an der Schnittstelle zwischen Ost und West liegt. Der Zusammenbruch der Föderation und die Veränderungen in der globalen Sicherheitslage brachten der Slowakischen Republik eine Reihe von neuen Fragen. Mitteleuropäische Länder mussten sich mit der Notwendigkeit von neu definierten sicherheitspolitischen Prioritäten auseinandersetzen. Die Slowakische Republik war mit ihrer Entstehung in der Zeit der internationalen Unsicherheit, von der Konstruktion einer völlig neuen Sicherheitspolitik abhängig. Die Slowakei hat versucht, der Tschechischen Republik in vielen Fällen der Außen- und Sicherheitspolitik zu folgen, war jedoch nicht so erfolgreich. Im Zeitraum von 1995–1998 weist die Slowakische Republik Merkmale eines nichtdemokratischen Landes auf. Inkonsistenz der Politik der slowakischen Bundesregierung, haben Unsicherheit in die strategischen Beziehungen mit den westlichen Partnern hervorgerufen. Seit 1998 hat die Entwicklung der Außen- und Sicherheitspolitik der Slowakischen Republik erhebliche Veränderungen zum positiven erfahren. Das Ziel der Arbeit ist es die Politik der Slowakischen Republik ab dem Jahr 1989 darzustellen und zu analysieren. Das Verwenden eines klassischen dreidimensionalen Verständnisses von Politik wird es ermöglichen, eine spezifische Sicht auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Slowakei zu zeigen. Es werden Fragen rund um den Lauf und der Entwicklung der Slowakischen Republik beantwortet.

8.2 Abstract

The Slovak Republic had acquired a unique geopolitical position, which lies at the crossroad between East and West. The collapse of the Federation and the changes in the global security situation created a number of new challenges to the Slovak Republic. Central European countries had to deal with the necessity of the newly defined security priorities. At the time of its foundation, much influenced by ongoing international uncertainty, the Slovak Republic was dependent on the establishment of an entirely new security policy. The Slovak Republic has tried to follow the Czech Republic in many cases but this later turned out not to be that successful. During the period of 1995-1998, Slovak Republic had the characteristics of a non-democratic country. Inconsistency of the policy of the Slovak government had caused uncertainty in the strategic relations with Western partners. Since 1998, the development of foreign and security policy of the Slovak Republic has undergone many changes and has improved significantly. The following Diploma Thesis is aimed to show and analyze the policy of the Slovak Republic since 1989. Using a classical three-dimensional understanding of policy will allow a detailed insight into the foreign and security policy of Slovak Republic. The questions that arise with respect to the development and conduction of the domestic, foreign and the internal security policy of Slovak Republic shall be answered as well.

8.3 Lebenslauf

Angaben zur Person

Nachname / Vorname: Dirnfeld Andrej

Staatsangehörigkeit: slowakisch

Geburtsdatum: 17. Mai 1987

Schul- und Berufsbildung

(3/2009 –) Diplomstudium Internationale Entwicklung, Universität Wien

(10/2009 –) Bachelorstudium Slawistik, Universität Wien

(6/2008) Matura - Oberstufenrealgymnasium, Hegelgasse 14, Wien

Persönliche Fähigkeiten und Kompetenzen

Muttersprache: Slowakisch

Sonstige Sprachen: Englisch (B2), Deutsch (C2), Tschechisch (C2), Französisch (A2)

EDV-Kenntnisse und Kompetenzen: MS Windows, MS Office Professional